

3. Der Aufbau deutscher Selbstverwaltungsorgane

Zu unsicher ist bei der Darstellung dieser Zeit die **Quellenlage**.

Auf Akten des Landkreises kann vor Ort nicht zurückgegriffen werden, da sie 1952 ins Staatsarchiv Dresden ausgegliedert wurden. Sie harren mit wenigen Ausnahmen noch der Erschließung. Im Pirnaer Stadtarchiv gibt es zwar eine Fülle von Akten zu diesem Zeitraum, leider aber keine zusammenfassenden mit Rechenschafts- oder Berichtscharakter. Akten der einzelnen Orte harren der Sichtung und Verarbeitung. Die Akten der SED-Bezirksleitung sind dem Staatsarchiv Dresden einverleibt worden. Akten der CDU der DDR gelangten bis Frühjahr 1991 nach Sankt Augustin bei Bonn in die Konrad-Adenauer-Stiftung. Dort sollen auch Akten zur CDU in den Kreisen vorhanden sein. Ebenso wurden die Archivbestände der LDPD der Naumann-Stiftung der FDP einverleibt. Gibt es in beiden Kreisverbänden etwa noch verwertbare Reste? Die im Kreis vorhanden gewesenen Archivbestände der DDR-Parteien und Massenorganisationen dürften bei deren Auflösung der Vernichtung anheimgefallen sein, denn nichts davon gelangte ins Stadtarchiv oder in das Kreisarchiv. Später Forschenden bleibt deshalb nur die aufwendige Suche im Staatsarchiv, wenn sie sich kundig machen möchten über Mitgliederbewegung, Leitungen, Beschlusslagen, innere Vorgänge und Auseinandersetzungen, Rolle im Block und später in der „Nationalen Front“.

Leider finden sich auch so gut wie keine schriftlich festgehaltenen Zeitzeugenberichte für die unmittelbaren Nachkriegsereignisse in den Archiven, durch die mehr an Kolorit in eine Darstellung dieser wichtigen Periode gebracht werden könnte.

Aus diesen Gründen besitzt diese Arbeit die Eigenschaft von Vorläufigkeit. Sie drängt geradezu, ausgeweitet, vervollständigt und überholt zu werden.

Was sie zu leisten versucht: Die prägenden Vorgänge der Zeit nach dem Mai 1945 in groben Zügen zu erfassen. Sie vermag aber nicht, Vieles im Detail wiederzugeben. Sie stützt sich auf einige Zeitzeugenberichte und frühere Forschungsergebnisse, die z. T. auch wörtlich übernommen wurden, wenn sie mir zutreffend erschienen.

3.1. Die Anfänge: Antifa-Ausschüsse, Antifa-Komitees und Ortskomitees

Deutsche Selbstverwaltungen gingen sowohl aus den Bestrebungen der Besatzungsmacht wie aus dem Bedürfnis antifaschistischer Kräfte hervor, den Neuaufbau eines völlig zerrütteten Landes in die Hände zu nehmen.

Die Besatzungsmacht war allein mit ihren vorzugsweise militärischen Kräften zwar imstande, die Macht auszuüben und durch Befehle die Richtung des Handelns vorzugeben, aber für die vielschichtigen Bereiche des gesamten gesellschaftlichen Lebens fehlten ihren Kommandanturmitarbeitern entsprechende Fachkompetenzen, Orts- und Personenkenntnisse.

Dazu bedurfte es örtlicher antifaschistischer Kräfte einschließlich ihrer politischen Organisiertheit. So tolerierte die Sowjetische Militäradministration die Antifa-Komitees oder Ausschüsse, die sich vielerorts bildeten und erlaubte bereits am 11. Juni 1945 die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien in ihrer Zone.

Die deutschen Selbstverwaltungen entstanden zuerst in Städten und Gemeinden, danach in Kreisen, eingesetzt durch die örtlichen Kommandanturen, ehe die SMAD mit Befehl Nr. 3 am 4. Juli 1945 die Bildung von Landesverwaltungen verfügte.

Beherrzte Menschen fanden sich sofort nach dem Zusammenbruch der faschistischen Staatsmaschinerie. Sie nahmen die Geschicke in ihre Hände, um das Weiterleben der Menschen ganz einfach zu ermöglichen und eine neue Ordnung aufzubauen. Für die spontan entstandenen Gremien finden sich Bezeichnungen wie Antifa-Ausschüsse, Antifa-Komitees und Orts-

komitees. Sie handelten dabei in stetem Kontakt zu den sowjetischen Militärbehörden und unter deren Kontrolle. Anleitung und Hilfe durch übergeordnete deutsche staatliche Stellen gab es vorläufig nicht.

In Pirna nahmen Antifaschisten sofort nach dem Einmarsch der Roten Armee - nach Kontaktaufnahme zum „Kriegskommandanten“ - das Rathaus unter Kontrolle.

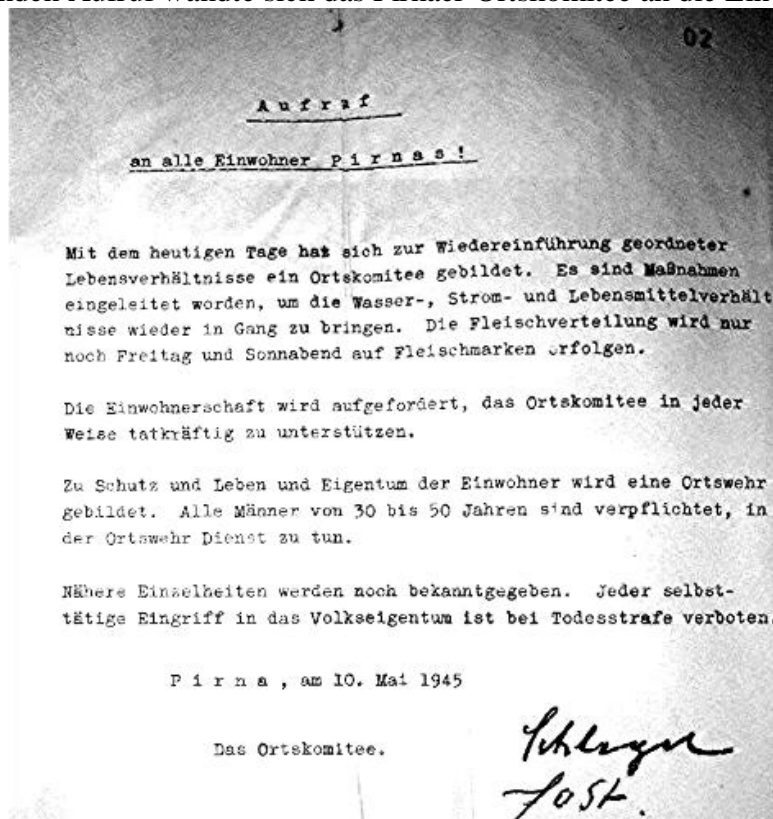
Zum Pirnaer Ortskomitee

Das Pirnaer Ortskomitee war bereits am 9.5.45 zusammengetreten. Die zum Dienst erschienenen Mitglieder der Stadtverwaltung ordneten sich ihm unter.

Von einem, der in der Stadt zu der ersten Gruppe aktiv Tätiger und in der Nazizeit mehrfach Verfolgungen Ausgesetzter gehörte, erfahren wir:

„...Schon am 8. Mai war das Rathaus von bewährten Antifaschisten wie Emil Schlegel, Robert Klett, Willy Jost, u. a. besetzt worden. Mit Zustimmung der Kommandantur bildete sich eine provisorische Stadtverwaltung. Aber die Verbindung zu den einzelnen Stadtteilen war zunächst noch nicht wieder hergestellt. Deshalb bildeten sich in den Stadtteilen sogenannte Antifakomitees. Solche Komitees entstanden in Pirna-Jessen, Pirna-Copitz, Pirna-Südvorstadt, Pirna-Neundorf und auch in anderen Städten und Dörfern im Kreis. Dem Komitee in Pirna-Jessen gehörten Artur Göhler, und Paul Franack von der KPD, Alfred Sickert und Alfred Hanke von der SPD und als Parteilose Otto Pfeifer und Fritz Flacher an. In Pirna-Copitz waren es Willy Haak, Kurt Schöne, Artur Peters, Max Gebhardt, Paul Seidenglanz u. a. die das Komitee bildeten. Sie hatten aus eigener Initiative die Verwaltung der Stadtteile übernommen. Die Lage damals war recht trostlos.¹

Mit dem folgenden Aufruf wandte sich das Pirnaer Ortskomitee an die Einwohnerschaft:



¹ Erinnerungen von Arthur Göhler, in StAP, PDS-Bestand, Personenakten 0032.

² B 4, 3026, 127: Antifaschistisch-demokratisches Ortskomitee der Stadt Pirna 1945, Bl. 2 Aufruf des Ortskomitees (Schlegel, Jost) vom 10.5.45

Emil Schlegel und Willy Jost, die diesen Schreibmaschinentext unterzeichneten und an mehreren Stellen in der Stadt zum Aushang brachten, gaben damit das Startsignal für den Anbruch einer neuen Zeit. Sie suchten in den nachfolgenden Tagen den Kontakt zu weiteren ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei in der Stadt und im Kreis. Sie versicherten sich der Arbeitsbereitschaft der verbliebenen Angehörigen der Stadtverwaltung, wobei Mitglieder des Ortskomitees die Leitung einiger wesentlicher Verwaltungsbereiche übernahmen, wie aus der nachfolgenden Veröffentlichung vom 14. Mai hervorgeht.

Nr. 1

Birma, Montag, den 14. Mai 1945

Neue Zeit

Amthliches Organ des Ortskomitees Birna für Birna und Umgegend

Aufruf an die Einwohner Birnas!

Der Kriegskommandant hat im Einvernehmen mit dem Ortskomitee folgendes verfügt:

1. Alle Fabriken und Betriebe sind sofort wieder in Gang zu setzen. Soweit die Betriebe beschädigt sind, sind sie zunächst instand zu bringen.

Alle Fabriken und Betriebe haben umgehend Meldung an den Oberbürgermeister zu erstatten über die Art ihres Betriebes und die Zahl des Personals.

2. Alle arbeitsfähigen Einwohner, und zwar Männer bis zum 65. Lebensjahre, Frauen im Alter bis zu 60 Jahren, die nicht in Fabriken oder sonstigen Betrieben tätig sind, sind verpflichtet, sich sofort der Stadtverwaltung zur Freimachung der Straßen und Beseitigung allen Schuttes zur Verfügung zu stellen. Arbeitsgerät (Schaufeln, Spaten, Aushode usw.) ist nach Möglichkeit mitzubringen.

Meldung in Alt-Birna: Früh 7 Uhr im alten Bauhof (neben der Knaben Volksschule an der Nicolaistraße). Meldung in Neubirna: Früh 7 Uhr im Schulhof. Facharbeiter — Bauhandwerker, Tischler, Schlosser, Installateure usw. — haben bei der Meldung ihren Beruf besonders anzugeben.

3. Beschlagnahmt werden alle Fahrräder, Rundfunkapparate, Kraftfahrzeuge, Motorräder und Fotoapparate. Ablieferung ab 14. Mai 1945 in Birna, „Tannensäle“, Bergstraße. In den anderen Gemeinden des ehem. Landkreises Birna haben die Verwaltungen Räume zu bestimmen. Die abzuliefernden Gegenstände sind mit einem Zettel zu versehen, aus dem Name und Wohnung ersichtlich ist.

4. Alle Gasküchen sind sofort wieder in Betrieb zu setzen.

5. Die Bädereien und Fleischerereien haben gleichfalls sofort ihren Betrieb aufzunehmen. In erster Linie die Bädereien mit Dampfbetrieb.

6. Der Verkauf von Lebensmitteln erfolgt, wie bereits bekannt gegeben, bis auf weiteres nur auf Marken oder Bezugsrechte.

7. Das Gesundheitsamt ist ab Montag, dem 14. Mai 1945, wieder geöffnet. Sprechstunden täglich für Frauen von 9 bis 11 Uhr, für Männer von 11 bis 12 Uhr. Für das Gesundheitsamt wird eine medizinische Assistentin gesucht. Meldung im Gesundheitsamt, Obere Burgstraße.

8. Alle ohne Bezugsrechte erworbenen Lebensmittel und andere Gegenstände werden beschlagnahmt. Nähere Verfügung über Ablieferung erfolgt durch Bekanntmachungen des Ernährung- und des Wirtschaftsamt.

9. Alle Leberhändler haben ihre Bestände an Sohlenleber der Stadtverwaltung umgehend zu melden und sie zur Verarbeitung auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.

10. Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der einzelnen Behörden haben sich am Montag, dem 14. Mai 1945, zur Wiederaufnahme der Arbeit einzufinden. Geschäftszeit 8 bis 18.00 Uhr.

11. Alle Gerichtsangelegenheiten (Zivilsachen, Strafsachen, freim. Gerichtsbarkeit) werden ab 14. Mai wieder im Amtsgericht bearbeitet.

12. Ruhetag ist nicht mehr der Sonntag, sondern der Freitag. Birna am 12. Mai 1945.

Der Kriegskommandant zu Birna.

Hier spricht das Ortskomitee:

Bürgermeister: Göhrle
Stellvertreter und Leitung: Schlegel
Ortswehr: Linné
Organisation: Klett
Ernährung: Karisch
Stadtbetriebe: Sperl
Zeitung: Meyer
Arbeitsamt: Jost
Gesundheitswesen: Dr. Köhling
Jugend: Harnisch
Verkehr: Buschke
Wohnungsamt: Poling
Baumamt: Baurat Kirchner.

Der neue Gruß ist: Rot Front, der alte Gruß der kommunistischen Freiheitskämpfer.

Die Antwort: Genosin oder Genosse und Du.

Bekanntmachung

In Ergänzung des Aufrufes vom 12. Mai 1945 wird mitgeteilt:

Alle ohne Bezugsrechte (das heißt ohne gültige Markenabgabe) erworbenen Lebensmittel sind sorgfältig aufzubewahren und für die Abgabe bereit zu halten. Jede Verletzung wird strengstens bestraft.

Der Verkauf von Lebensmitteln einschließlich Grünwaren und Milch erfolgt nur auf Marken oder Bezugsrechte.

Die Milchablieferung an die Migeno ist sofort wieder aufzunehmen und zu organisieren.

Birna, den 14. Mai 1945.

Ortskomitee Birna
Abtlg. Ernährung.

Arbeitertorrespondenten vor die Front!

War früher die Arbeit das Mittel der Ausbeutung des Proletariats zur Schaffung einer möglichst hohen Profitrate für den Ausbeuter, so ist das heute grundsätzlich anders geworden. Es wird nicht mehr dafür geschafft, das die Herren Börsenjobber, Finanzmagnaten und ihre Kurzsweidchen auf den schönsten Plätzen der Erde herrlich und in Freuden leben können, sondern es geht heute und in Zukunft um die Befriedigung der Lebensbedürfnisse des arbeitenden Volkes. Die Arbeit, nicht das Geknechte ist der Mittelpunkt des Lebens geworden. Daß wir die Früchte unserer Arbeit auch selbst genießen werden, ist heute selbstverständlich.

Dieser grundsätzlich neuen Auffassung vom Wert der Arbeit entsprechend soll in unserer „Neue Zeit“ der Arbeiter im weitesten Ausmaß zu Worte kommen. Aus jedem Betriebe sollen Arbeitertorrespondenten ständig über den Stand der Arbeit, tägliche Schwierigkeiten wie Feuerungen, kameradschaftliche Zusammenarbeit sowie kameradschaftliches Benehmen, überhaupt von allen Fragen ihres Betriebes laufend unterrichten.

Schreibt und sendt eure Korrespondenzen an die „Neue Zeit“ wendet euch zur Beratung an die Redaktion oder an die Mitglieder des Ortskomitees, die täglich Verbindung zur Redaktion haben.

Diese erste und einzige Nummer der „Neuen Zeit“ als „Amtliches Organ des Ortskomitees für Pirna und Umgegend“ zeugt so recht von der Geisteshaltung und Motivation der dem Faschismus entkommenen Kommunisten Pirnas. „Wer, wenn nicht wir, wann, wenn nicht jetzt?“ scheint in den ersten Tagen nach der Befreiung ihre Devise gewesen zu sein. Sie hatten sich sofort organisiert, noch ehe die KPD zugelassen und mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit getreten war. In völliger Verkennung der realen Situation nach dem totalen Zusammenbruch des Faschismus wollten sie das Heft (allein?) in die Hand nehmen. Abgeschnitten von der Parteiführung, die einen schmerzhaften Lernprozess seit 1935 durchlaufen hatte, noch ohne die erst nach und nach aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückkehrenden aktivsten und erfahrensten Mitglieder, stürzten sich die vor Ort Verbliebenen in die Arbeit. Sie sahen durchaus die ungeheuren Schwierigkeiten und Aufgaben bei der Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse, sie waren sich der immensen Probleme bewußt, die zu bewältigen waren, um die Menschen zu ernähren, zu kleiden und für alle ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Sie vertrauten auf die Zusammenarbeit mit der sowjetischen Kommandantur, in der sie ihre gleichgesinnten Genossen zu haben schienen.

Es scheint aber nur ein kurzes Aufbäumen einstigen Sektierertums gewesen zu sein. Bald meldeten sich außer den ersten oben aufgeführten Mitgliedern des Ortskomitees andere KPD- und SPD-Mitglieder zu Wort und bezeugten ihre Tatbereitschaft, oft verwundert ob des Tons, der in den ersten Tagen herrschte. Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Oskar Fietsch, äußerte sein Erstaunen, als er beim ersten Besuch im Rathaus noch vom ehemaligen Nazibürgermeister Kühn mit „Genosse“ und „Du“ empfangen wurde.⁴

Diese Irritation scheint nach wenigen Tagen überwunden und verflogen zu sein. Kommandantur, kommunistische und sozialdemokratische Parteimitglieder rückten die Verhältnisse zu recht, Antifa-Komitees aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen bildeten sich und legten den Grundstein für eine breitere Zusammenarbeit antifaschistischer Kräfte.

Aus einer Arbeit von Alexander Retzler erfahren wir weitere Beispiele über die Bildung von Antifa-Ausschüssen in unserem Kreis.⁵

„In Heidenau trafen sich am 8. Mai 1945 gegen 11 Uhr am Rathaus Willy Klein, Willy Hamann, Max Kuske und Kurt Adrian - alle ehemals KPD – mit den früheren SPD-Mitgliedern Kurt Maska, Erich Beuchel, Bruno und Erhard Natschke sowie den früheren SAP-Mitgliedern Kurt und Felix Scheffler und berieten spontan, was in dieser Situation der totalen Auflösung des Hitlerstaates zum Schutz der Bevölkerung zu tun ist..... Am 9. Mai trafen weitere in Heidenau ein und suchten sofort Verbindung zum Rathaus. Es waren Bruno Gleisberg (KPD), Rudolf Nützenadel, Arthur Schwenke, Paul Florschütz und Richard Göpfert von der SPD. Auf Vorschlag der dort anwesenden Mitglieder der ehemaligen Arbeiterparteien wurde Bruno Gleisberg vom Kriegskommandanten zum Bürgermeister eingesetzt. Am 10. Mai formierte sich dann ein paritätischer Aktionsausschuß, dem vier KPD-Genossen und vier Genossen der SPD angehörten. Er begann als erstes Antifa-Komitee der Stadt den Wiederaufbau Heidenaus zu organisieren....

⁴ Erinnerungen von Oskar Fietsch in StAP, PDS-Bestand, Personenakten 0015.

⁵ Alexander Retzler, Studie „Zur Entwicklung, zum Aufbau und zur Tätigkeit der staatlichen Organe im Landkreis Pirna in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis Ende 1952“. A.R. übergab mir eine Abschrift seiner Arbeit.

Am 9. Mai 1945 wurde in Dohna ein Antifa-Ausschuß gebildet, der als erstes eine Ortswehr schuf und die Antifaschisten der Stadt zusammenfasste. Er erhielt tatkräftige Unterstützung durch die sowjetische Kriegskommandantur, die vom 8. Mai bis zum November 1945 in Dohna tätig war.⁶

In Bad Schandau traf die Rote Armee im Zuge ihrer letzten Offensive gegen die in der CSR operierende faschistische Armee unter dem berüchtigten Durchhaltegeneral Schörner erst am 9. Mai ein.

Aus einem Bericht von Max Elsner, Friseurmeister in Bad Schandau, SPD vor 1933, geht hervor, dass die Vorbereitung eines Antifa-Ausschusses bereits vor der Befreiung in Erwägung gezogen wurde.⁷ Er schreibt dazu:

„Vier Wochen vor dem Zusammenbruch hatten wir bei dem Genossen Kurt Hering in dessen Wohnung eine Zusammenkunft. Anwesend waren neben K. Hering die Genossen Alfred Micksch, Franz Hiebs und ich. Dort haben wir beraten, wie wir unsere Einwohner vor Verlusten schützen und unsere Stadt ohne Kampf an unsere russischen Befreier übergeben könnten, mit welchen neutralen Bürgern, die nicht der Nazi-Partei angehörten, wir die Stadtverwaltung übernehmen könnten. Als Verwaltungsfachmann hatten wir uns den Wirtschaftsleiter Ludwig versichert, der auch zusagte und uns helfen wollte. Als erstes wollten wir Kommissionen bilden für die einzelnen Ressorts, an deren Spitze wir einen Genossen von uns stellen wollten, und den Verwaltungsapparat in die eigenen Hände nehmen, um ein Chaos zu verhindern.“

Er berichtet weiter, dass am vierten Tag nach der Befreiung der Ingenieur-Leutnant Wanja Kosakow Stadtkommandant wurde. Nach vier Wochen wurde der Leutnant Tarlanzew mit dieser Funktion betraut.

Aus der Bekanntmachung vom 22. Mai 1945 geht die tatsächliche Bildung des ‚Neuen Ortskomitees der Stadtverwaltung Bad Schandau‘ hervor. Vorsitzender war Kurt Hering (KPD), der die Bildung mit vorbereitete und vom Stadtkommandanten Kosakow zum Bürgermeister ernannt wurde. Weitere Initiatoren waren Max Elsner (SPD), Erhard Kirbach (KPD), Erich Röllig (KPD), Emil Vetter und Fritz Erben (SPD) sowie Karl Protze (KPD)...

Aus Bad Gottleuba konnten ... nur die Namen des ersten Ortskomitees ermitteln: Daten bzw. Umstände, die zur Bildung führten, sind nicht bekannt. Arthur Rambow erinnert sich, dass zum Ortskomitee Ludwig Brandl (KPD) als erster Bürgermeister gehörte, weiter waren Mitglieder Paul Eisold (KPD), Arthur Thiele (SPD), Arthur Hübsch (SPD) und Luise Rambow (KPD) als Schriftführerin.

Überall dort, wo sich im gezeigten Sinne nichts vorwärts bewegte, sei es aus Angst, Ungewissheit und Verschüchterung, regten die Ortskommandanten der Roten Armee die Bildung von antifaschistischen Ortskomitees an bzw. setzten Bürgermeister ein. So wurde in Ottendorf bei Pirna der Maurer Arthur Gäbler entgegen seinem Willen vom Ortskommandanten zum Bürgermeister ernannt, jedoch bald durch Franz Fetzer (KPD) ersetzt. Gäbler war aber weiterhin einsatzbereit....

Ein weiteres Beispiel: Da die sowjetische Besatzungsmacht offensichtlich die kleine Gemeinde Schmorsdorf bei Dohna „vergessen“ hatte, begab sich der parteilose Bauer Richard Rentsch im Auftrage der Einwohner nach Dohna zur Kommandantur und fragte an, was denn nun werden soll; es habe sich noch kein sowjetischer Soldat in der Gemeinde gezeigt. Er wurde gleich zum Bürgermeister der Gemeinde ernannt und blieb es mehrere Jahrzehnte lang bis zur Eingemeindung des Ortes in die Gemeinde Maxen-Mühlbach.

In der Stadt Berggießhübel bildete sich erst am 2. September 1945 ein Antifa-Ausschuß.⁸ Es ist für uns heute erstaunlich, dass die Kreiskommandantur Pirna diesen Zustand so lange

⁶ Nach einem Bericht von Herrn Karl Munde, Lehrer in Dohna, ehem. Leiter des Heimatmuseums.

⁷ Stadtarchiv Bad Schandau.

*duldete, aber so geht es aus den Akten des Stadtarchivs hervor. Bis zum 15. November 1945 behielt man sogar den Bürgermeister aus der Nazizeit, Herrn Landgraf (NSDAP), im Amt. Ab 16. November 1945 wurde Arthur Uhlig (KPD) kommissarisch eingesetzt. Eine Stabilität trat aber erst mit der Einsetzung des Antifaschisten Georg Eichler (KPD) ein.*⁹

*Die Antifa-Ausschüsse beriefen kommissarische Gemeindevertreter, die den sowjetischen Kommandanten zur Bestätigung vorgeschlagen wurden, so in Bielatal am 25. Mai 1945, wo neun Vertreter benannt wurden.*¹⁰

Die Antifa-Komitees in den Städten und Gemeinden standen vorerst buchstäblich in einer Art gesetzlosem Zustand. Oft hatten sie einzig die Gemeindeverordnung von 1926 als mehr oder weniger brauchbares Orientierungsdokument zur Hand oder im Gedächtnis.“

Aus den Ortskomitees gingen oft die ersten Bürgermeister, Gemeindeverwaltungen und vorläufigen Gemeindevertretungen hervor. In den ersten Tagen nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen blieben in den Städten und Gemeinden noch die alten Verwaltungsleute im Amt. Sie waren ja, wie der Aufruf des Kommandanten in Pirna vom 12.5. bezeugt, direkt zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit verpflichtet worden. Als Leiter der Ressorts traten aber in Pirna sofort Personen auf, die vom Ortskomitee dazu verpflichtet wurden (vgl. oben „Neue Zeit vom 14.5.45).

Ein Fall von Machtgerangel kommt uns aus Rathen zur Kenntnis. Dort hatte sich der aus der Wehrmacht zurückgekehrte ehemalige Handelsvertreter für Waschapparate Kühn selbst zum Bürgermeister aufgeschwungen. Als Landrat Reyher Walter Richter als Bürgermeister einsetzte, suchten das Kühn und 20 andere Rathener zu verhindern, indem sie Richter zusammenschlugen und seinen Amtsantritt zu verhindern suchten.¹¹

In Pirna war Emil Schlegel (1877-1960), vor 1933 ehrenamtlicher KPD-Stadtrat in Pirna,¹² zu dieser Zeit also schon 67 Jahre alt, durch das Ortskomitee zum amtierenden Bürgermeister ernannt worden.

Am Montag, dem 14. Mai, faßte das Ortskomitee in einer Beratung unter Schlegels Leitung einige Ergebnisse seiner Tätigkeit zusammen. Erwin Linné¹³ berichtete, er habe die Polizei gebildet und dazu vorerst einige bisherige Polizeibeamte eingesetzt. Er sprach von Plünderungen und Vergewaltigungen.

Innerhalb weniger Tage verschaffte man sich eine Übersicht über die Lage im Stadtgebiet.

Die Lebensmittelversorgung war wohl zunächst die dringlichste Aufgabe. Es galten noch die bisher in Umlauf befindlichen Lebensmittelkarten und –marken. Wie sie beliefert werden konnten, war noch unklar. Hauptsorge war wohl, dass sich dazu die Möglichkeiten infolge der Plünderung von Lagern und Vorräten in den Umbruchstagen erschöpfen konnten. Daher wohl auch die Bemühungen um die Organisation einer Ortswehr und die Bedrohung von Plünderern mit der Todesstrafe – mehr eine Androhung als rasch umsetzbar.

Am 15. Mai sollte ausgehend von einer Massendemonstration ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Dafür hatte sich ein Auswärtiger erboten, ein gewisser Gerke. Woher dieser neue Bürgermeister kam, ist heute nicht mehr erklärbar. Da er nicht aus dem Kreise der Pirnaer Antifaschisten stammte, kann nur vermutet werden, dass er sich der Pirnaer Kommandantur zu empfehlen gewusst, wobei das Ortskomitee eigentlich Schlegel als Bürgermeister vorgesehen hatte. Gerke wurde nach wenigen Wochen aus nicht mehr erkennbaren Gründen

⁸ StAD, Landkreis Pirna, Nr. 114.

⁹ Retzler: Entsprechend dem Bericht von Ingeborg Zeibig, Lehrerin aus Berggießhübel, und Herrn Heinz Reisner, langjähriger stellvertretender Bürgermeister der Stadt Berggießhübel bis 1986, nach Studien im dortigen Stadtarchiv.

¹⁰ StAD, Landkreis Pirna, Nr. 110.

¹¹ Sächsische Volkszeitung vom 16.8.1945, S.2.

¹² StAP, B 3, 3039, 339, PDS-Bestand 0079: Schlegel, Emil.

¹³ StAP, B 3, 3039, 3150, Linné, Erwin, geb. 28.10.1897, vor 1933 KPD-Stadtverordneter in Dresden.

aus dem Amt entfernt. Nach ihm übernahm Mitte Juli Albert Wetzig, Berufsschullehrer und Mitglied der SPD, die Funktion des Oberbürgermeisters.¹⁴

Zur Ernährungslage ergab der erste Überblick, dass die Fleischversorgung zunächst für die laufende Woche noch sichergestellt sei, während die Bäcker zum Teil ohne Mehl dastünden und die Arbeit auch wegen fehlender Transportmittel erschwert wäre. Immerhin könnte die Küche im „Weißen Roß“, dem Volkshaus, vom nächsten Tage an „in Funktion treten“.

Gemeinschaftsküchen sollten eingerichtet werden, da in großer Anzahl Flüchtlinge und ehemalige Soldaten die Stadt durchzogen. Plünderungsgut sollte dafür erfasst und verwendet werden. Dr. Kähling drängte auf Austeilung von Suppen und Tee, „da sonst durch den Genuß ungekochten Wassers Ruhr und Seuchen eintreten könnten“. Verpflegungsstellen für Umherziehende sollten auch an anderen Stellen eingerichtet werden, besonders für die Flüchtlingslager, u.a. das in der Mädchenvolksschule am Dohnaischen Platz.

Für längere Zeit zu bestehen habe der Posten am Feldschlößchen zur Auskunftserteilung für Durchziehende.

Ferner erfahren wir:

„Die Stromversorgung sei in Ordnung und zwar durch die Fa. Küttner, da die ASW. außerstande war, nachdem vermutlich die 100000 Volt-Leitung Hirschfelde zerschossen ist. Die Wasserhauptleitung an der Sandgasse sei in Betrieb wieder seit 12.5. Weitere Rohrbrüche in der Seminarstraße, Rosenstraße und Hohe Str. würden z.Zt. wieder hergestellt. Die Wasserversorgung in Copitz sei durch Dieselkraftstromstoff gewährleistet. Mit Strom könne noch nicht gefahren werden, da nicht genügend Spannung (nur 170 Volt, statt 220) vorhanden ist.

Diesel sei noch beschafft worden, so dass die Wasserführung weiterhin garantiert sei.

Der Rohrschlosser Tille werde jetzt wieder eingestellt. Im Wasserwerk ist ein Filterbrunnen von einem Unbekannten gesprengt worden. Morgen soll der Versuch der Reparatur unternommen werden, da sonst stündlich 50 bis 60 cbm Wasser ausfallen. Am Wasserwerk II seien 2 Wasserentnahmestellen angebracht worden für die Flüchtlinge.“

Zehista könne nur teilweise mit Strom versorgt werden, weil infolge der Gesamtlage nicht genügend Strom erzeugt werden könne, um alles zu beliefern.

Zu dieser Zeit war die Tätigkeit des Wohnungsamtes, die Grundstücksverwaltung, das Bau- und Wirtschaftsamt durch die Besetzung des Stadthauses III am Klosterhof durch die Rote Armee blockiert. Die Ämter konnten vorerst nicht arbeiten.

Dann gab es da noch das Problem der Bezahlung von Leistungen aller Art, der Lohn- und Gehaltszahlung, der Renten und Fürsorgeleistungen. Kühn, Bürgermeister bis Mai 1945 und zu dieser Zeit noch im Amt, klagte, dass es an Geld mangelt. Die Reichsbankstelle hätte sich zwar bereit erklärt, Notgeld zu drucken, das ginge aber nicht ohne Genehmigung des Kommandanten. Die Währungsfrage sei zudem noch völlig ungeklärt. Die Rote Armee habe in allen Banken die Tresore öffnen lassen und alle darin lagernden Werte einschließlich des Papiergeldes beschlagnahmt.

Aus den gerade noch verfügbaren Mitteln der Stadt sollten durch das Wohlfahrtsamt Auszahlungen nach folgenden Sätzen geleistet werden:

Für Rückkehrer waren zunächst vorgesehen: monatlich für 1 Person 30,- RM und Miete. Ehepaare 50,- RM und Miete, Kinder 10, - RM und Pflegekinder 25,- RM. Dies sollte kein Unterhaltssatz sein, sondern lediglich eine Teilzahlung bis die Geldbeschaffung geregelt wäre. Die vorgesehenen Zahlungen an die Rentner erfolgten am 15. Mai.

Das Arbeitsamt war wieder eingerichtet und würde jetzt hoffentlich gut anlaufen. Der bisherige Oberinspektor Schöne werde dort den Aufbau mit regeln. Vor allen Dingen werde man noch näher feststellen, ob die Unterlagen noch da seien, um die Arbeitsvermittlung noch weiter zu führen.“¹⁵

¹⁴ StAP, B4-3003, 1289, Schriftwechsel des Hauptamtes 1945-47, Bl. 282 Neubesetzung der Stadtverwaltung am 16.7.45: OB Wetzig, Bürgermeister Göhler, Stellv.: Poneß, Bes. Stadtrat Pohling, Stadtbaurat Holzhaue.

¹⁵ B 4, 3026, 127: Antifaschistisch-demokratisches Ortskomitee der Stadt Pirna 1945

Die in den ersten Tagen nach dem völligen Zusammenbruch des Faschismus die örtlichen Geschicke in ihre Hände nahmen, waren ältere Mitglieder der zwölf Jahre verbotenen und unterdrückten Arbeiterparteien. Sie hatten in ihren Parteien während der zwanziger Jahre leitende Funktionen ausgeübt, besaßen oft mehrjährige Erfahrungen als Mitglieder von Stadträten oder gewählten Abgeordneten der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Die Jüngeren waren noch auf dem Wege aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen des Nazistaates, sie kehrten erst noch aus den Dienstverpflichtungen in der OT zurück oder befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft. Letztere bestimmten in der Folgezeit nachhaltig das örtliche Geschehen.

Schmerzlich vermisste die KPD im Kreis die zum Tode verurteilten oder in KZ, Zuchthäusern und Gefängnissen oder in Strafeinheiten Umgekommenen. Fritz Ehrlich, Paul Harnisch, Walter Förster, Walter Richter, Richard Büttner, Fritz und Helmut Morche, Walter Schmiedel fehlten beim Neuaufbau 1945.

Die SPD vermisste mit Otto Walter, Albert Barthel, Hermann Schulze, Arthur Pollak, Julius Franke, Johann Schlenker namhafte aktive Mitglieder. Der Unterbezirksvorsitzende Willy Seifert und seine Frau, die 1932 in den Landtag gewählte Martha Seifert, kehrten aus der Emigration in Schweden nach dem Krieg nicht wieder nach Deutschland zurück.

3.2. Die Kreisverwaltung in den Jahren 1945-47, ihre Aufgaben und ihre Arbeitsweise

Das Pirnaer Ortskomitee nahm auch das Landratsamt unter seine Kontrolle. Es setzte in Übereinstimmung mit der Kommandantur Emil Schlegel als vorläufigen Landrat ein. Das erwies sich als kurzlebige Übergangslösung. Am 5. Juni erfuhren die Bürger des Landkreises von der Einsetzung eines neuen Landrates.

„Mit Wirkung vom ersten Juni 1945 ist Herr Friedrich Reyher¹⁶ zum Landrat ernannt. Alle seine Befehle und Verfügungen sind pünktlich und widerspruchslos zu erfüllen.

Unterschriften:

Major Kowaltschuk

Kapitän Petschalin¹⁷

Friedrich Reyher diente während der Weimarer Republik als Berufsunteroffizier in der Reichswehr. Während erwarb er das Abitur und ging damit die Offizierslaufbahn an, die er

auch in der faschistischen Armee ausübte. Mit der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad geriet er in sowjetische Gefangenschaft und trat dort dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ bei, besuchte einen Antifa-Lehrgang und kämpfte gegen den Hitlerfaschismus an der Seite der Roten Armee. Er trat der KPD bei. Am 28. Mai 1945 wurde er mit anderen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion auf die Übernahme staatlicher Funktionen vorbereitet worden waren, nach Dresden eingeflogen, aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und



Friedrich Reyher (Mitte) u. Albert Wetzig (rechts)

¹⁶ Zu Friedrich Reyher vgl. biographische Angaben im Anhang.

¹⁷ StAP, Erste Nummer des „Amtlichen Mitteilungsblattes für die Stadt Pirna“ vom 5. Juni 1945.

unmittelbar darauf in seine Aufgabe eingewiesen.¹⁸

Friedrich Reyher hat in seiner Tätigkeit das Vertrauen gerechtfertigt, das die sowjetischen Genossen ihm entgegenbrachten. Er baute eine staatliche Kreisbehörde auf, die besonders in den zwei folgenden Jahren die anstehenden Reformen verwirklichte.¹⁹

In der Praxis wurde die Kreisverwaltung sofort nach dem 8. Mai 1945 von den bestehenden Organen der Landesverwaltung (später Landesregierung) Sachsen angeleitet und kontrolliert, das alles mit ansteigender Intensität in Zusammenarbeit mit den Kommandanturen. Auf zentraler Ebene entstanden gleichfalls schrittweise für thematische Einzelbereiche entsprechende Zentralverwaltungen, so für Inneres, Justiz, Finanzen, Transport, Industrie, Brennstoff-Energie, Handel und Versorgung, Volksbildung, Land- und Forstwirtschaft. Sie leiteten ihr Ressort von oben nach unten verhältnismäßig einheitlich und arbeiteten mehr oder weniger locker untereinander zusammen. Verantwortlich waren sie selbstverständlich der SMAD.

„Um die staatspolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben einheitlich und straff zu leiten, wurde am 4. Juni 1947 die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) gegründet. Das war ein wichtiger Schritt beim Aufbau einer zentralen koordinierenden deutschen Verwaltung. Sie erhielt das Recht, den ...Zentralverwaltungen Weisungen zu erteilen, deren Tätigkeit abzustimmen und Maßnahmen für die einheitliche Wirtschaftsordnung... einzuleiten. In der Folgezeit bildete sich ein echtes Zusammenwirken von Länderorganen und zentralen Verwaltungsorganen heraus.“²⁰

Mit Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1946 übertrug die SMAD der DWK das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission war der bewährte Antifaschist Heinrich Rau.

Damit waren alle Voraussetzungen für Einheitlichkeit und Koordinierung der staatlichen Arbeit geschaffen. Das betraf auch die Struktur der Kreisverwaltung.

Von 1945 an bis etwa zum Sommer 1946 lehnte sich der Aufbau der Kreisverwaltung Pirna an den Organisationsaufbau der Amtshauptmannschaften vor 1945 an. Das ist verständlich, denn es entsprach den Erfahrungen und Vorstellungen von der staatlichen Führung. Erst mit dem Fortschreiten revolutionärer Veränderungen entstanden neue Aufgaben und neue Aufgabenbereiche, die sich strukturell im Aufbau der Kreisverwaltung niederschlagen mussten....

Im September 1946 gab die Landesregierung Sachsen eine Aufgabengliederung der Landkreisverwaltungen heraus.²¹ Sie enthielt folgende Bereiche: Sekretariat, allgemeine Dienstaufsicht, Polizei, Bauwesen, Finanzamt, Wirtschaft und Arbeit, Volksbildung, Handel und Versorgung, Gesundheitswesen, Umsiedlerfragen und Verkehr. Damit war eine neue wichtige staatliche Instanz eingerichtet.

Geben wir nochmals einen namentlichen Überblick über die Bürgermeister, die von der sowjetischen Kreiskommandantur in größeren Orten eingesetzt wurden:

Pirna: Albert Wetzig (SPD) – nach Gerke.

Heidenau: Bruno Gleisberg (KPD)

Dohna: Richard Kuna (SPD), kurz darauf: Alwin Rössel (KPD)

Bad Schandau: Kurt Hering (KPD)

Bad Gottleuba: Ludwig Brendl, bald aber Georg Wolff (KPD)

Berggießhübel: vorerst noch Herr Landgraf (NSDAP), ab 16.11.45 Georg Eichler (KPD)

Königstein: Herrmann Lindemann (SPD)

¹⁸ StAD, Kaderakte Friedrich Reyher.

¹⁹ StAP, Amtl. Mitteilungsblatt für die Stadt Pirna, Nr. 1 1945, S. 1.

²⁰ Vgl. Geschichte der SED, S. 151.

²¹ StAD, LRS, Nr. 1245.

Graupa: Curth Tittel (SPD)

Die hier Genannten konnten durchaus nicht in jedem Falle ihre Aufgaben erfüllen. Das kann man nur bei Albert Wetzig (Pirna), Bruno Gleisberg (Heidenau) und Hermann Lindemann (Königstein) behaupten. In den anderen größeren Gemeinden stabilisierte sich die Lage erst mit dem Einsatz anderer Antifaschisten, wie in Berggießhübel, durch Georg Eichler, in Bad Gottleuba durch Georg Wolff, in Dohna durch Albert Rössel, in Bad Schandau durch Georg Albrecht (KPD). In den Dörfern gab es ähnliche Situationen.

3.3. Länderregierungen

Durch den Befehl Nr. 3 der SMAD wurden in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone deutsche Landesverwaltungen eingesetzt.

Am 6. Juli 1945 war aus der „Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung“ zu erfahren, dass Marschall Shukow, Leiter der SMAD, die Bildung der Landesverwaltungen der einzelnen Länder und Provinzen der sowjetischen Bestatzungszone vorgenommen hat. Für das Land Sachsen wurden eingesetzt:

Als Präsident der Landesverwaltung	Rudolf Friedrichs (SPD)
Als erster Vicepräsident	Kurt Fischer (KPD)
Als zweiter Vicepräsident	Prof. Richard Woldt (SPD)
Als Vicepräsident	Dr. Wilhelm Lenhardt (ptl.)
Als Vicepräsident	Dr. Reinhard Uhle (Demokrat)
Als Vicepräsident	Gerhard Rohner (Zentrumspartei) ²²

Am 19. Juli erfolgte die feierliche Amtseinweisung durch den Kommandanten der Landeskommandantur Sachsen, Generalmajor Dubrowski.²³

Am 20. November wurde ein Erlaß der SMAD veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die Landesverwaltungen erhalten das Recht, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft auf ihrem Territorium zu erlassen, wenn sie Befehlen und Erlassen der SMAD nicht widersprechen!
Marschall Shukow“²⁴

Mit diesem Schritt entstand für das Land Sachsen ein zentrales Verwaltungsorgan, das die sowjetische Kommandantur entlastete und die deutschen Verwaltungen auf der unteren Ebene effektiv anzuleiten begann.

3.4. Politische Parteien und Organisationen

Unerlässlich für den Aufbau deutscher Selbstverwaltungsorgane auf allen Ebenen war die Zusammenführung demokratischer Kräfte in Parteien und Organisationen zur Vertretung politischer und gesellschaftlicher Interessen und Ziele und für eine demokratische Meinungsbildung nach der ideellen Verschüttung durch 12 Jahre faschistischer Diktatur.

Dafür gab die SMAD durch ihren Befehl Nummer 2 vom 10. Juni 1945 grünes Licht als erste der vier Besatzungsmächte.

²² StAP, Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung, Ausgabe Dresden, Nr. 40, vom 6. Juli 1945.

²³ Ebenda, Nr. 41 vom 19. Juli 1945.

²⁴ Ebenda, 20. Nov. 1945.

Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

10. Juni 1945

Berlin

Am 2. Mai d. J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die oben genannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern.
2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisierung von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Programme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen.
4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der Durchführung des Besetzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Uebereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird.
5. In Uebereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw., die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerlichen Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Chef der *Sowjetischen Militärischen Administration*

Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der *Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration*

Generaloberst W. W. Kurasow

Bereits am 11.6.1945 trat die KPD mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Am 15. Juni folgte der Zentralaussschuß der SPD mit seinem Aufruf, am 26. Juni erfolgte die Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und am 5. Juli die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD).²⁵

Am 14. Juli 1945 trafen sich in Berlin auf Initiative von KPD und SPD führende Vertreter aller vier Parteien. Sie vereinbarten bei Wahrung der Selbständigkeit die Bildung eines antifaschistisch-demokratischen Blocks.²⁶

In kürzester Zeit folgten entsprechende Parteigründungen auf Landesebene und fortschreitend in den Kreisen, Städten und zahlreichen Gemeinden. Wie das in unserem Kreis genau

²⁵ Gründungsaufrufe im Anhang.

²⁶ Vgl. Aufruf im Anhang.

vonstattenging, ist heute kaum mehr bis in die Einzelheiten rekonstruierbar. Die örtlichen Parteiarchive stehen nicht mehr zur Verfügung. Detaillierte Forschungen erforderten die Suche im Staatsarchiv Dresden und an anderen Orten. Vielleicht findet sich ja künftig jemand, der diese Lücken schließen hilft.

3.4.1. KPD

Schon in den ersten Tagen nach dem 8. Mai 1945 drängten zunächst Funktionäre der Kommunistischen Partei in Pirna zur Wiederherstellung der Parteiorganisation nach der Illegalität. So heftete Stanislaus Poslad in den ersten Tagen nach der Befreiung einen Zettel an die Rathhaustür mit der Aufforderung zu einer ersten Zusammenkunft „der Parteikommunisten“ im Rathaussaal. Auch in anderen Orten des Kreises nahmen die Mitglieder der Arbeiterparteien Kontakte zur Wiederbegründung ihrer Organisationen auf, noch ehe an zentrale Aufrufe zu denken war. Als der Befehl Nr. 2 der SMAD die Gründung von Parteien zuließ, gab es die Partei faktisch schon. Ihre Hauptinitiatoren waren in der Stadt Pirna Arno Hering, Robert Klett, Arthur Göhler, Emil Schlegel, Stanislaus Poslad, Erich Grützner und Kurt Krenz.

Am 1. Juli wurde die Unterbezirksleitung der KPD gewählt. Ihr gehörten Arno Hering²⁷ als politischer Leiter, Erich Grützner²⁸ als Org.-Leiter sowie Willi Mende, Heidenau, Georg Barthel, Pirna, Arthur Göhler²⁹, Pirna-Jessen, Kurt Schöne, Hans Kwasny³⁰, Paul Scholz, alle Pirna-Copitz und Maria Maul³¹, Pirna, aus Sebnitz u.a. Emil Severa³² an.

In fast allen Städten und Gemeinden bildeten sich im Verlaufe des Juli Ortsgruppen der KPD, nachdem in zahlreichen Versammlungen ihr 10-Punkte-Programm erläutert wurde.

3.4.2. SPD

Zur Wiederbegründung der SPD kam es Ende Juli 1945, nachdem vor allem Oskar Fietsch, vor 1933 Fraktionsvorsitzender der SPD in der Pirnaer Stadtverordnetenversammlung, im ganzen Kreisgebiet ehemalige örtliche Funktionäre mobilisiert hatte. Die von der Kommandantur für die Registrierung der Partei geforderten Unterschriften von einhundert Mitgliedern hatte er bald beisammen. Ihm zur Seite standen Max Bitterlich, Max Schirmer, Otto Wehner, Max Ramm.³³ Sehr bald gab es auch in fast allen Orten des Kreises SPD-Ortsgruppen.

Zwischen beiden Parteien entwickelte sich im Kreis beinahe von Anbeginn eine enge Zusammenarbeit, die sich auch in gemeinsamen Kundgebungen äußerte, wie etwa am 28. Juli 1945 in Heidenau zum Thema „Das Aktionsprogramm der antifaschistischen Parteien“ mit Rednern der SPD und KPD.³⁴

Natürlich brauchten die Parteien auch wieder entsprechende Lokalitäten für die Arbeit ihrer Vorstände und Geschäftsführungen. Das Volkshaus, seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts im Besitz der Pirnaer Arbeiterbewegung, war bald wieder in ihren Händen. Am 20.11.1945 beantragte Albert Wetzig, Pirnaer Oberbürgermeister, bei der Landesverwaltung

²⁷ Arno Hering, Struppen, emigrierte 1933 in die CSR, wo er an illegaler Grenzarbeit beteiligt war, ging 1936 zu den Internationalen Brigaden nach Spanien, wurde 1939-42 in Frankreich integriert, 1942 an Deutschland ausgeliefert und am 30.11. 1942 vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Aus dem ZH Straubing befreit, kehrte er sofort in seine Heimat zurück.

²⁸ Erich Grützner war am 27.9.34 vom OLG Dresden zu einem Jahr, vier Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

²⁹ Arthur Göhler war am 16.8.34, OLG Dresden zu einem Jahr, sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

³⁰ Auch Johannes Kwasny war am 27.9.34 vom OLG Dresden zu einem Jahr, fünf Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

³¹ Maria Maul war am 15.11.1933 vom LG Dresden zu 4 Monaten Gefängnis und am 8.12.1939 vom OLG Dresden zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach der Entlassung 1941 wurde sie in das KZ Ravensbrück eingeliefert, 1942 nach Auschwitz überstellt, von dort am 18.1.1945 nach Ravensbrück evakuiert und dort befreit worden.

³² Emil Severa war am 26.4.39 vom OLG Dresden zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

³³ Alle hier genannten SPD-Mitglieder waren vor 1933 z.T. langjährige Stadtverordnete und soweit sie in Pirna verblieben, bei der Aktion „Gitter“ im August 1944 gemeinsam mit den Kommunistischen Stadtverordneten verhaftet und in der Fronfeste eingekerkert worden.

³⁴ Faksimile des Plakats in: Herbert Anger/Heinz Rieger, Hell aus dem dunklen Vergangenen..., Pirna 1961, S.21.

die Rückübertragung des Grundstücks Breite Straße 21, das früher der SPD (Volkszeitung – Bormann & Co.) gehörte. Das hatten sich 1933 die Nazis unter den Nagel gerissen. Im Herbst 1945 war dort die Geschäftsstelle der SPD wieder eingerichtet worden. Ferner zog dort die städtische Bücherei ein und die „Gemeinschaft schaffender Künstler Pirnas und Umgebung“.³⁵

3.4.3. LDPD und CDU

Am 21.6.1945 erscheint der Gründungsaufruf der Christlich Demokratischen Union (CDU) in Berlin. Im Gründungsaufruf erklärt sich die CDU für das Privateigentum, tritt aber zugleich für die Sozialisierung der Bodenschätze, des Bergbaus und anderer Schlüsselindustrien ein. Sie bekennt sich zum „christlichen Sozialismus“.

Am 4.7.1945 erfolgt Gründungsaufruf der Liberal- Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) in Berlin. Die Partei wird am 14. Juli 1945 zunächst als Deutsche Demokratische Partei (DDP) gegründet, doch schon am 16. Juli 1945 wird die Partei in LDPD umbenannt. Sie bekennt sich zur „freien Wirtschaft“ auf der Basis des Privateigentums und verzichtet deshalb als einzige Partei auf Sozialisierungsforderungen. Erste Vorsitzende der Partei werden Wilhelm Külz und Waldemar Koch. Die LDPD hat das Ziel, als Dach einer gesamtdeutschen Organisation zu fungieren, was ihr aber nicht gelingt. Die Teilnahme an der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. Juli 1945 verhindert ihr Ausgreifen nach Westdeutschland.

Wie und wann genau beide Parteien in Pirna entstanden, ist heute nicht mehr erfahrbar. Sicher ist nur, dass die LDPD Ende Juli in Pirna eine Kreisorganisation ins Leben rief. Alfred Kümmerling erscheint als ihr Vorsitzender, als weitere führende Persönlichkeiten treten in einer Reihe städtischer Dokumente auf die Herren Lachnit, Köhler, Aurich, Stiehler und Prof. Heinrich. Die CDU muß ein wenig später in Erscheinung getreten sein, denn sie schloss sich erst im September 1945 dem gemeinsamen Aufruf aller im Kreis vertretenen Parteien an. Der Gründungsaufruf der CDU um Landesmaßstab ist datiert vom 25. August 1945. Als Kreisvorsitzender wird erstmalig 1946 Anton Kaczmarek genannt. Unter ihren führenden Mitgliedern finden wir 1946 als Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Studienrat Oswald Müller und Anton Diener, die ihr schon vor 1933 angehörten.

Die Gründungsaufrufe beider Parteien für die sowjetische Besatzungszone und für das Land Sachsen sind im Anhang zu finden. Dort sind die programmatischen Aussagen beider Parteien zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit ablesbar.

Wenn es nicht doch noch irgendwo Dokumente und Unterlagen aus der Anfangsperiode der beiden Parteien in Stadt und Kreis Pirna gibt, bleiben wir zu Antrieben, Handlungsmotiven, örtlichen Zielstellungen, handelnden Personen weiter im Ungewissen. Im Stadtarchiv liegen dafür keine aussagefähigen Zeugnisse vor.

Dabei bleibt die Rekonstruktion der Herausbildung neuer politischer Verhältnisse bruchstückhaft, denn um den gesamten Prozess der politischen Neukonstituierung wiederzugeben, bedürfte es auch des ausführlicheren Blicks auf das Agieren bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte seit 1945, die sich antifaschistischem Neuaufbau verschrieben und ihres Verhältnisses zur Linken. Es ist wohl davon auszugehen, dass sich diese Kräfte zunächst zurückhielten angesichts des offensiven Vorwärtsdrängens der Arbeiterparteien, die sich legitimiert fanden, den Weg aus dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur zu gestalten. Sie hatten es sicher schwerer, ihren Kurs zu finden und orientierten sich vor allem an den Zielvorstellungen der Initiativgruppen in der Landeshauptstadt. Sie konnten auch nicht auf viele namhafte ehe-

³⁵ B 4, 3001, 1284/1, Schriftwechsel des OB Juli 1945-März 1946, 196/197.

malige Kommunalpolitiker aus der Weimarer Zeit zurückgreifen, hatten sich doch manche den Nazis verbunden oder denen gegenüber zumindest loyal verhalten. So wuchs auch die Mitgliedschaft beider Parteien erheblich langsamer als der der beiden Arbeiterparteien. Das führte auch zu einem Mangel an Kandidaten bei den ersten Kreistags- und Gemeindewahlen 1946.

3.4.4. Der Antifaschistisch-demokratische Block der Parteien und Organisationen entsteht

Am 14. Juli 1945 bekannten sich die vier in der sowjetischen Besatzungszone gebildeten und durch die SMAD zugelassenen Parteien zu gemeinsamer Arbeit beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands. Ein zentraler Ausschuss wird paritätisch besetzt. Er berät Grundsatzfragen und fasst einstimmig Beschlüsse. „Den Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten wird empfohlen, sich in gleicher Weise, wie es zentral geschehen ist, zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen“.³⁶

Im Antifaschistischen Aktionsausschuss, der sich Ende Juli 1945 in Pirna zu Wort meldete finden wir die Unterschriften von drei Parteien, der KPD, der SPD und der LDPD. Ihm schloss sich nach ihrer Gründung auch die Kreisorganisation der CDU an.

Wann der im Folgenden wiedergegebene Aufruf veröffentlicht wurde, ist nicht mehr genau auszumachen. Eine Einheitsfrontkundgebung fand aber am 9. September 1945 auf dem Marktplatz in Pirna statt. Dort sprachen zu den zahlreich Versammelten die Vertreter der Parteien aus der Landeshauptstadt: Johannes Dieckmann für die LDPD, Arno Haufe für die SPD und Hermann Matern für die KPD.³⁷

Aus diesem Aktionsausschuss ging der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen“ hervor, der – nicht ohne Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen – hinfort maßgeblich Meinungsbildung, politisches Handeln und Richtung, Verlauf und Umsetzung anstehenden Reformen bestimmte. Leider sind auch Protokolle oder Aufzeichnungen aus gemeinsamen Beratungen dieses antifaschistisch-demokratischen Blocks nicht verfügbar. Auch auf persönliche Erinnerungen Beteiligter kann nicht zurückgegriffen werden, es sei denn, dass Nachfahren sie noch ausgraben und öffentlich zugänglich machen.

³⁶ Aufruf im Anhang.

³⁷ B 4, 3001, 1284/1, Schriftwechsel des OB Juli1945-März 1946, 263.

Aufruf des Antifaschistischen Aktionsausschusses an die werktätige Bevölkerung von Stadt und Land Pirna!

Werktätige Männer und Frauen!

Werktätige Jugend!

12 Jahre **Hitlerfaschismus** stürzten das deutsche Volk in eine grauenhafte Katastrophe. **Hunger, Not und Obdachlosigkeit** ist das Erbe, das Hitler dem deutschen Volk hinterlassen hat. Für die Interessen der Monopolkapitalisten wurde von Hitler das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Dafür starben Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder, dafür fielen blühende deutsche Städte in Schutt und Asche. Jetzt gilt es, die Lehre aus der Vergangenheit zu ziehen.

Die Fehler von 1918, die zur Spaltung der Arbeiterklasse und zu einem neuen Weltkrieg führten, dürfen nicht wiederholt werden.

Geeint, als ein Ganzes muß das deutsche Volk allen zukünftigen imperialistischen Machenschatten entgegenreten. Unser Unglück war, daß Millionen Deutscher der Nazidemagogie verfielen, daß sie Hitler willen- und widerstandslos in diesen verhängnisvollen Raubkrieg folgten und daß sich das deutsche Volk **nicht selbst** von den Ketten der Hitlersklaverei befreite.

Nach all der Schmach und Schande unseres Volkes haben sich heute alle fortschrittlichen demokratischen Kräfte, Männer, Frauen und die Jugend des deutschen Volkes zusammengefunden, um in einer freien-demokratischen Republik alle Rechte und Freiheiten für unser Volk wieder herzustellen, **um das deutsche Volk aus dem Chaos einer besseren Zukunft entgegenzuführen.** Um dieses Ziel zu erreichen, wurde auch von uns ein Block der antifaschistischen demokratischen Parteien für Stadt und Bezirk Pirna gebildet, damit die entgeltliche Liquidierung des Nazismus und der Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands gesichert ist.

Werkstätige Einwohner von Stadt und Land Pirna!

Der Ruf des bereits gebildeten Antifaschistischen Aktionsausschusses von Pirna ergeht hiermit an alle **aufrichtigen Antifaschisten**, an alle **Männer, Frauen** und die **Jugend**, die **ehrlichen** Willens sind, am Wiederaufbau unserer Heimat tatkräftig mitzuhelfen.

Wir rufen

Euch zum Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg!
die Jugend zum Kampf gegen den preussischen Militarismus!
die Frauen zur Teilnahme am politischen Leben!

Darum helft freiwillig mit beim Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Dörfer. Meldet Euch zum freiwilligen Ernteeinsatz, Ihr sichert damit unserem schwer heimgesuchten Volk Schutz vor Hunger und Kälte.

Kämpft mit uns gegen Nazismus und Militarismus!
Für die Freiheit unseres Volkes!
Für ein neues demokratisches Deutschland!
Für die Freundschaft mit Sowjet-Rußland!

Antifaschistischer Aktionsausschuß

Kreis Pirna

Für die
K. P. D.
Hering, Schöne, Körbitz, Klett.

Für die
S. P. D.
Fietzsch, Albrecht, Ramm, Wehner

Für die
Lib.-Dem. P.
Kümmel, Köhler, Aurich.

3.4.6. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED

Dass in diesem politischen Bündnis die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung die bestimmenden waren, kann nach ihrem Anteil an der Auseinandersetzung mit der Naziartei vor 1933 und am Widerstand gegen den Faschismus in der Zeit der Hitlerdiktatur nicht verwundern.

Schon am 19.6. wird ein Aktionsausschuss, „bestehend aus je fünf Vertretern der beiden Zentralstellen“ von KPD und SPD gebildet. Er beschließt ein gemeinsames Aktionsprogramm mit folgenden Aufgaben:

„1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicherer Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volke alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.“

2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen.
3. Gemeinsame Vertretung des schaffenden Volkes in Stadt und Land.
4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien.
5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.³⁸

Den Organisationen beider Parteien „in den Bezirken, Kreisen und Orten“ wird empfohlen, „ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten.“

Am 3. Juli 1945 konstituiert sich ein solcher Ausschuss in Sachsen aus je sechs Vertretern beider Landesverbände.³⁹

Diese Vereinbarungen waren von Anbeginn durchaus auf einen Vereinigungsprozess angelegt.

In Parteiführungen und bei einem großen Teil älterer und erst recht jüngerer Mitglieder beider Parteien war der Drang zur Einheit der Arbeiterparteien damals unverkennbar. Traumatisch wirkte nach, dass es nicht gelungen war, gemeinsam den Machtantritt des Faschismus zu verhindern. Beide Parteien waren zwölf Jahre lang dem Willen der Nazis ausgesetzt, die Arbeiterbewegung zu vernichten. Funktionäre und viele Mitglieder begegneten einander in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern und erfuhren dort Solidarität ihrer Klassengenossen. Die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges drängte nach entschiedenem Handeln, um den Faschismus mit seinen Wurzeln zu beseitigen. Dabei war bald Übereinstimmung erreicht zu einer gemeinsamen Wertung des Naziregimes, seiner Triebkräfte und Ursachen.

Im Prager Manifest der SPD vom Januar 1934 hieß es: „Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. [...] Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahllosen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“⁴⁰

Im KPD-Aufruf vom 11.6.1945 spiegelt sich der Lernprozess wider, den diese Partei in Emigration und antifaschistischem Widerstand durchlaufen hatte. Ausdrücklich wurde darauf verwiesen, dass es nach der Katastrophe von Faschismus und Krieg nicht um die Errichtung eines politischen Systems nach dem Beispiel der Sowjetunion gehen könne.

Seit dem Sommer 1945 kamen sich Mitglieder und Funktionäre der SPD und der KPD in unmittelbarer Zusammenarbeit beim Neuaufbau des zerstörten Landes in praktischer Arbeit näher, entwickelten Vertrauen zueinander und erörterten in machen gemeinsamen Veranstaltungen politische und ideologische Positionen und lernten, auch historische Erfahrungen kritisch zu werten. Verständlich war wohl allen, dass es nicht anginge, dort weiterzumachen, was in beiden Parteien bis 1933 politisch zum Üblichen gehörte. In der SPD besannen sich viele Funktionäre auf die Traditionen der Partei vor 1914 unter August Bebel. In der KPD sorgten korrigierte Auffassungen zur Demokratie für eine wechselseitige Annäherung. Das war ein durchaus widersprüchlicher Prozess. Wie weit er beim einzelnen Mitglied und in der jeweiligen Gliederung der Basis verlief, hing oft von der Tiefe der Einsichten, von der Haltung und den Führungsqualitäten aktiver und engagierter Mitglieder ab. Natürlich gab es sowohl in den Landesverbänden wie in den Kreisen, Städten und Gemeinden nach wie vor Vorbehalte gegenüber den Partnern in der anderen Partei. Man kannte sich von früher, hatte in den Parla-

³⁸ Zitiert nach: IML beim ZK der SED (Hrsg.), Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten. Berlin 1976, S. 120.

³⁹ Aufruf ebenda, S. 124.

⁴⁰ „Sozialistische Aktion“ (Karlsbad) 28. Januar 1934. Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5. Berlin 1966, S. 460.

menten manchen oft auch unschönen Streit ausgefochten. Die vom Verstand her gebotene Annäherung kollidierte zuweilen mit emotionalen Belastungen. Sektiererische Ressentiments bei Kommunisten begegneten antikommunistischen Vorbehalten bei Sozialdemokraten. Die zügige Arbeit an anstehenden Tagesaufgaben drängte zu gemeinsamer programmatischen Klärung und zur Vereinigung beider Parteien. Was aus der Vergangenheit an den Fußsohlen mitgeschleppt wurde, bremste.

Dabei gab es natürlich auch direkte Gegner der Vereinigung beider Parteien. Nicht immer kämpften sie mit offenem Visier. Dass die sowjetische Besatzungsmacht die Kommunisten stärker begünstigte, ließ bei vielen Sozialdemokraten die Gefahr befürchten, die Vereinigung würde übermäßig durch die Kommunisten dominiert und man selbst käme dabei unter die Räder.

Dabei war die Vereinigung selbst bei den Massen der Mitglieder, zumal der jüngeren, als unbedingt erforderlich erkannt. Für viele stellte sich überhaupt die Frage, warum erst wieder zwei Parteien der Arbeiterbewegung begründet werden sollten. Aber die beiden Parteiführungen in der sowjetischen Besatzungszone waren sich darin einig, dass es nicht um eine organisatorische Vereinigung gehen konnte. Eine längere Phase der Aktionseinheit schien geboten. Für die Bodenreform und Schulreform einigten sich beide Parteiführungen auf eine gemeinsame Konzeption,⁴¹ die danach auch im demokratischen Block akzeptiert wurde.

Seit Herbst 1945 drängten positive Ergebnisse der Zusammenarbeit wie auch entgegenwirkende Tendenzen zur Beschleunigung des Vereinigungsprozesses. In den bürgerlichen Parteien (LDPD und CDU) formierten sich neben aufrechten Demokraten auch reaktionäre Kräfte. Hinzu kam, dass sich in der Antihitlerkoalition erste Risse auftaten. Das bestärkte Gegenkräfte vor allem bei der SPD in den Westzonen, die unter dem antikommunistischen Einfluss Kurt Schumachers standen.

Die zweite „Sechziger-Konferenz“ beider Parteiführungen am 26. Februar bestätigte einmütig die von der Studienkommission vorgelegten Entwürfe für die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, eines Organisationsbeschlusses und eines Partei-statuts. Die Entwürfe wurden veröffentlicht – zur Kenntnisnahme und Diskussion. Beide Leitungen entschieden, den Vereinigungsparteitag für den 21. und 22. April 1946 anzusetzen und die Vereinigung von unten nach oben vorzubereiten.

Zum Vereinigungsprozess in Sachsen

Die KPD begann schon im Mai 1945 nach der Ankunft einer Initiativgruppe unter Leitung von Hermann Matern und Anton Ackermann mit der Suche und Sammlung von KPD-Mitgliedern. Nach dem zentralen Aufruf vom 11.6.1945 gründeten sich sehr rasch örtliche und Kreisorganisationen der KPD.

In Dresden begann der Aufbau der SPD zunächst in kleinem Kreise von wenigen Personen, unter denen der aus dem Zuchthaus angekommene Otto Buchwitz eine Führungsrolle zugewiesen bekam. Am 25. Juni konstituierte sich eine vorläufiger Gründungsausschuss, der schon am 26. Juni in der Dresdner Tonhalle 140 Mitglieder begrüßen konnte. Sie wählten Otto Buchwitzeinstimmig zum Vorsitzenden. Zu dieser Zeit hatten sie noch keine Nachricht von einer Zentrale in Berlin. In Leipzig und Chemnitz kamen auf ähnliche Weise Verbindungen zustande. Die Partei wuchs von unten nach oben. Vom 7.-9. Oktober 1945 tagte der erste Landesparteitag der SPD in Freital und wählte den Vorstand, dem u.a. Otto Buchwitz, Arno Haufe, Walter Leipert; Clemens Dölitzsch und Felix Kaden angehörten. Die Befürworter der Einheit der beiden Arbeiterparteien dominierten bald in den 30 Kreisen.

⁴¹ 4.9.1945: Vereinbarung des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD über die Durchführung gemeinsamer Funktionsversammlungen zur demokratischen Bodenreform; 18.10.1945: Aufruf der beiden Parteiführungen zur demokratischen Schulreform.

Im September und Oktober bürgerlichen sich zu wichtigen Fragen gemeinsame Mitgliederversammlungen von KPD und SPD in Ortsverbänden ein, so zur Bodenreform und zur Schulreform. Dabei lernte man sich besser kennen und verständigte sich in Aussprachen über die von den beiden Führungen vorgelegten Konzepte. Ende Oktober fanden in Sachsen gemeinsame Kreiskonferenzen beider Parteien statt, in deren Ergebnis sich die Funktionäre dafür einsetzten, überall im Lande für die Vereinigung zu wirken und noch vorhandene Unstimmigkeiten zu beseitigen.

Am 20. Und 21. Dezember tagte in Berlin die gemeinsame Konferenz der beiden Parteiführungen mit Vertretern aus den Bezirken.⁴² Sie setzte u.a. eine Studienkommission zur Ausarbeitung von Programm und Statut der künftigen Einheitspartei ein. Sie tagte erstmalig am 15. Januar 1946, beschloss die Bildung eines Verlages „Einheit“ und die Herausgabe von Broschüren, Schulungsbriefen und Plakaten.

Am gleichen Tage kam es zu einer gemeinsamen Funktionärskonferenz von KPD und SPD in Sachsen. In der Folge entstanden Aktionsgemeinschaften beider Parteien in allen Kreisen der Sowjetischen Besatzungszone. Gemeinsame Mitgliederversammlungen führten zu weiterer Annäherung politischer und ideologischer Auffassungen.

Ende Januar beschlossen die Leitungen beider Arbeiterparteien die Bildung eines Einheitsbüros und Verfahren für weitere Schritte zur Vereinigung beider Parteien. Das war sicher auch auf das vertrauensvolle Verhältnis der beiden Landesvorsitzenden Hermann Matern und Otto Buchwitz zurückzuführen.

Nach Vereinigungsbeschlüssen beider Parteien in den Kreisverbänden Anfang April und Landesparteitagen der KPD und SPD fand am 7. April der Vereinigungsparteitag im Land Sachsen im Kulturhaus Dresden-Bühlau statt. Er wählte die paritätische Landesleitung unter den beiden Vorsitzenden Otto Buchwitz (SPD) und Wilhelm Koenen (KPD).

Nach Parteitag der KPD und der SPD am 19. Und 20. April 1946 fand dann, wie in der „Zweiten Sechziger-Konferenz“ beschlossen, der Vereinigungsparteitag in Berlin statt.⁴³

Der Vereinigungsparteitag:

Zahlen:

SPD	679.159
KPD	618.256
Ges.	1.297.415

Im Beschluss der Zweiten Sechziger-Konferenz hieß es: „Die aus den Fehlern und bitteren Erfahrungen der Vergangenheit in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschmiedete Einheit wird weder die alte Kommunistische, noch die alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus der Zeit vor 1933 sein.“... Sie „wird nach den Lehren der großen Vorkämpfer der internationalen Arbeiterbewegung auf dem Boden ganz Deutschlands für dessen unteilbare Einheit, für Demokratie und Sozialismus kämpfen.“⁴⁴

Hier Zahlen zur Mitgliederentwicklung beider Parteien in Sachsen:⁴⁵

	KPD	SPD
Oktober 1945	55.183	66.800
Dezember 1945	109.920	121.300
April 1946	180.000	221.113
Vor 1933	22.489	139.098

Auch in den Westzonen waren Vereinigungsbestrebungen weit verbreitet. Dass es dort nicht zu einer einheitlichen sozialistischen Partei kam, ist wesentlich auf die ablehnende und strikt

⁴² Je 30 Vertreter von KPD und SPD, sogenannte erste 60er Konferenz.

⁴³ Vgl.: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten. Berlin 1976.

⁴⁴ Ebenda, S. 218

⁴⁵ StAD, II/A I.001, gefunden bei Walter Böhme, in: Kolloquium zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Sachsen. Dresden, 30. März 1996, S.32.

antikommunistische Haltung Kurt Schumachers zurückzuführen. Schumacher konnte sich eine Einheit der Arbeiterbewegung nur vorstellen, wenn sich die Kommunisten der SPD anschlossen und sich ihr unterordneten. Schon in seinem Aufruf zur Wiedergründung der SPD im Juli 1945 heißt es:

„Die KP ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen.“⁴⁶

So weit zum Ablauf des Vereinigungsprozesses von KPD und SPD.

Heute bewegen uns dazu besonders zwei Fragen:

Einmal hält sich die besonders von der West-SPD unter Kurt Schumacher betriebene Wertung als einer „Zwangsvereinigung“ und

zum anderen: Warum und inwiefern gab es bald Abweichungen von der oben genannten Ankündigung zum Charakter der Vereinigung (s.o.!).

Zu den Zwängen: Die gab es in der Tat in mehrfacher Hinsicht. Der stärkste ging aber wohl vom Einheitsstreben der breiten Mitgliedschaft aus, in der es nicht um Vorherrschaft, Funktionserhalt, Auflistung vergangener Fehler, Zwiespältigkeit, Anfeindungen ging, sondern um die Begründung einer kampfstarken Arbeiterpartei, um den Faschismus endgültig zu überwinden und ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen mit einer sozialistischen Zukunftsperspektive. Ältere Mitglieder und Funktionäre beider Parteien hatten zum überwiegenden Teil den Drang, die Spaltungserfahrungen der Jahre 1918 bis 1933 hinter sich zu lassen, während die Jüngeren wohl noch stärker nach gemeinsamer Aktion und Vereinigung strebten. Natürlich setzte sich die sowjetische Besatzungsmacht für die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten ein – von der SMAD bis zu den Kommandanten vor Ort – nicht immer mit Verständnis für die Probleme der sozialdemokratischen Mitglieder und Leitungen, mit mehr oder minder offener Unterstützung der KPD und zuweilen auch mit autoritärem Druck kraft militärisch-administrativer Macht. Die Vereinigungsbeschlüsse wurden aber allenthalben in Mitgliederversammlungen oder Delegiertenkonferenzen gefasst.

Zu den Problemen danach: Leider ist der Einheitsgedanke nicht in weitem Maße zum Tragen gekommen. Manche Kommunisten sahen sich einmal durch das Vorhandensein einer sozialistischen Besatzungsmacht mit einer kommunistischen Führungspartei in ihren früheren revolutionären Positionen bestätigt. Politische und ideologisch-theoretische Fehlentwicklungen aus der Zeit der Weimarer Republik waren nicht klar und deutlich genug benannt, analysiert und breiter erörtert worden (Verhältnis von Reform und Revolution, Charakter einer revolutionären Arbeiterpartei, innerparteiliche Demokratie und Demokratie überhaupt, Verhältnis zur Sowjetunion u.a.). Otto Grotewohls Veröffentlichungen zur Novemberrevolution und zu Verfassungsfragen schufen größere Klarheit zu wesentlichen historischen Vorgängen, waren aber zu wenig Gegenstand ausgiebiger Diskussion in der Breite der Partei. Unabgeklärtes schwelte so weiter, positive Organisationserfahrungen der Sozialdemokratie wurden kaum genutzt, und schließlich wurde Anfang 1949 auch das Paritätsprinzip bei der Besetzung leitender Funktionen aufgegeben.

Während im Osten die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur politischen Vorherrschaft der Arbeiterbewegung bei der Gestaltung neuer demokratischer Verhältnisse führte, schwächte die im Westen die aufrechterhaltene Spaltung ihren politischen Einfluss. Der Schumachersche Antikommunismus verband sich mit dem der alten bürgerlichen „Eliten“

⁴⁶ Aus dem Aufruf Kurt Schumachers vom Juli 1945. Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 6. Vom Mai 1945 bis 1949. Berlin 1966, S. 365.

Einheitskundgebung

der
**Kommunistischen und
 Sozialdemokratischen Partei
 Heidenau**

Sonnabend, den 28. Juli 1945, 20 Uhr, auf dem
Sportplatz

**Thema: „Das Aktionsprogramm
 der antifaschistischen Parteien“**

Es sprechen Redner der SPD und KPD.

Die Ortsgruppenleitungen
 S. P. D. und K. P. D.

und bewirkte so die Wiederherstellung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse. So geriet Schumachers Ruf nach „Sozialismus als Tagesaufgabe“ zur inhaltsleeren Phrase.

Welchen Verlauf nahm der Vereinigungsprozess in unserem Kreisgebiet?⁴⁷

Im August 1944 fanden sich ehemalige Stadtverordnete der KPD und SPD aus Pirna in der Fronfeste (Schmiedestraße) in erneuter Haft. Sie waren im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler in Gewahrsam genommen worden. Neben anderen trafen sich dort Emil Schlegel, Stanislaus Poslad, Johannes Kwasny und Ida Dass von der KPD und Oskar Fietsch, Max Ramm, Alfred Sickers von der SPD. Die Verhafteten begriffen sehr wohl, dass es mit dem Hitlerstaat zu Ende ging. Einer der Beteiligten bezeichnete die Unterhaltung darüber als die erste Fraktionssitzung der vereinigten

Arbeiterpartei in der künftigen Antifaschistischen Pirnaer Stadtverordnetenversammlung. Darauf mussten sie aber noch fast ein Jahr warten.

Zunächst ist daran zu erinnern, dass eine ganze Anzahl von Funktionären und aktiven Mitgliedern dem Naziterror zum Opfer gefallen waren und für den Neuaufbau der Parteien wie für den Wiederaufbau unseres Landes nicht mehr verfügbar waren.

Die KPD vermisste schmerzhaft Fritz Ehrlich, Paul Harnisch, Walter Förster, Richard Büttner, Emil Deutscher, Rudolf Gebauer, Bernhard Geißler, Albert Graf, Fritz Gumpert, Anna Hirsch, Albin Höntsch, Paul Linde, Paul Petzold, Arthur Pfeifer, Walter Richter, Walter Schmiedel, Erna Scholz, Robert Senf, Walter Zirnstein, Arthur Thiermann.

Der SPD fehlten der Unterbezirksvorsitzende Willy Seifert und dessen Frau Martha Seifert (Landtagsabgeordnete) und Arthur Heyne. Alle drei kehrten nach 1945 aus dem Exil nicht wieder nach Deutschland zurück. Den Nazis zum Opfer gefallen waren Albert Barthel, Hermann Schulze, Richard Schäfer, Karl Strehle, Otto Walther, Gerhard Schubert, Arthur Pollak, Johann Schlenker, Julius Franke, Paul Gröger, Heinrich Vierbücher, Otto Kretzschmar.

Auch im Kreis Pirna entstanden schon Anfang Juni Aktionsausschüsse der SPD und KPD. In Heidenau und Dohna fanden Ende Juli die ersten Einheitskundgebungen beider Parteien statt, an denen sich viele Einwohner beteiligten.⁴⁸

„Die beiden Arbeiterparteien konzentrierten sich in dieser Zeit hauptsächlich auf die ideologische Annäherung. Zahlreiche Versammlungen und Konferenzen zu den Fragen der Bodenreform, des Potsdamer Abkommens und der Volkssolidarität fanden statt. Zur Schaffung einer Massenpartei führte vor allem die KPD eine intensive Mitgliederwerbung durch. Markstein der Entwicklung war wohl die Kreiskonferenz der KPD und SPD am 28. 10. 1945 als erste gemeinsame Tagung beider Arbeiterparteien, an der 600 bis 700 Genossen teilnahmen. Genosse Fietsch

⁴⁷ Anmerkung zu den Quellen: Das Archiv der SED-Kreisleitung Pirna existiert nicht mehr. Aus ihm schöpften aber Herbert Anger und Heinz Rieger für ihre Schrift: „Brüder in eins nun die Hände“, Kreisleitung Pirna der SED, 1964. Auf ihr beruhen nachfolgende Veröffentlichungen. Ein etwas genauere Bericht stammt aus Graupa: Werner Hippe, Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945/46 in der Gemeinde Graupa (StAP, PDS-Bestand, S 062). Weitere Forschungen müssten die Bestände des Bezirksparteiarchivs der SED im Staatsarchiv Dresden auswerten.

⁴⁸ Anger/Rieger, (Fn 45) S. 21.

betonte in seinem Diskussionsbeitrag: „Nur im Einvernehmen beider Parteien kann ein besseres Deutschland entstehen. Unter keinen Umständen darf es wieder ein vor 1933 geben. Wenn wir unsere persönlichen Differenzen beseitigen und gewillt sind, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen, dann werden wir in kurzer Zeit nicht nur sagen: Deutschland muß leben!, sondern dann wird Deutschland leben!“

Die versammelten Genossen gaben in einer Resolution dem Wunsche Ausdruck, „dass aus der gemeinsamen Arbeit während der Aktion Volkssolidarität ein dauerndes Zusammenarbeiten erfolgen möge, aus dem in kürzester Zeit die organisatorische Einheit beider Parteien entsteht, zum Wohle des gesamten schaffenden Volkes“.⁴⁹

Darauf wurden in gemeinsamen Mitgliederversammlungen immer engere Kontakte zwischen den Genossen der KPD und der SPD hergestellt. Anfangs saßen sie noch nach Parteien getrennt im Versammlungsraum, oft noch misstrauisch und unsicher. Je nach der Zusammensetzung der Ortsgruppen beider Parteien gab es mehr oder minder heftige Auseinandersetzungen über die Einheit. In diesem Zusammenhang muss ein Wort über die Einheitsgegner gesagt werden. Sehr stark war der Widerstand in Bad Schandau. Nur acht Genossen der SPD entschieden sich für die Vereinigung, alle übrigen wollten Wahlen durchführen und durch Werbung möglichst vieler Mitglieder für die SPD die KPD an die Wand drücken. Auch hier traten einige SPD-Mitglieder noch vor der Vereinigung aus der Partei aus.

In Graupa fanden sich am 25. Mai 1945 Mitglieder der KPD, der SPD, Arbeitersportler und parteilose Antifaschisten zu einem antifaschistischen Komitee zusammen, das die Ortsgeschichte in die Hände nahm. Hier kamen sich Mitglieder beider Arbeiterparteien einander näher. Am 12. September beauftragte eine Mitgliederversammlung der KPD ihre Leitung, mit der SPD-Ortsgruppe Aufgaben und Arbeitsteilung in der Gemeinde abzustimmen. Am 1. November 1945 fand im Gasthof Meltschik (Erbgericht) die erste gemeinsame Mitgliederversammlung beider Ortsverbände statt, an der allerdings neben 23 KPD-Mitgliedern nur 3 aus der SPD-Ortsgruppe teilnahmen, was von der noch zögerlichen Annäherung insbesondere der SPD-Mitglieder zeugt. Immerhin wurde ein Arbeitsausschuss zur Gründung einer Ortsgruppe der Volkssolidarität gebildet. Die zweite gemeinsame Mitgliederversammlung am 28.11. war dagegen sehr gut besucht. Dort sprach Schulleiter Martin Hentschel (SPD) über Leben und Werk von Friedrich Engels. Ab Januar 1946 gab es gemeinsame Schulungsabende, in der am 31. Januar die 70 anwesenden Mitglieder beider Parteien in einer Resolution für die Vereinigung der Arbeiterparteien stimmten. Einen Aktionsausschuss zur Vereinigung riefen die Mitglieder am 8. Februar ins Leben. Ihm gehörten je 5 Mitglieder aus beiden Ortsgruppen an. Weitere gemeinsame Mitgliederversammlungen gab es am 21. Und 28. Februar. In Letzterer protestierte man gegen die schlechte Ernährungslage und bildete ein gemeinsames Maikomitee. In dichter Folge traf man sich im März, ehe dann am 16. April die gemeinsame Mitgliederversammlung mit 75 Teilnehmern einmütig die Vereinigung beider Ortsgruppen vollzog und die Leitung an Conrad Bellmann (KPD) und Karl Richter (SPD) übertrug. Gleichzeitig wählten die Mitglieder paritätisch zusammengesetzte Parteiausschüsse für verschiedene Aufgabengebiete.⁵⁰

Werfen wir einen Blick auf den Einigungsprozeß in Heidenau, um an einem städtischen Beispiel Genaueres zu erfahren und der Behauptung nachzugehen, ehemalige SPD-Mitglieder wären generell zur Seite gedrängt worden.

Die dortige Arbeiterbewegung hatte durch den faschistischen Terror namhafte Funktionäre und Mitglieder verloren: Paul Gröger (SPD), Kurt Fehrmann und Gerhard Lemmler (SAP), Herbert Graf, Fritz Gumpert, Albin Höntzsch, Arthur Pfeifer, Walter Reißmann, Erna Scholz, Karl Schöpfer und Robert Senf (alle KPD).

⁴⁹ Ebenda, S.

⁵⁰ StAP, PDS-Bestand S 011, Werner Hippe, Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945/46 in der Gemeinde Graupa.

Die Überlebenden, vor allem Herbert Wolf, Maria Maska, Richard Göpfert, Arthur Schwenke, Arthur Schreiber, Paul Florschütz, Willi Rolle, (SPD), Herbert Glaeser, Hellmut Nyderle, Fritz Auerbach (SAP) und Emil Schemmel, Bruno Gleißberg, Albert Graf (KPD) traten bald für die Vereinigung der Arbeiterparteien ein. Zusammen kamen sie im Antifa-Ausschuss der Stadt, der bereits im Mai 1945 den Wiederaufbau der Stadt und der Verwaltung organisierte. Das Ringen um die Einheit verlief durchaus nicht konfliktlos. Einige Führungsmitglieder der SPD (Florschütz, Schwenke u.a.) meinten hegemoniale Ansprüche anmelden zu können angesichts der zahlenmäßig stärkeren SPD-Ortsorganisation in Heidenau vor 1933 (ca. 1000) und 1946 ca. 850; die KPD zählte 1946 ca. 300 Mitglieder weniger. Auch Einflüsse aus der (West-) Berliner Organisation traten hier und da auf (erst Urabstimmung und/oder Wahlen). Die Meinungsunterschiede wurden aber in Versammlungen des SPD-Ortsverbandes geklärt, wobei Herbert Wolf, Max Kluge, Arthur Schreiber, Richard Göpfert und die große Mehrheit der Mitglieder entschieden für die rasche Vereinigung mit der KPD eintraten. Schließlich fanden aber alle Mitglieder der SPD in Heidenau zur SED. Von Repressalien oder Verhaftungen von SPD-Mitgliedern, um Druck oder Zwang zu erzeugen, gibt es keine belegten Informationen.

An dieser Stelle auch eine Bemerkung zum in jüngerer Zeit oft geäußerten Vorwurf, ehemaligen SPD-Mitgliedern wären Aufstiege in höhere Tätigkeiten verwehrt worden. Er findet in Heidenau. Und nicht nur dort, keine Bestätigung. Herbert Wolf, der Staatsanwalt wurde, verweist auf Richard Spank, Klaus Kluge, Inge Wauschkuhn, die ebenfalls Staatsanwälte wurden, auf Gerda Kreß als Richterin in Dresden, Herbert Schöne, gleichfalls Richter. Herbert Glaeser (SAP) war Bürgermeister, dann Landrat und später als Generalmajor der Volkspolizei stellvertretender Chef der VP. Konitzer (ehemals Holzindustrie – Bormann) wurde Minister, Gerhard Streller Mitarbeiter im Staatsrat, Erich Wicha im ZK, Günter Benser Professor am IML.⁵¹ In Pirna trifft das u.a. auf Liselotte Fischer zu, die Staatsanwältin wurde. Karl Teiwes leitete viele Jahre lang das Berufsschulwesen im Kreis.

Zu jener Zeit stiegen die Mitgliederzahlen in beiden Arbeiterparteien ständig. Die Größe der Verantwortung für die Lösung der Aufgaben zwang die Arbeiterparteien einfach zu näherem Zusammenrücken. In den vielen gemeinsamen Mitgliederversammlungen saßen die Genossen meist noch getrennt im Versammlungsraum, sie waren im Umgang miteinander oft noch misstrauisch und unsicher. Aber das verlor sich mehr und mehr. Man begann sich bei gemeinsamer Arbeit zu schätzen. Jene, die Vorbehalte hatten, schufen gemeinsam zur gleichen Zeit eine allmählich funktionierende Verwaltung, beförderten durch ihr Mittun die Bodenreform, die Schulreform, schufen gemeinsam den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und in die Freien Deutschen Jugend, riefen die Volkssolidarität ins Leben, sorgten für die Unterbringung der Umsiedler und für eine unter schweren Bedingungen Versorgung der Bevölkerung mit allem Lebensnotwendigen.

Am 6. 1. 1946 fand eine Kreisparteikonferenz der KPD statt, die Stimmungen, Standpunkte und Probleme in der Partei mit Blick auf die herbeizuführende Einheit erkennen lässt.

So sagte Alfred Vater (KPD) im Referat: „Bei dem Sterben unserer Brüder und Schwestern in Zuchthäusern und Konzentrationslagern haben wir uns als Marxisten geschworen, nie wieder die Fehler von 1918, die zur Spaltung der deutschen Arbeiterklasse führten, zu wiederholen. Klar und zielbewusst haben wir diesen Weg beschritten. Und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wir haben heute als Kommunisten und Sozialdemokraten ein gutes, ja ein herzliches Verhältnis zueinander und sind heute auf dem besten Wege zu einer Einheitspartei ... 1918 hat die deutsche Arbeiterschaft ihre historische Aufgabe nicht erfüllt, und in dem Jahre 1945 wurde durch den Sieg der Roten Armee

⁵¹ Die Angaben beruhen auf Briefen Herbert Wolfs an Marie Maska von 1973, die sich im Stadtarchiv Heidenau befinden.

über den deutschen Faschismus der deutschen Arbeiterklasse nochmals eine große Chance gegeben, die wir diesmal verstehen müssen auszunützen, um zum Sieg zu kommen. Dieses große und erstrebenswerte Ziel können wir aber nur dann erreichen, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes mit uns geht, wenn die Einheit der Arbeiterklasse Wirklichkeit geworden ist. Die bereits stattgefundene Konferenz beider Parteien in Berlin sowie die kommende Konferenz beider Parteien in Sachsen am 15. des Monates in Dresden wird die Voraussetzungen schaffen für den organisatorischen Zusammenschluss der beiden großen Arbeiterparteien. Wir als Kommunisten haben die Verpflichtung der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk gegenüber, diese vorhandenen Bestrebungen aller Schaffenden unseres Volkes zu unterstützen und zu fördern und sie zu verwirklichen. Darum müssen unsere Genossen in unermüdlicher Kleinarbeit in Betrieben und im öffentlichen Leben den letzten Arbeiter von der Notwendigkeit, sich politisch zu organisieren, zu überzeugen versuchen.“

In der Diskussion äußerte sich Klages aus Cunnersdorf bei Königstein so:

„Wir wissen alle, dass es in den kleinen Ortsgruppen und Gemeinden sehr schwierig war zu arbeiten, auch in unserer Gemeinde. Wir haben verschiedene Schwierigkeiten gehabt und sind zu unserem Ziel gekommen ... Wir sind von 7 Genossen auf 24 gewachsen und Neuanträge sind noch dazu gekommen. Wir wollen unsere Arbeiten nicht für uns durchführen, sondern für die Allgemeinheit. Die Genossen sind zu uns gekommen, weil sie nicht an unserer Mitarbeit am Neuaufbau gezweifelt haben. Nochmals, immer wieder ran an die Arbeit, denn wir dürfen jetzt nicht stehen bleiben, da noch sehr viele Fragen offen stehen, die erledigt werden müssen.“

Hier wird erkennbar, welche Anziehungskraft die Partei auf alle jene ausübte, die mit ihrer eigenen Tat zum Wiederaufbau des zerstörten Landes beitragen wollten und die deshalb bereit waren, sich in die organisierte Arbeiterbewegung einzureihen. Wo sie sich einreihen, ob in der KPD oder in der SPD, war in der Mehrzahl der Fälle kaum bestimmt durch ideologische Erkenntnisse, sondern meist durch persönliche Bemühungen und Beziehungen von bzw. zu Mitgliedern dieser oder jener Partei. Im Vordergrund stand das Bedürfnis nach gesellschaftlichem Engagement innerhalb einer Partei der Arbeiterklasse.

Kottkamp legte in der Konferenz seine Meinung zu aktuellen Entwicklungsfragen der Partei in einigen kurzen Sätzen dar:

„...Ein ganz besonderes Augenmerk müssen wir auf die Betriebsgruppen richten, um die Wirtschaft in den Betrieben zu organisieren und den Weg um den Kampf für Sozialismus vorzubereiten. Wir müssen Schulungsabende einrichten. Unsere Partei soll eine Massenpartei der Funktionäre sein.“

Herbert Ranft sagte: „Ich bin täglich mit den jungen Menschen zusammen. Ich habe da keine jungen Kommunisten oder Sozialdemokraten vor mir. Und das Deutschland, was wir aufbauen, ist kein sozialistisches, sondern erst einmal ein demokratisches. Macht deshalb die Jugend erst einmal reif zum demokratischen Denken.“

Hier spiegelt sich die oben erwähnte Haltung neugewonnener Mitglieder gerade mit Blick auf die Jugend wider. Erkennbar wird auch die damals vieldiskutierte Frage der unmittelbaren gesellschaftlichen Zielsetzung in dieser Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Es folgte am 15. 1. 1946 in Dresden für das Land Sachsen die geschichtlich bedeutsame „Konferenz der 3000“, auf der der Beschluss gefasst wurde, im Landesmaßstab und in den Kreisen „Einheitsbüros“ zu schaffen. Daraufhin konstituierte sich Mitte Februar 1946 ein Einheitsbüro für den Kreis Pirna, an dessen Spitze von der KPD Arno Hering und Alfred Vater und von der SPD Oskar Fietsch und Paul Nickel standen. Je nach der Zusammensetzung der Ortsgruppen beider Parteien gab es mehr oder minder starke Auseinandersetzungen über die Einheit.

Die Beschlüsse der „Sechziger Konferenz“ fanden auch in unserem Kreis nachhaltige Zustimmung.

Das Einheitsbüro reagierte durch zielstrebige Organisation des gemeinsamen Parteilebens in allen Orten unseres Kreises mit seinem Rundschreiben Nr. 1 vom 6. März 1946, in dem es hieß:

„An alle

Orts- und Betriebsgruppen der KPD und SPD des Kreises Pirna

Werte Genossen!

Um alle Unklarheiten bei der Bildung von Einheitsbüros in den Orts- und Betriebsgruppen zu beseitigen, geben wir nochmals ganz klare Anweisungen an alle Orts- und Betriebsgruppen der KPD und SPD heraus, die in einer gemeinsamen Sitzung der Kreisleitung der KPD Pirna und der Unterbezirksleitung der SPD Pirna beraten und beschlossen wurden und nun von den Orts- und Betriebsgruppen auch gemeinsam durchgeführt werden müssen.

1.) in allen Orten und Städten, in denen Ortsgruppen der KPD und SPD bestehen, müssen sofort Einheitsbüros gebildet werden.

...

Einheitsbüro Kreis Pirna

Fietsch SPD

Nickel SPD

Hering KPD

Vater KPD“

Am 13. März konnte das Einheitsbüro feststellen, dass es inzwischen im Kreis bereits 72 örtliche Einheitsbüros gab.

Zur gemeinsamen inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des 1. Mai 1946 als erste Manifestation des Einheitswillens der Arbeiterklasse im Kreis versandte das Kreiseinheitsbüro am 28. März das Rundschreiben Nr. 3. Zugleich mit dieser auf die Vereinigung beider Parteien gerichteten Arbeit vernachlässigte das Einheitsbüro aber in keiner Weise die Sorge um die Bewältigung jener praktischen Tagesaufgaben, die durch die Mitglieder im Bunde mit anderen demokratischen Kräften bewältigt werden mussten. Davon zeugt das 5. Rundschreiben vom 29. März, das die Sicherung der Frühjahrsbestellung und die Brachlandaktion, also die Nutzung aller geeigneten Flächen, zum Gegenstand hatte.

Auf dieser Grundlage fanden nun gemeinsame Veranstaltungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen im Kreisgebiet statt, im Monat März waren es allein 97. Nun blieb nur noch ein Schritt übrig, die Vereinigung selbst.

Am 30. März 1946 tagte schließlich die letzte Kreisparteikonferenz der KPD. Ihre Resolution drückt den Kampfgeist der Funktionäre und Mitglieder ebenso aus wie die leise Wehmut bei der Verabschiedung vom traditionsreichen Namen der Partei, aber auch die Siegeszuversicht, die allen aus der bevorstehenden Vereinigung der Arbeiterparteien auf revolutionärer, marxistischer Grundlage erwuchs.

Die in Sachsen auf den letzten getrennten Parteitag von KPD und SPD gewählten Delegierten, die insgesamt 400 000 Mitglieder vertraten, fassten am 7. April 1946 auf dem Vereinigungsparteitag im Kurhaus Dresden-Bühlau den einmütigen Beschluss zur Vereinigung. Die bisherigen Landesvorsitzenden der KPD, Wilhelm Koenen, der Hermann Matern abgelöst hatte, und der SPD, Otto Buchwitz, umbrandete nicht enden wollender Beifall, als Otto Buchwitz das Abstimmungsergebnis bekannt gab und das Schlusswort sprach.

Danach tagte das Einheitsbüro unseres Kreises am 9. 4. 1946 zum letzten Mal. Es verabschiedete sein letztes, das 6. Rundschreiben, an alle Einheitsbüros der KPD und SPD mit der Festlegung, in gemeinsamen Mitgliederversammlungen am 13. April 1946 die KPD- und SPD-Ortsgruppen aufzulösen und die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ zu gründen. Aus diesem bedeutsamen Dokument sei das Wesentlichste zitiert:

„Einheitsbüro Kreis Pirna

Pirna, den 9. 4. 46

Rundschreiben Nr. 6

An alle

Einheitsbüros der KPD und SPD

Betr.: Auflösung der KPD- und SPD-Ortsgruppen und Bildung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“

Werte Genossen!

Nachdem nun der Vereinigungskongreß für das Bundesland Sachsen am 6. und 7. 4. 46 in Dresden tagte und dort einstimmig der organisatorische Zusammenschluss der KPD und SPD beschlossen wurde, soll auch in unserem Kreis der Zusammenschluss der beiden Parteien erfolgen.

Zu diesem Zweck werden alle Ortsgruppen der KPD und SPD des Kreises angewiesen, für
Sonnabend, den 13. 4. 1946, um 19 Uhr 30 Min.

gemeinsame Mitgliederversammlungen durchzuführen, um dort die Auflösung der beiden Parteien zu beschließen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu bilden.

Die Leitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands soll aus 2 gleichberechtigten Vorsitzenden der KPD und SPD bestehen und alle übrigen Funktionen nach Möglichkeit paritätisch zusammengesetzt werden.

Genossinnen und Genossen!

Das gewaltige, historische Ereignis, „Die Einheit der Arbeiterklasse“ in Sachsen ist Wirklichkeit geworden; das sind die Lehren, die wir aus der Vergangenheit als Kommunisten und Sozialdemokraten, gezogen haben. Mit der neuen Partei stehen aber auch neue und große Aufgaben vor uns, die aber nur gelöst werden können, wenn alle bisherigen Mitglieder der KPD und SPD in brüderlicher und kameradschaftlicher Weise, ehrlich und aufrichtig an die Aufgaben herangehen, die heute vor der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen und von ihr überwunden werden müssen. .

Darum hinweg mit aller persönlichen Zwiſtigkeit und Parteihader!

Wir wollen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit dem Geist der Klarheit und mit dem Geist der Aktivität und dem Kampfeswillen erfüllen, der erforderlich ist, um unsere Partei zum Sieg zu führen.

„Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ „Vorwärts zum Sieg“

Mit sozialistischem Gruß!

Einheitsbüro Pirna

gez. Fietsch

gez. Nickel

gez. Hering

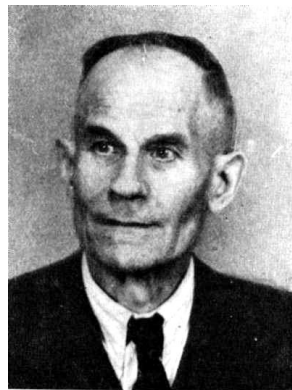
gez. Vater“

In der Woche nach dem Parteitag in Bühlau fanden in Pirna in fünf Sälen Versammlungen statt. „Vertreter der beiden Parteien sprachen über die Bedeutung des Tages! Ebenso war es in Sebnitz, wo sich in festlicher Stimmung über 700 Werktätige zusammengefunden hatten. Auch in den Orten Helmsdorf, Neustadt, Dittersbach, Reinhardtsdorf, Struppen, Stolpen, Königstein, Bad Schandau, Großcotta, Berggießhübel, Heidenau und noch vielen anderen Orten des Kreises gedachte man in Kundgebungen der Bedeutung des Tages. Darbietungen der verschiedensten Kulturorganisationen umrahmten die Feiern. Man konnte feststellen, dass dieser Tag von allen heiß ersehnt worden ist. Alles Trennende war verschwunden. Begeistert berichteten die Delegierten des Dresdner Parteitages von ihren unvergesslichen Erlebnissen. Viele neue Beitrittserklärungen zur Einheitspartei ließen erkennen, wie die noch abseits stehenden

Massen den historischen Tag aufgenommen hatten. Der Weg war jetzt auch in Pirna frei für den entscheidenden Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.⁵²

Am 13. 4. 1946 fanden die Vereinigungsversammlungen im Kreis Pirna statt, in der Stadt Pirna in 5 Sälen. Im Volkshaus stand über der Bühne die Losung: „Die Spaltung hat die Kampfkraft der Arbeiterschaft gelähmt, die Einheit führt sie zum Ziele.“

110 Ortsgruppen und 85 Betriebsgruppen der KPD mit 6 773 Mitgliedern und 86 Ortsgruppen der SPD mit 6 569 Mitgliedern hatten sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verschmolzen, so dass der Kreis nach der Vereinigung 115 Ortsgruppen und 85 Betriebsgruppen mit insgesamt 13 339 Mitgliedern besaß. Als gemeinsame Erste Vorsitzende wurden für die künftige Arbeit im Kreise Pirna Alfred Vater und Oskar Fietsch gewählt.⁵³



Die ersten Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei des Kreises Pirna
(l) Alfred Vater (KPD) und (r) Oskar Fietsch (SPD)

„Das Land Sachsen war zweifellos der Schrittmacher für die Vereinigung in der sowjetisch besetzten Zone“ schreibt Otto Buchwitz. Von Sachsen ging ein Strom der Energie zu den anderen Ländern, bis in den Ostertagen der Vereinigungsparteitag in Berlin mit dem historischen Händedruck der Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl den Schlussstrich unter 30 Jahre Spaltung der Arbeiterbewegung zog.

Im Kreis traten eine Reihe von Führungsleuten um 1933 und 1946 später in den Hintergrund oder als leitende Funktionäre in den fünfziger Jahren nicht mehr in Erscheinung. Dabei ist aber zu bedenken, dass viele von ihnen zu Beginn der fünfziger Jahre bereits das Renteneintrittsalter teils erheblich überschritten hatten. Ehemalige SPD-Mitglieder waren dabei in größerer Zahl davon betroffen, weil einfach der Anteil der KPD-Mitglieder im jugendlichen Alter vor 1933 höher war als bei der SPD. Auch ältere KPD-Funktionäre wie Emil Schlegel, Karl Winkler, Robert Klett, Karl Täubrich und andere nahmen zu Beginn der fünfziger Jahre keine leitenden Funktionen mehr wahr. Unter den leitenden Funktionären der SPD trifft das auf Oskar Fietsch, Max Bitterlich, Max Schirmer, Otto Wehner, Max Ramm und andere zu.

Waren nach der Vereinigung alle früheren Differenzen ausgeräumt und überwunden? Das wäre zu schön gewesen, um wahr zu sein. Bei unseren Forschungen zur Geschichte der No-

⁵² Sächsische Zeitung vom 16. 4. 1946.

⁵³ Die Darstellung des Vereinigungsprozesses im Kreis Pirna erfolgt in Anlehnung an folgende Veröffentlichungen: Anger, Rieger: Brüder in eins nun die Hände, Kreisleitung Pirna der SED, 1964; Herbert Anger, Hugo Jensch, Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Kreis und in der Stadt Pirna im Jahre 1946. Hrsg.: Kreisleitung Pirna der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Pirna 1986

vemberrevolution von 1918 in Pirna luden wir (Heinz Rieger und ich) in drei Konsultationsveranstaltungen damalige Akteure der Pirnaer Arbeiterbewegung, die damals im Arbeiter- und Soldatenrat eine maßgebliche Rolle spielten und bei verschiedenen Aktionen beteiligt waren, ca. 30 Personen, ein, um detaillierte Informationen von Zeitzeugen zu erhalten. Es erwies sich, wie unterschiedlich Bewertungen der Ereignisse von 1918 in den Köpfen der Beteiligten präsent waren. Nach der ersten Veranstaltung erklärte uns Oskar Fietsch, er würde an weiteren Zusammenkünften nicht mehr teilnehmen, wenn wieder Karl W. im Raume vorzufinden wäre. Der hätte nach so vielen Jahren immer noch nichts gelernt und reduziere wie schon damals alles auf die Formel: „Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!“. Die Konsultationen waren für uns aufschlussreich und insofern fruchtbar, als es im ihrem weiteren Verlauf einen für alle Beteiligten erheblichen Erkenntnisgewinn gab.

Selbstverständlich muss hier auch darauf verwiesen werden, dass die Umwandlung der Partei in eine „Partei neuen Typus“ nach sowjetischem Vorbild seit 1948 in der Folgezeit zum Abbau innerparteilicher Demokratie, zur Einschränkung der Diskussion über Wege zum Sozialismus, zur zunehmenden Bürokratisierung und zu einer abgehobenen Funktionärsschicht führte.

Die Einheit der Arbeiterbewegung aber war jedenfalls Voraussetzung für ihre politische Dominanz im gesamten Prozess der Konzipierung und Umsetzung grundlegender Reformen, in deren Ergebnis die Zerschlagung der Überreste des Faschismus und seiner sozialökonomischen und staatlich-politischen und ideologischen Erscheinungen und Wurzeln zügig und konsequent erfolgen konnte.⁵⁴

Das Parteienspektrum der SBZ/DDR erfuhr seinen Abschluss im Jahre 1948. Da entstanden am 29. April die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und am 25. Mai die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD). Beide Parteigründungen verdankten sich der Initiative, Förderung und materiellen Ausstattung durch SMAD und SED. Die DBD konnte sich ferner auf die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe stützen, aus deren Reihen viele ihrer bis dahin nicht parteigebundenen Mitglieder kamen. Die NDPD fand ihre Mitgliedschaft aus den Reihen ehemaliger Militärangehöriger, Soldaten und Offiziere, viele davon aus den Reihen des während des Krieges gebildeten „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) und ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, die nach dem Abschluss der Entnazifizierung zur Teilnahme am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft bereit waren und sich dazu parteimäßig engagieren wollten. An der Spitze beider Parteien standen in den Anfangsjahren bewährte Mitglieder der KPD, wie Ernst Goldenbaum (DBD) und Dr. Lothar Bolz (NDPD).⁵⁵ Über die Begründung der Kreisorganisationen beider Parteien im Kreis Pirna liegen in zugänglichen Archiven keine Unterlagen vor. Ob dazu Auskünfte aus Bezirksarchivbeständen beider Parteien im Staatsarchiv Dresden vorliegen, bedürfte noch der Nachfrage.

3.5.2. Gewerkschaften

Am 15. Juni 1945 bildete sich in Berlin ein Vorbereitender Gewerkschaftsausschuss. Ihm gehörten Funktionäre fast aller gewerkschaftlichen Organisationen von vor 1933 an. Vertreten waren der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) durch Hermann Schlimme, der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund) durch Bernhard Göring, der Gesamtverband

⁵⁴ Herbert Anger, Hugo Jensch Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Kreis und in der Stadt Pirna im Jahre 1946. Herausgeber: Kreisleitung Pirna der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Pirna 1986; Hrsg.: Landesverband Sachsen der PDS, Kolloquium zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Sachsen. Dresden, 30. März 1996.

⁵⁵ Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 1, Lexikon der Organisationen und Institutionen. Reinbeck bei Hamburg 1994, Bd. 1, S. 182-186 zur DBD, Bd. 2, S. 713-721 zur NDPD. Im Folgenden: Herbst, DDR.

der christlichen Gewerkschaften durch Jakob Kaiser, der Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) durch Ernst Lemmer, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) durch Roman Chwalek. Sie kamen überein, sich an die Öffentlichkeit zu wenden mit dem Ziel, die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden und eine Einheitsgewerkschaft für alle Arbeiter und abhängig Beschäftigten zu gründen. Die organisatorischen Vorarbeiten wurden in gegenseitiger Übereinstimmung im Verlaufe eines knappen Monats bewältigt, so dass am 11. Juli die Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ erfolgen konnte.⁵⁶

Den Gewerkschaftsaufbau krönte ein Gründungskongress in Berlin vom 9.-11. Februar 1946. Entsprechend der Übereinkunft vom Juni 1945 gehörten dem dort gewählten Bundesvorstand 19 Kommunisten, 18 Sozialdemokraten, 5 Christdemokraten und 3 Parteilose an.⁵⁷

Zur ersten Landeskonferenz der neuen Freien Gewerkschaften trafen sich am 15. September 1945 Vertreter aus allen Kreisen Sachsens in Dresden und bildeten einen Koordinierungsausschuss für den Gewerkschaftsaufbau im Lande. Als Vorsitzenden wählten die Delegierten Otto Seifert (SPD), der maßgeblich zur Konstituierung des FDGB in Sachsen beigetragen hatte.⁵⁸

In Betrieben und Orten unseres Kreises entstanden neue Gewerkschaftsgruppen. Vier Verbände schufen ihre Organisationen in Branchen, so der Fabrikarbeiter-, der Metallarbeiter-, der Bauarbeiter- und den Eisenbahnarbeiterverband. Auch Ortsausschüsse der Gewerkschaft in Heidenau, Berggießhübel, Neustadt, Sebnitz und Stolpen wurden ins Leben gerufen. In Pirna leisteten auf diesem Gebiet besonders Robert Klett, Georg Albrecht, Kurt Krenz, Karl Täubrich (alle KPD), Emil Nickel, Paul Rinke (SPD) die erste Aufbauarbeit, in deren Gefolge in Betrieben und Einrichtungen betriebliche Organisationen des FDGB ins Leben gerufen wurden.⁵⁹ In den ersten Monaten trat die Kreisorganisation des FDGB auch unter der Bezeichnung „Kartell der Arbeit“ auf, mit Sitz am Thälmann-Platz, dem „Haus der Arbeit“, in dem ein Arbeitersekretariat unter Paul Rinke u.a. kostenlose Rechtsauskünfte in allen Arbeitsangelegenheiten erteilte.⁶⁰

3.5.3. Politische Organisationen

Bis in die erste Hälfte des Jahres 1946 hinein entstanden in der sowjetischen Besatzungszone eine Reihe von politischen, sozialen, kulturellen Organisationen und Vereinigungen, die später unter der Bezeichnung „Massenorganisationen“ Teil des politischen Systems waren. Dazu gehörten die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (KB), die Volkssolidarität, die Vereinigung der Verfolgten des Nazismus (VVN), die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/Bäuerliche Handelsgenossenschaft (VdGB/BHG), und wirtschaftliche Vereinigungen wie die Konsumgenossenschaften und Industrie- und Handelskammern. Im Oktober 1948 entstand der Deutsche Sportausschuß (DS), aus dem am 28.4.1957 der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) hervorging.

Die Bildung dieser Organisationen folgte entweder Initiativen der KPD, den gemeinsamen Aufrufen beider Arbeiterparteien oder des antifaschistisch-demokratischen Blocks. Dazu war

⁵⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil III. Von 1945-1963. Berlin 1967.

⁵⁷ Herbst, DDR, Bd. 1, S. 306.

⁵⁸ Volksstimme, Landeszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen, Nr. 1 vom Dienstag, 18. September 1945, S.3.

⁵⁹ StAP, Z 38, Amtliches Mitteilungsblatt für Stadt und Bezirk Pirna, 27.6.45-24.1.46. 8.10., S.2: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirksausschuß Pirna – Kartell der Arbeit –

⁶⁰ Volkszeitung, Landeszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen, vom 20.9.1945, S. 3.

jeweils die Zustimmung und Lizenzerteilung durch die sowjetische Besatzungsmacht erforderlich, wenn sie nicht gar selbst dazu den Anstoß gegeben hatte.⁶¹

3.5.3.1. FDJ

Am 31.7.1945 bereits erteilte die SMAD die Erlaubnis zur Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse bei den Verwaltungen der mittleren und großen Städte ihrer Zone. Sie sollten die antifaschistische Erziehung der Jugend befördern und sie zum Wiederaufbau des Landes aktivieren. Ein zentraler Jugendausschuss bildete sich am 10. September 1945 unter Erich Honecker in Berlin. Ihm folgten bis zum November Jugendlandesausschüsse. Der in Sachsen stand unter der Leitung von Hermann Axen. Gleichzeitig entstanden in den Kreisen Jugendausschüsse, die den Verwaltungen für Volksbildung unterstanden.⁶²

Es gab im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien die Übereinkunft, keine parteigebundenen Jugendverbände ins Leben zu rufen, sondern für die Bildung einer „überparteilichen, einigen, demokratischen Jugendorganisation“ einzutreten. Den Antrag dafür reichten sie bei der SMAD ein, die ihn am 7. März 1946 genehmigte. Dieses Datum galt fortin als Gründungstag der FDJ.

Im Kreis Pirna sind Jugendausschüsse bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen im Verlaufe des September/Oktober 1945 entstanden. Für den Pirnaer Jugendausschuss wurde am 1. Oktober 1945 Erich Grützner als Vorsitzender benannt⁶³. Ihm zur Seite standen Karl Körner und Sonja Pohlig.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus suchten gerade Jugendliche nach neuer Orientierung, äußerten gleichzeitig aber Zweifel an neuen Verkündigungen, waren voller Unsicherheit und Misstrauen. Vielen stand der Sinn lediglich nach Geselligkeit und Zerstreung, und sie hielten sich von Politischem fern. Waren die in den Jugendausschüssen arbeitenden zunächst auf politische Schulung bedacht und nicht frei von Sektierertum und Überspitzungen in politischen Diskussionen, die es in Pirna seit Herbst 1945 jeweils an Freitagen mit um die 80 Teilnehmern gab, so drängte Major Raykin von der Kreiskommandantur auf die Einbeziehung möglichst vieler Jugendlicher durch die Förderung und Befriedigung kultureller und vielfältiger geistiger Bedürfnisse. So gab es bald neben Streitgesprächen zu politischen Fragen Tanzveranstaltungen, Filmvorführungen, Konzerte des hiesigen Orchesters unter der Leitung von Herbert Kegel, der zeitweilig in Pirna eine Wirkungsstätte fand. Zu Weihnachten 1945 bastelten Jugendliche Spielzeug für Kinder notleidender Familien. Im Februar 1946 fanden in sieben Pirnaer Sälen Faschingsveranstaltungen statt. Räume wurden gesucht und gefunden: im Rathaus, im Gebäude der Sozialversicherung auf der Robert-Koch-Straße, im Schützenhaus, das mehr und mehr zu einer Jugendbegegnungsstätte avancierte. Jugendausschüsse engagierten sich bei der Einbringung der Ernte. Sie warben geeignete junge Menschen als Neulehrer. Die Jugendausschüsse fanden Unterstützung bei den örtlichen Behörden, Parteien, Lehrern, Kulturschaffenden. So konnten sie ihren Wirkungskreis stetig erweitern.⁶⁴

Schon am 29. März 1946 kam es in unserem Kreis zu einer Gründungskonferenz der FDJ in der „Tanne“. Der Landesvorsitzende Robert Bialek sprach. Der anwesende Vertreter des städtischen Nachrichtenamtes vermerkte, er habe einen schlechten Eindruck wegen wilden Gesti-

⁶¹ Zur Bildung der genannten Organisationen und Vereinigungen, ihrer in Gründungsurufen genannten Aufgaben und Ziele, ihrer leitenden Organe vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 1, Lexikon der Organisationen und Institutionen. Reinbeck bei Hamburg 1994. Im Folgenden: Herbst, DDR.

⁶² Ebenda, Bd.1, S.291f

⁶³ Erich Grützner, geb. 30.7.1910, KPD-Mitglied seit 1932, vom OLG Dresden 1934 zu einem Jahr und vier Monaten Zuchthaus wegen illegaler Weiterführung der KPD verurteilt, war seit 1947 FDGB-Funktionär, wechselte später in den Staatsapparat, war 1959-1974 Vorsitzender des Rats des Bezirks Leipzig und von 1960 bis 1976 Mitglied des Staatsrates der DDR.

⁶⁴ Beiträge zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Kreis Pirna. Nr. 1 und 2, Die Entwicklung der Jugendarbeit im Kreis Pirna nach 1945 Nr. 9, Verf. Herbert Ranft und Kurt Fiegert, Nr. 10, Verf. Erich Grützner und Johannes Horx.

kulierens gemacht und sich abfällig über das Fehlen eines Jugendheims geäußert, wobei die Bemühungen der Stadt darum unerwähnt blieben.⁶⁵ Die hatte inzwischen das Schützenhaus, das spätere „Hanno-Günther-Heim“, heute noch als „Hanno“ bekannt, der FDJ zur Nutzung übergeben, ehe es dann am 4. September 1947 einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu einem Überlassungsvertrag an die FDJ kam.⁶⁶

Herbert Ranft, Sekretär für Jugendfragen im Kreisvorstand der KPD, wurde erster Kreisvorsitzender der FDJ in Pirna. Fünf Arbeitsgebiete bzw. Stützpunkte wurden eingerichtet, von denen aus der Organisationsaufbau im Kreis ausging: Pirna, Heidenau, Gottleuba, Königstein, und Sebnitz. Deren Leiter fuhren mit dem Fahrrad über die Dörfer, warben Mitglieder und bildeten Ortsgruppen. Bis Ende 1946 gab es in allen Gemeinden und Städten des Kreises Jugendgruppen mit insgesamt etwa 2000 Mitgliedern. Bei den Gemeindewahlen im Herbst 1946 zogen Jugendvertreter in alle Gemeindeparlamente. Der organisatorische Aufbau der FDJ war im Herbst 1947 abgeschlossen, so dass eine Kreisdelegiertenkonferenz den ersten Kreisvorstand wählen konnte.⁶⁷

3.5.3.2. DFD

Ein Befehl der SMAD vom 30.10.1945 erlaubte die Bildung antifaschistischer Frauenausschüsse in der sowjetischen Besatzungszone. Diese Erlaubnis sanktionierte damals bereits entstandene oder im Entstehen begriffene Ausschüsse, zu deren Initiatoren weibliche Mitglieder vor allem der Arbeiterparteien, aber auch der CDU und der LDPD gehörten.

Zur Arbeit des Pirnaer Frauenausschusses soll die erste Vorsitzende des städtischen und danach auch des Kreisfrauenausschusses, Ida Dass zu Worte kommen:

„...Viele soziale Aufgaben wurden gelöst, Kindergärten, Kinderheime, Nähstuben, Wärmestuben wurden errichtet, den Umsiedlern warme Kleidung, Möbel und Wirtschaftsgeräte versorgt, und das Volksweihnachten 1945 als das erste Friedensweihnachten wird jedem Kinde, das ein Geschenk bekam, unvergesslich sein.

Es wurde viel Not gelindert, zumal viele Frauen der Umsiedler hier ihre Niederkunft erwarteten. Da galt es, Wäsche für Mutter und Kind zu schaffen. Auch eine Schuhaktion wurde durchgeführt und von den Frauen der Umsiedler mit dankbaren Herzen entgegen genommen.

Schon im Januar 1946 fand in Berlin eine Großkundgebung der Frauenausschüsse der sowjetisch besetzten Zone statt, an der auch eine Delegation vom Kreis Pirna teilnahm.

Im Juni 1946 tagte zum ersten Mal der Kreisfrauenausschuß des Kreises Pirna.

Der Jahresbericht 1946 brachte die Arbeit der Frauenausschüsse des Kreises Pirna zum Ausdruck, dass, 105 Frauenausschüsse bestehen, 4 Arbeitsgebiete, 1131 registrierte Mitarbeiterinnen, 2 Kinderheime, 27 Kindergärten, 2 Kinderkrippen, 1 Frauenheim, 1 Bahnhofsdienst, 6 Wärmestuben, 4 Tauschstellen, 13 Nähstuben, 3 Nähstuben in Betrieben, 46 Betriebskommissionen....

Im Jahre 1947 begannen die Werbeversammlungen für den DFD, bis Mai wurden 105 Versammlungen durchgeführt und im März nahmen die Gründungen der DFD-gruppen ihren Anfang, bis Mai hatten 22 Gründungen stattgefunden. ... Bei der Verschmelzung der Frauenausschüsse mit dem DFD konnten die Frauenausschüsse des Kreises Pirna: 2 Frauenheime, 2 Kinderheime, 28 Kindergärten, 1 Betriebskindergarten, 2 Kinderkrippen, 48 Nähstuben, 35 Wärmestuben, 6 Tauschstellen, 6 Volksküchen, die mit Hilfe der Behörden und der ins Leben gerufenen Volkssolidarität geschaffen wurden, in die Obhut des DFD stellen, und hatten 7000 Mitglieder des DFD zu verzeichnen.

⁶⁵ StAP, B4, 3001, 505, Informationsberichte des Nachrichtenamtes 1946-48, Bl. 233.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 46.

⁶⁷ Vgl. Erinnerungen von Ranft/Grützner, Anm 62.

Auf der 1. Landeskonferenz der werktätigen Frauen Sachsens des DFD, Landesverband Sachsen, wurde dem Kreis Pirna für die Bildung von 35 Betriebsgruppen in den Betrieben der 1. Preis, ein transportabler Ofen für das Klubheim zugesprochen.

Die Werbetätigkeit unserer Frauen im Kreis nahm ihren Fortgang. Obwohl sie Widerstände zu überwinden hatten, vor allen in den Landgemeinden waren die Frauen fast ausschließlich in der NS-Frauenschaft und besonders die Bauersfrauen standen dem demokratischen Frauenbund ablehnend gegenüber.⁶⁸

3.5.3.3. Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands

Bereits am 3. Juli 1945 trat der Kulturbund in Berlin mit einem Manifest an die Öffentlichkeit. Die SMAD genehmigte seine Tätigkeit schon am 31. Juli für ihre Zone. Am 8. August 1945 trat eine Initiatorengruppe in Berlin zusammen und wählte Johannes R. Becher zum Präsidenten, den Schriftsteller Bernhard Kellermann und den Maler Carl Hofer zu Vicepräsidenten. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Lehrer fanden sich mit dem Anspruch einer demokratischen Erneuerung des Kulturlebens in Deutschland zusammen, in den Anfangsjahren mit gesamtdeutschem Anspruch, überparteilich und mit Mitgliedern und örtlichen Organisationen auch in den drei westlichen Besatzungszonen. Er gab ab September 1945 die Monatszeitschrift „Aufbau“ und ab 1946 die Wochenzeitung „Sonntag“ heraus.⁶⁹

Die Gründung einer Ortsgruppe des Kulturbundes in Pirna fand am 8. November 1945 statt.⁷⁰ Vorsitzender war Ruprecht von Vegesack, Kreissekretär Erich Sturm.

3.5.3.4 Volkssolidarität

Die Volkssolidarität entwickelte sich 1945 aus vielen Initiativen zur Hilfe für Notleidende. Dazu zählten Hilfen für bedürftige Kinder, Unterstützung von Umsiedlern mit Kleidung und Möbeln, für heimkehrende Kriegsgefangene, Hilfen für ältere und gebrechliche Menschen. Durchgeführt wurden Geld- und Sachwertsammlungen. Sie „richtete 350 Heime und Tagesstätten für Kinder und Jugendliche sowie für Rentner und Schwerbeschädigte ein und schuf etwa 1300 wirtschaftliche Einrichtungen (Volksküchen, Werkstätten, Einrichtungen zur Personenbetreuung auf Bahnhöfen ect.)“ Als Gründungsdatum gilt der 24.10.1945. An diesem Tag begründete Hermann Matern auf einer KPD-Konferenz in Dresden das Programm der Volkssolidarität.⁷¹

In Pirna wendeten sich der Antifaschistische Aktionsausschuss und Oberbürgermeister Wetzig mit einem Aufruf zur Gründung der Volkssolidarität an die Bürger.⁷²

Da er die Ziele und Aufgaben in wesentlichen Zügen umreißt, sei er hier im Wortlaut wiedergegeben.

„Volkssolidarität

Die Großaktion Volkssolidarität ist auch in Pirna eingeleitet worden. Die Aufgaben, die gerade im Stadt- und Landkreis Pirna angefasst werden müssen und deren Lösung der Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten bedarf, sind so zahlreich und des Einsatzes der besten Kräfte unserer Mitbürger wert, dass es notwendig war, für die Bewältigung der zu erwartenden Arbeit eine geeignete organisatorische Grundlage zu schaffen.

Die antifaschistischen Parteien und die Kirche, die die Träger der Aktion in Stadt und Land sind, haben einen Ausschuß eingesetzt, der sich dieser Tage konstituiert hat. Die Leitung ist

⁶⁸ StAP, PDS-Bestand, 0004, Ida Daß.

⁶⁹ Vgl.: Herbst, DDR, S. 539ff. Der „Sonntag“ erschien nach 1990 unter einem gesamtdeutschen Herausbergremium als „Freitag“. Ihn gibt es heute noch, wenn auch unter neuer Herausbergerschaft und anderen Intentionen.

⁷⁰ Volksstimme, 9.12., S. 5

⁷¹ Herbst, DDR, S. 1152.

⁷² StAP, B 4, 3001, 1286/2, Schriftwechsel des OB (Nov. 1946-Mai 1947).

Frau Doris Waldau Pirna, Breite Straße 31, übertragen worden. Sie wird ihre Arbeit demnächst in einer besonderen Geschäftsstelle aufnehmen.

Der Ausschuß hat bestimmte Aufgabengebiete umrissen, für deren Erledigung Abteilungsleiter benannt worden sind, die sich einsatzfreudige Mitarbeiter sichern werden.

Die Großaktion Volkssolidarität soll nicht eine Nachahmung des Nazi-WhW werden, sondern soll eine Angelegenheit aller derjenigen werden, denen angesichts der Nöte unserer Zeit das Herz im Geiste echter Solidarität entflammt ist. Sie wird eine Tat werden, die nicht Parteizwecken dient, sondern die Voraussetzungen für den friedlichen Aufbau unserer Heimat schafft und die Empfindungen opferbereiter Brüderlichkeit in den weitesten Kreisen wachrufen soll und wird.

Es darf angenommen werden, dass sich viele unserer antifaschistisch eingestellten Mitbürger zur Mitarbeit bereit erklären werden. Jede Unterstützung wird wegen des großen Aufgabekreises dankbar angenommen. Meldungen nimmt Frau Waldau entgegen. Auch geeignete Vorschläge für erfolgversprechende Hilfsaktionen werden begrüßt. Doch allen voran soll die helfende Tat selbst stehen. Es wird mannigfache Gelegenheit geben und geschaffen werden, echte Volkssolidarität zu üben.

Pirna, den 5. November 1945.

Der Antifaschistische Aktionsausschuß
i. A.: Wetzig, Oberbürgermeister.“⁷³

Einen Aufruf zur Volkssolidarität und zur Gründung der gegenseitigen Bauernhilfe mit Ortsausschüssen in allen Städten und Gemeinden des Kreises richtete ein von Hering (KPD) und Fietsch (SPD) unterzeichneter Aufruf beider Arbeiterparteien an alle „Männer, Frauen und Jugend“.

In ihm heißt es: „Schafft Baumaterial für Betriebe, Wohnhäuser und Schulen. Ihr garantiert damit die Wiederinstandsetzung der Betriebe und überwindet die besonderen Härten des Winters. Verdoppelt die Anstrengungen bei der Verbesserung der Verkehrswege und Ihr sichert die Brennmaterial- und Lebensmittelfuhr. Geht sofort an den Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Dörfer und ihr gebt unserer Volke Schutz vor Obdachlosigkeit und Kälte. Geht sofort an Maßnahmen heran, die durchgeführt werden müssen, um die noch eintreffenden Flüchtlingsmassen in unser Leben, in die Arbeit und die Gemeinschaft einzugliedern. Führt sofort gemeinsame Möbel- und Kleidersammelaktionen für die vom Kriege schwer heimgesuchten Gebiete durch und beweist durch diese Volkssolidarität die enge Verbundenheit, die heute so dringend notwendig ist, um die Katastrophe mildern zu können, in die unser Volks durch 12 Jahre Hitlerfaschismus gestürzt wurde.“⁷⁴

3.5.3.5. VdgB

Ausschüsse zur gegenseitigen Bauernhilfe entstanden schon während der Bodenreform. Sie übernahmen die bei der Bodenreform enteigneten und erfassten Maschinen, Geräte, Zuchtvieh und teils auch Verarbeitungsbetriebe. Da das über einzelne Orte hinaus führte, entstanden bald Kreisausschüsse und Ende 1945 ein Landesausschuss der gegenseitigen Bauernhilfe, in dem aus dem Kreis Pirna die Bäuerin Ella Rehborn vertreten war⁷⁵ Mit der ersten zentralen Arbeitstagung der Landes- und Provinzialausschüsse am 9./10.Mai 1946 war der schrittweise Prozess der Bildung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe abgeschlossen.

Auf dem ersten Deutschen Bauerntag 1947 gab sie sich eine Satzung, in der die wesentlichen Aufgaben fixiert waren:

⁷³ Volkszeitung, 20.11.1945, S.2.

⁷⁴ StAP, K II-IV-1 50.

⁷⁵ 40Jahre VdgB...im Bezirk Dresden. Dresden 1986, S. 11.

„Sie organisiert und leitet die Tätigkeit von Ausleihstellen für landwirtschaftliche Schlepper und Großmaschinen sowie von ländlichen Reparaturwerkstätten, ...die Tätigkeit von Deckstationen, Fohlen- und Kälberaufzuchttheimen, Geflügelbrutanstalten, Fischzuchtteichen und dergleichen sowie von Viehkliniken und tierärztlichen Hilfsstationen, ...Saatreinigungsstellen, ist ihren Mitgliedern bei der Beschaffung von Hochzuchtsaatgut zur Aussaat behilflich, richtet Versuchsfelder und Gärtnereien zur Anzucht von Gemüsepflanzen ein; sie unterstützt ihre Mitglieder bei der Beschaffung von Handelsdünger, lebendem und totem Inventar, Futtermitteln Baumaterialien sowie von wirtschaftlich notwendigen Betriebskrediten, wobei sie sich der Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kreditgenossenschaften) bedient.“ Ferner gehört zu ihren Aufgaben auch die gegenseitige Hilfe von Alt- und Neubauern bei „ausgleichender Nutzung von Zugkräften, Maschinen, Geräten, Saatgut, Futtermitteln und Arbeitskräften“, die Hilfe bei Erfüllung von Ablieferungspflichten und ...die Festsetzung der gerechten Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte und Industriewaren.“⁷⁶

Ende 1948 entstanden nach einer Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission Maschinenausleihstationen (MAS). Im November 1950 wurden auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften einbezogen, und so entstand die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/Bäuerliche Handelsgenossenschaften (VdgB/BHG).

3.5.3.6. VVN

Nachdem bereits im Sommer 1945 beim Magistrat von Groß-Berlin ein Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ als überparteiliche soziale Vertretung der Naziopfer gebildet worden war, beschloss eine Delegiertenkonferenz im November 1946 die Bildung einer selbständigen politischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die sich am 22./23. Februar 1947 in Berlin konstituierte. Vorsitzende waren Ottomar Geschke (SED) und der evangelische Probst Heinrich Grüber.⁷⁷

In Pirna bestand ein Ortsausschuss „Opfer des Faschismus“ ebenfalls seit Sommer 1945. Ihm gehörten ausgewiesene Verfolgte des Naziregimes an wie Martin Kluge, Oskar Morche, Pfarrer Dr. Benno Scholze, Ahnesorg, Hermann, Stocklossa, Hippe, später auch Alfred Cohn. Der Ausschuss ermittelte und anerkannte Opfer des Faschismus aus dem Stadt- und Kreisgebiet, veranstaltete den ersten Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 29.9.1945 und in der Folgezeit alljährlich gemeinsam mit den Parteien und Organisationen des antifaschistischen Blocks jeweils im September, richtete ein Erholungsheim für die Opfer im Waldgut Langenhennersdorf ein und beteiligte sich an der Ermittlung von Nazitätern. Aus den Ortsausschüssen heraus erfolgte 1947 die Gründung der Pirnaer Kreisorganisation der VVN. Sie fand am 19.4.47 im Saal des Volkstheaters (Tanne) statt.⁷⁸

3.5.4. Wirtschaftliche Organisationen

Neben den politischen Organisationen entstanden auch wirtschaftliche, so die Industrie- und Handelskammer und die Konsumgenossenschaft.

⁷⁶ Ebenda, S. 12/13.

⁷⁷ Elke Reuter/Detlef Hansel, Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Berlin 1997. Herbst, DDR, Bd. 2, S. 1125ff.

⁷⁸ StAP, B4, 3001, 1286/1, Schriftwechsel des OB Nov. 1946-Mai 1947, Bl. 142. Zum Ortsausschuß „Opfer des Naziregimes“ liegt umfangreicheres Aktenmaterial vor: StAP, B IV-IV, 10, 25, 49, 67, B 4, 3015, 117, B 4, 3007, 144.

3.5.4.1. Industrie- und Handelskammer

Die Bildung der Industrie- und Handelskammern geschah in Sachsen entsprechend einer Verordnung der Landesregierung vom 29. Oktober 1945.⁷⁹

Die Blockparteien des Kreises unterbreiteten Vorschläge für die Zusammensetzung des aus Vertretern der Gewerkschaft und der Unternehmerschaft gebildeten Industrie- und Handelskammer des Kreises Pirna.⁸⁰

Einzelheiten erfahren wir aus einer Presseveröffentlichung:

„Industrie- und Handelskammer für den Kreis Pirna

Auf Grund der Verordnung der Landesverwaltung — Wirtschaft und Arbeit — über die Bildung der Industrie- und Handelskammern im Bundesland Sachsen vom 29. Oktober 1945 ist nunmehr auch in unserem Kreis die Industrie- und Handelskammer für den Kreis Pirna errichtet worden. Gemäß § 5 der Verordnung vom 29. Oktober 1945 wurde durch Berufungsurkunde der Landesverwaltung vom 29. Dezember 1945 zum Direktor der Kammer Herr Richard Noack, Pirna, Stadtwall 25, bestellt.

Als ordentliche Vorstandsmitglieder wurden gemäß Berufungsurkunde vom 30. Dezember 1945 bestellt: als Vertreter der freien deutschen Gewerkschaften gemäß § 4, Absatz b: Herr Bruno Glanze, Heidenau, Albertstraße 20, Herr Fritz Kottkamp, Sebnitz, Finkenbergstraße, Herr Georg Albrecht, Pirna, Siegfried-Rädel-Straße 36, Herr Walter Schwarze, Heidenau, Platz, der Freiheit 5.

Als Vertreter der Industrie- und Handelsunternehmungen gemäß § 4., Absatz c: Herr Max Bitterlich, Pirna, Rosa-Luxemburg-Straße 16, Herr Walter Zistel, Pirna, Reichs-Straße 14, Herr Richard Aurich, Pirna, Gartenstraße, Herr Kurt Roscher, Neustadt, Martin-Luther-Straße 3; als Vertreter der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialverwaltung gemäß § 4, Absatz d: Herr Willi Jost, Pirna, Obere Burgstraße 1, Herr Hermann Prasser, Pirna-Copitz, Dammstraße 5, Herr Arno Pluschke, Pirna, Fleischergasse 8. Herr Albert Sickert, Pirna-Copitz, Leglerstraße 1.

Die Stellvertreter für die hiermit berufenen Mitglieder des Vorstandes, werden nachträglich benannt.

Die endgültige Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit des Kammervorstandes erfolgt, sobald die Landesverwaltung dies in einer erneuten Mitteilung an die Direktion der Kammer anordnet.

Pirna, am 19. Januar 1946:⁸¹

3.5.4.2. Konsumgenossenschaft

Der Befehl Nr. 176 der SMAD verfügte die Wiedererrichtung der Konsumgenossenschaften.

Unter Leitung des Landrates Reyher gründete sich am 28.1.1946 ein Organisationsausschuß in einer Versammlung, die von KPD, SPD, Gewerkschaften und Frauenausschuß aus je sieben Mitgliedern beider Parteien und je einem aus FDGB und Frauenausschuß. Am 4.2.1946 fand im „Haus der Arbeit“ am Thälmann-Platz die Wahl des vorläufigen Aufsichtsrates und Vorstandes statt.⁸²

Am 4. Februar 1946 eröffnete die Konsumgenossenschaft im Kreis Pirna ihre Verkaufsstellen, davon vier im Stadtgebiet Pirna.⁸³

Die Sächsische Zeitung veröffentlichte kurze Zeit später einen Artikel, der kurz Geschichte und Anspruch der Konsumgenossenschaften im Kreis Pirna beleuchtet.

⁷⁹ Ihr Wortlaut findet sich in der Volksstimme vom 28.12.1945, S.3.

⁸⁰ StAP, B 4, 3001, 1284/1, Schriftwechsel des OB Juli 1945-März 1946, Bl. 91.

⁸¹ Volksstimme, 24.1.46, S. 2.

⁸² B 4, 3001, 1284/2, Bl. 184.

⁸³ B4, 3001, 505, Bl. 241, Informationsberichte des Nachrichtenamtes 1946-48.

„Es gilt, heute in jedem Menschen das Bewußtsein zu wecken, dass der Wiederaufbau zugleich . der Anfang einer neuen Wirtschaftsordnung sein muß.

Wenn es sich bei den Konsumgenossenschaften auch um wirtschaftliche Organisationen handelt, so haben sie doch auch eine politische Aufgabe zu erfüllen. Die Genossenschaften sind zugleich Vorkämpfer für eine neue Wirtschaftsform, und hinter jeder Verteilungsstelle steht eine wirtschaftliche und sittliche Idee.

Durch die konsumgenossenschaftliche Warenversorgung wurden in den letzten Jahrzehnten bis 1933 den gesamten Verbrauchern große Summen erspart, denn die Monopole und der private Handel waren gezwungen, die preissenkenden Maßnahmen der Genossenschaften und ihrer Eigenbetriebe zu beachten. Sie bildeten dadurch eine wertvolle Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes zur Hebung der Kaufkraft des werktätigen Menschen.

In unserem Kreis Pirna wurde 1865 in Sebnitz der erste Konsumverein gegründet, der damals fast nur aus armen Webern bestand. Aus einem nach 1850 ins Leben gerufenen Arbeiterbildungsverein in Dresden kam ebenfalls der Gedanke, sich durch freiwilligen Zusammenschluß zum Zwecke gemeinsamer Beschaffung von lebensnotwendigen Gütern wirtschaftliche Vorteile zu erringen.

Erst im Jahre 1888 wurde der Gedanke von einigen Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins in die Tat umgesetzt. Der Konsumverein dehnte sich zunächst bis Heidenau aus. Nach dem Dresdner Vorbild entstanden dann 1893 in Pirna, 1894 in Königstein und 1904 in Neustadt in Sachsen Konsumvereine, die sich alle gut entwickelten und später dem Dresdner „Vorwärts“ anschlossen. Der Konsumverein Vorwärts war die größte und leistungsfähigste Konsumgenossenschaft Sachsens, die ihre Aufgabe in vorbildlicher Weise erfüllte und 220 Verteilungsstellen, vier Großbäckereien, eine Konditorei, drei große Lagerhäuser mit Kaffeerösterei, drei Warenhäuser und eine Fleischwarenfabrik in Besitz hatte. Diese stolze Genossenschaft wurde nach 1933 von den Nazis zur Auflösung gezwungen und die Mitgliederorganisation zerschlagen. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes waren alte Genossenschaftler eifrig bemüht, die wenigen noch vorhandenen Werte ihrem ursprünglichen Zweck zuzuführen. Der Befehl 176 des Obersten Chefs der SMA, Marschall Shukow, schuf dann die Voraussetzungen für einen alsbaldigen Wiederaufbau. Die Konsumgenossenschaften wurden vor neue, große Aufgaben gestellt.

Unsere neue Genossenschaft hat ihren Sitz in Pirna. Dort wird mit Eifer gearbeitet, um den kommenden Anforderungen gewachsen zu sein. Der gesamte Kreis wird gründlich durchgegangen, und wo das Bedürfnis vorliegt, werden genossenschaftliche Verteilungsstellen errichtet und sind zum Teil schon eröffnet worden. Die Zahl der Familien, die den Wert der genossenschaftlichen Warenversorgung erkannt haben, ist in stetem Ansteigen begriffen. In der Vereinigung liegt die Kraft, und an dieser Bewegung mit ganzem Herzen mitzuarbeiten, heißt, dem sozialen Fortschritt dienen. Die Konsumgenossenschaften sind gemeinwirtschaftliche Betriebe, Sie bilden eine Stütze des neuen demokratischen Staates.

So ist auch die Konsumgenossenschaft ‚Kreis Pirna‘ mit allen Werktätigen einig in dem Wunsche und Ziel, recht bald ihre Mitglieder mit allen Produkten versorgen zu können.⁸⁴

⁸⁴ SZ, 26.4.46, S. 4, Aus der Geschichte der Konsumgenossenschaften.

3.6 Wahlen 1946

Mit der Bildung örtlicher Verwaltungen verlief gleichzeitig das Zusammenfinden verschiedener politischer Kräfte in Parteien, deren Bildung durch Befehl Nr. 2 der SMAD ab Juni 1945 möglich wurde. Es war deshalb verständlich, dass die neuen Verwaltungen in Gemeinden, Städten Kreisen und Ländern bis zu den ersten Wahlen für demokratische Volksvertretungen vorläufigen Charakter trugen. Demokratisch zustande gekommene Verwaltungen und Volksvertretungen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene entstanden erst durch die Gemeindevahlen vom 1. September 1946 und die Kreis- und Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946.

3.6.1 Gemeindevahlen

Für die Gemeindevahlen traten die im „Block“ verbündeten Parteien mit eigenen Wahlprogrammen und Kandidatenlisten an die Öffentlichkeit. Während die Kandidatenlisten vollständig überliefert sind, trifft das für die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien nicht zu. Überliefert ist lediglich das der SED, das im Anhang zu finden ist und aus dem ganz gut die brennenden Probleme erkennbar werden, mit denen Gemeindepapament und Gemeindeverwaltung zu dieser Zeit befasst waren.

Wahlergebnis der Gemeindevahl vom 1.9.1946 in der Stadt Pirna

Wahlberecht.	Abgegebene Stimmen			SED	LDP	CDU	Frauenaussch.
	gesamt	gültig	ungültige				
24869	23290	22265	1025	10472	7263	4376	154
Abgeordnete				19	13	8	

In %

Wahlbeteiligung	93,65
SED	47,03
LDP	32,62
CDU	19,65
FA	0,69

85

Gewählte Stadtverordnete:⁸⁶

SED

Fietsch, Oskar	Dreher	Siegfried-Rädel-Str. 16
Maul, Maria	Hausfrau	Hospitalstr. 9
Klett, Robert	Masch.-Schlosser	Hospitalstr. 11
Krenz, Kurt	Zimmermann	Birkwitzer Str. 45
Reuter, Maria	Hausfrau	Bahnhofstr. 5
Ranft, Herbert	Modellbauer	Rosenstr. 3
v. Vegesack, Ruprecht	Kunstmaler	An der Brückmühle 2a
Piltz, Erna	Hausfrau	Reitbahnstr. 1
Renker, Erich	Lehrer	Lindenstr. 12
Richter, Hertha	Hausfrau	Bergstr. 12
Vater, Alfred	Schlosser	Alt-Neundorf 44
Haak, Georg	Mechaniker	Oberplatz 6
Bitterlich, Max	Tabak-Fabrikant	Rosa-Luxemburg-Str.
Dass, Ida	Hausfrau	Kohlbergstr. 1
Pohling, Erich	Graveur	Friedrich-Engels-Str. 1
Bundesmann, Paul	Schiffer	Barbiorgasse 1
Peuker, Karl	Buchhalter	Friedrich-Engels-Str. 1
Schirmer, Max	Zimmerer	Albertstr. 6b

⁸⁵ StAP, B IV, 3001, 500, Gemeindevahl 1946-47. Vgl. auch: B4, 3001, 505, Informationsberichte des Nachrichtenamtes 1946-48, Bl. 171.

⁸⁶ Zu den Gemeindevahlen StAP, B IV, 3001, 498, aber auch 70, 499 und 500, 501

LDPD

Aurich, Richard	Tischlermeister	Gartenstr. 15
Köhler, Reinhard	Bücherrevisor	Birkenweg 46
Fröbe, Hildegard	Hausfrau	Amtsgerichtsstr. 4
Schulte, Arthur	Kranführer	Obere Burgstr. 12
Rosenbaum, Henning	Dipl.-Ing.	Bahnhofstr. 15
Galle, Herbert	Leiter d. Wirtschaftsamt	Niederleithe 33
Kästner, Wilhelm	Schulleiter	Birkwitzer Str. 64
Patitz, Rudolf	Architekt u. Baumeister	Siegfr.-Rädel-Str. 36
Ackermann, Werner	Neulehrer	Schmiedestr. 17
Schwartner, Ursula	Hausfrau	Rote Kaserne 2
Egert, Erich	Angestellter	Lucas-Cranach-Str. 23
Lüdersdorf, Emil	Kaufmann	Schössergasse 1
Schmidt, Paul	Stadtbaumeister	Kohlbergstr. 7

CDU

Kaczmarek, Anton	Kreisvors.	Bergstr. 14
Dr. Schall-Gollnik, M.	Ärztin	Dohnascher Platz 6
Dietrich, Franz	Kaufmann	Marktgasse 3
Quaas, Albrecht	Vermessungs-Ing.	Gartenstr. 22
Lippert, Georg	Postangest.	R.-Luxemburg-Str
Schmidt, Anton	Direktor	Reichsstr. 23
Dressel, Katharina	Ehefrau	Reichsstr. 16
Faruga, Maria	Studienrätin	Waisenhausstr. 7

Kurzer Kommentar zu den Wahlergebnissen: Während in der Innenstadt und den „vornehmeren Vierteln“ die beiden bürgerlichen Parteien dominierten, lag die SED in den Außenbezirken und den Vororten vorn. Ein Ergebnis, das den Wahlen von vor 1933 in etwa entsprach.

Das Gesamtergebnis der Gemeindewahlen in Sachsen:⁸⁷

	SED	LDP	CDU	VdgB	Frauen- aussch.	KB
Sachsen	1608851	671271	655147	29493	24663	6939
Landkr. Pirna	56116	16679	10939	940	355	
Stadt Pirna	10472	7263	4376		158	

In der Mehrzahl der Gemeinden im Kreis Pirna standen Kandidaten der LDP und der CDU nicht zur Wahl, weil es in Ermangelung von Ortsverbänden zu keinen Kandidatenlisten kam.

Im Zusammenhang mit den Gemeindewahlen wurde auch die Demokratische Gemeindeverfassung für die sowjetische Besatzungszone verabschiedet, deren Text in der Presse veröffentlicht wurde.⁸⁸

Über die Säuberung der Stadtverwaltung von NS-Mitgliedern siehe [Entnazifizierung](http://www.geschichte-pirna.de) unter www.geschichte-pirna.de.

3.6.2. Kreistags- und Landtagswahlen am 20. Oktober 1946

Sie erfolgten auf der Grundlage der „Wahlordnung für die Landtags und Kreistagswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone“, veröffentlicht am 30. September 1946.⁸⁹

⁸⁷ SZ, 3.9.46, S. 1.

⁸⁸ SZ, 18.9.46, S. 2.

Danach bildete der gesamte Landkreis Pirna, einschließlich der Stadt Pirna, einen Wahlkreis. Für den Kreistag sollten 54 Abgeordnete gewählt werden. Die Wahlvorschläge wurden von den demokratischen Parteien und den Massenorganisationen dem Kreiswahlausschuß eingereicht. Die SED notierte 54 Kandidaten, die LDPD 50, die CDU 48, die VdgB 14 und der Kreisfrauenausschuß reichte 20 Kandidaten ein.

Der Kreiswahlausschuß, dessen Mitglieder von den Parteien und Massenorganisationen nominiert worden waren, stellte die Liste der Kandidaten für den Kreistag auf, deren Reihenfolge im Falle der Wahl entscheidend war.⁹⁰

Analog wurden in den Städten und Gemeinden Wahlvorstände gebildet.⁹¹

3.6.2.1. Kreistagswahl am 20.10.1946

Kreistagswahlergebnisse im Landkreis Pirna⁹²

Wahlberechtigte	134603
Abgegebene Wahlscheine	2022
Insges. Abgegebene Stimmen	125500
Ungültige Stimmen	2067
Gültige Stimmen	123433

Von den gültigen Stimmen entfielen auf in % Sitze

		in %	Sitze
SED	61066	51,9	29
LDP	29359	25,0	13
CDU	23533	20,0	11
VdgB	2795	2,5	1
Kommunaler Frauenausschuß	680	0,6	0

Kreistagswahl in der Stadt Pirna:⁹³

Wahlberechtigte 25677
Abgeg. Stimmen 22588 gültig,
1295 ungültig

SED	11105
LDP	7019
CDU	4096
VgdB	138
Frauenaussch.	230

Gewählte Mitglieder des Kreistages waren⁹⁴

29 Mitglieder der SED

Büttner, Frieda, Reichsbahnarbeiterin, Dohna
Gundermann, Alfred, Betriebsrat, Pirna
Höttges, Karl, Neulehrer, Ottendorf/Pirna
Maul, Maria, Parteisekretärin, Pirna
Oßmann, Max, Bauer, Bielatal, Kreis Pirna
Ehlig, Max, Schriftsetzer, Hertigswalde
Wetzig, Albert, Oberbürgermeister, Pirna- Copitz
Ranft, Herbert, Angestellter, Pirna
Naumann, Lina, Hausfrau, Prossen
Wolff, Georg, Bürgermeister, Bad Gottleuba

13 Mitglieder der LDP

Dreher, Ernst, Hotelbesitzer, Bad Schandau
Kuiper, Karl-Lothar, Kaufmann, Heidenau
Ackermann, Werner, Neulehrer, Pirna
Schwartner, Ursula, Hausfrau, Pirna2
Eggert, Karl, Gärtnereibesitzer, Zschachwitz,
Koloc, Rudolf, Photomeister, Dohna
Kreller, Horst, Dentist, Kurort Gohrisch
Kühne, Erich, Kunstblumengroßist, Sebnitz
Schule, Johann, Molkereifachmann, Stolpen
Hauswald, Georg, Bauer, Langburkersdorf

⁸⁹ StAD, Amtliche Nachrichten, Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch LRS, Nr. 2 (1946) u. Nr. 19 (S. 329-360).

⁹⁰ StAD, Landkreis Pirna, Nr. 39.

⁹¹ Ebenda, Nr. 75.

⁹² StAD, Landkreis Pirna, Nr. 41 und 42.

⁹³ B IV, 3001, 498, Land- und Kreistagswahlen 1946.

⁹⁴ Landkreis Pirna im Spiegel des Neuaufbaues. Pirna 1948, S. 6.

Hanke, Alfred, Betriebsarbeiter, Königstein
 Pohle, Antonie, Komm. Frauenausschuß, Heidenau
 Hartmann, Paul, Bauer, Dorf Wehlen
 Renker, Karl-Heinz, cand. med., Bonnewitz
 Viehrig, Annerose, Bauerin, Ebenheit
 Burkhard, Martin, Bürgerm., Seeligstadt Nr. 74
 Hampel, Franz, Handwerker, Liebethal

Hendrikse, Johanna, Heimarbeiterin, Berggießhübel

Kunath, Georg, Betriebsarb., Krippen
 Kreuzahler, Herbert, Ing., Neustadt
 Meyer, Ella, Hausfrau, Lohmen
 Nyderle, Helmut, Betriebsarbeiter, Heidenau
 Schöne, Kurt, Betriebsrat, Pirna-Copitz
 Linke, Maria, Hausfrau, Heidenau
 Eichler, Georg, Bürgerm., Berggießhübel
 Kram, Hans, Schauspieler, Pirna
 Schlesinger, Paul, Lohmen
 Fischer, Liselotte, Hausfrau, Pirna
 Thiele, Herta, Neubürgerin, Pirna-Neundorf

Henke, Wilhelm. Werkzeug-Großhändler, Heidenau
 Harenburg, Eberhard, Elektriker, Neustadt
 Kloß, Paul, Schlossermeister, Neustadt

11 Mitglieder, der CDU,

Hille, Paul, Bürgermeister, Eschdorf
 Dylus, Emilie, Kreisrednerin u. Referentin, Kurort
 Rathen
 Pieser, Liselotte, Neulehrerin, Dipl.-Volksw., Gott-
 leuba
 Müller, Oswald, Studienrat, Pirna
 Jentsch, Hans-Karl, Bauer, Borna, Post Gersdorf
 Diedrich, Franz, Kaufm., Pirna
 Haas, Franz, Kapellmeister, Kurort Rathen
 Wurzn. Paul, Wirtschaftstreuhand, Weesenstein
 Bauer, Richard, Prokurist, Sebnitz
 Mauhard, Karl, Kaufmann, Oberschlottwitz
 Richter, Karl, Angestellter, Pfaffendorf

1 Mitglied der VdgB.

Hanzsch, Erwin, Bauer, Kleincotta

Nach den Wahlen gab es folgende politische Zusammensetzung der Bürgermeister im Land-
 kreis Pirna:⁹⁵

114 Mitglieder der SED, 6 Mitglieder der LDPD, 5 Mitglieder der CDU.

Eine Übersicht über die im Ergebnis der Gemeindewahlen vom 1. September in den Städten
 und Gemeinden des Kreises zustande gekommene Sitzverteilung zwischen den Parteien, die
 Bürgermeister und deren Stellvertreter, Gemeinderäte und Gemeindeverordnete (Stand von
 1948) findet sich im Anhang ([11. Ergebnisse der Kreistagswahlen](#))

Der Rat des Kreises bestand aus dem Landrat, seinem Stellvertreter, zwei besoldeten und vier
 unbesoldeten Kreisräten

Als Landrat stand an der Spitze der Kreisverwaltung von 1945 bis 1947 Friedrich Reyher,
 (SED).⁹⁶ Ihm folgte 1947 Herbert Glaeser (SED)⁹⁷

Ihnen zur Seite standen als 1. stellv. Landrat Willy Lehnert (SED) aus Zschachwitz und
 als 2. stellv. Landrat Dr. Alfred Müller (LDP) aus Bad Schandau. Während Lehnert für
 die Bereiche Finanzen und Steuern sowie die Gemeindeabteilung zuständig war,
 zeichnete Dr. Müller für die Land- und Forstwirtschaft verantwortlich.

Dem besoldeten Kreisrat Arthur Köthe (SED) oblagen Gesundheitswesen, Arbeit und Sozi-
 alfürsorge, dem besoldeten Kreisrat Anton Kaczmarek (CDU) Verkehrswesen, Treibstoff,
 Reifenstelle, Wasser- und Wegesachen und das Kreisbauamt.

Die vier unbesoldeten Kreisräte waren zuständig: für das Volksbildungsamt Kreisschulrat
 Erich Renker (SED), für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung Anton Schmidt (CDU), für das
 Kreiswohnungsamt und das Umsiedleramt Alfred Kimmel (LDP) und für die Betreuung der
 Kreisheime, Krankenhäuser und den Kreisfrauenausschuß Käthe Hickmann (SED).

Zur Organisation und Arbeitsweise des Kreistages gebe ich Ausschnitte aus der Arbeit meines
 Kollegen Alexander Retzler wieder, der in ihr eigene Forschungen zusammenfasste.⁹⁸

⁹⁵ Landkreis Pirna im Spiegel des Neuaufbaues. Pirna 1948, S.41ff und StAD, Landkreis Pirna 113.

⁹⁶ StAD, Landkreis Pirna, Nr. 182.

⁹⁷ Ebenda, Nr. 402.

⁹⁸ Alexander Retzler, Studie zur Entwicklung, zum Aufbau und zur Tätigkeit der staatlichen Organe im Landkreis Pirna in der Zeit vom 8.
 Mai 1945 bis Ende 1952. Manuskript, abgeschlossen im Februar 1948. A. Retzler übergab mir eine Kopie seiner Arbeit. Alexan-

„Am 12. Dezember 1946 fand die konstituierende Tagung des Kreistages statt. Entsprechend dem Verhältniswahlrecht waren 54 Abgeordnete gewählt, deren Sitzverteilung für die Parteien und Massenorganisationen wie folgt aussah: SED – 29 Sitze; LDPD – 13 Sitze; CDU – 11 Sitze; VdgB – 1 Sitz; Frauenausschuß – 1 Sitz.⁹⁹

Die Parteien arbeiteten traditionsgemäß in Fraktionen. Für die Arbeitsweise des Kreistages galt die „Demokratische Kreisordnung“ für das Land Sachsen, die Anfang Dezember 1946 in Kraft trat.¹⁰⁰ Darin wurden Stellung und Aufgaben dieser neuen Volksvertretungskörperschaft geregelt. Der Kreistag war danach das oberste örtliche Organ des Territoriums. Im Paragraph 9 wurde der Kreistag so charakterisiert: „Die Vertretung der Kreisangehörigen und oberstes Willens- und Beschlussorgan des Kreises ist der Kreistag. Er wird in geheimer, gleicher und direkter Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gemäß den Bestimmungen der Wahlordnung gewählt. Der Kreistag beschließt die Kreissatzungen, den Haushaltplan und sonstige Kreisangelegenheiten. Er gibt die Richtlinien für die Kreisverwaltung und überwacht deren ordnungsgemäße Durchführung.“

Im Paragraph 12 wird festgelegt: „Der Kreistag wählt (dann) aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit für die Dauer des Geschäftsjahres einen Vorsitzenden und einen Schriftführer sowie für diese je einen oder mehrere Stellvertreter.“

Der Kreistag wählte einstimmig aus seiner Mitte den Abgeordneten Arno Hering (SED)¹⁰¹ als Vorsitzenden des Kreistages. Als Stellvertreter wurden die Abgeordneten Koloc (LDPD) und Kaczmarek (CDU) gewählt. Das Vertrauen als Schriftführer erhielten die Abgeordnete Ossmann (SED) und Maria Maul (SED).¹⁰²

Am 17. Februar 1947 fand die 2. öffentliche Sitzung des Kreistages statt, auf der die Mitglieder des Kreisrates gewählt wurden, und zwar der Landrat und die Kreisräte. Auf Vorschlag der SED-Fraktion wurde der Abgeordnete Friedrich Reyher (SED) als Landrat wieder gewählt. Als 1. Stellvertreter des Landrates wählten die Kreistagsmitglieder den Abgeordneten Willy Lehnert (SED) mit 28 zu 25 Stimmen, gleichzeitig verantwortlich für die Abteilung Inneres. Der Abgeordnete Dr. Müller (LDPD) wurde mit 52 zu 1 Stimme als 2. Stellvertreter des Landrates gewählt.

Weiterhin erfolgte die Wahl der Mitglieder des Kreisrates. Als besoldete Mitglieder wurden die Abgeordneten Köthe (SED) und Jacob (CDU) und vier weitere unbesoldete Kreisräte gewählt, davon 2 SED, 1 LDPD und 1 CDU.¹⁰³ In der ersten Wahlperiode, also in der Zeit von 1946-1950 fanden personelle Wechsel sowohl im Amt des Kreistagsvorsitzenden als auch in der Funktion des Landrates statt.

Bereits am 18. April 1947 wurde der Abgeordnete Herbert Glaeser¹⁰⁴ (SED) zum Vorsitzenden des Kreistages gewählt, da Arno Hering von seiner Partei in eine andere wichtige Funktion der Stadt Dresden eingesetzt wurde.

der Retzler war seit 1945 Lehrer, Schulleiter und über mehr als zwei Jahrzehnte Kreisschulrat im Kreis Pirna bis zu seiner Invaldisierung Anfang der 80er Jahre.

⁹⁹ StAD, Landkreis Pirna, Nr. 41.

¹⁰⁰ „Demokratische Kreisordnung“ in : Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Nr. 3, veröffentlicht durch LRS. 1947.

¹⁰¹ Arno Hering, Arbeiter aus Struppen, KPD vor 1933, Emigration in die ČSR, 1936-39 Angehöriger der Internationalen Brigaden in Spanien, danach in Frankreich interniert und 1942 an die Gestapo ausgeliefert; 1942 vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

¹⁰² StAD, Landkreis Pirna, Nr. 46. – Maria Maul, 1939 wegen Weiterführung der KPD zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, danach KZ Ravensbrück und Auschwitz.

¹⁰³ Ebenda, Nr. 182.

¹⁰⁴ Herbert Glaeser, geb. 6.7.04 in Dresden, 1920 SAJ, 1920-1924 SAJ- Ortsgruppen- und Unterbezirksleiter im Kreis Pirna, 1924 SPD, 1931 SAP, Politischer Leiter im Kreis Pirna und Mitglied der Bezirksleitung Ostsachsen, Illegaler Vertrieb der Zeitschrift „Banner“ der SAP-Gruppe Pirna; am 7.3.1935 mit 22 SAP-Genossen verhaftet und zu 2 Jahren, 5 Monaten Zuchthaus verurteilt. 1942 in die Strafeinheit 999, am 30.11.1944 Einberufung zur Front-OT. Gefangenschaft vom 7.3.45 bis 28.11.45. 1945 KPD, seit 27.1.1946 Bürgermeister in Heidenau. 27.6.1947 bis November 1948 Landrat im Kreis Pirna. Ab 1.12.1948 Deutsche Verwaltung des Innern, Stellvertretender Chef der Deutschen Volkspolizei für Wirtschaftsfragen, zuletzt im Range eines Generalmajors. H.G. verstarb am 17.7.1974. Quelle: StA Heidenau, Akte Bürgermeister.

Ob später noch einmal eine neue Wahl des Kreistagsvorsitzenden vorgesehen wurde, konnte nicht ermittelt werden, ist aber höchst wahrscheinlich.

Der Kreistag erkannte .., dass seine Hauptaufgabe in der Weiterführung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bestand. So galt es, die Ergebnisse der Bodenreform auszubauen und die Führung der volkseigenen Industrie in den Griff zu bekommen. Auch die demokratische Umgestaltung des Bildungswesens forderte alle Kräfte. Neben diesen wichtigen Aufgaben stellte sich der Kreistag bereits in seiner konstituierenden Sitzung folgende Sofortaufgaben:

- die Sicherung der Ernährung des Volkes,
- die Linderung der Wohnungsnot durch die Schaffung und gerechte Verteilung des Wohnraumes,
- die Verbesserung der sozialen Lage der Umsiedler, besonders durch die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Betreuung der Heimkehrer,
- die Förderung der Umschulung und Berufsausbildung von Kriegsversehrten,
- die umfassende Fürsorge für alle Rentner und die Gewährleistung ihres Lebensunterhalts,
- die Schaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten für die Jugend,
- die Durchführung eines Aufbauprogramms zur Beseitigung der Kriegsschäden.¹⁰⁵

Die Kreistagsmitglieder der SED-Fraktion drängten immer wieder auf die Lösung dieser entscheidenden Probleme. So stellte die Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zur Unterbringung von Umsiedlern und zur Beschaffung von Holz, um allernotwendigste Möbel herzustellen. Dieser Antrag erfuhr die Unterstützung aller anderen Fraktionen und wurde in der Sitzung am 17. Februar 1947 beraten und beschlossen.¹⁰⁶

Im Juni 1947 stellte die SED-Fraktion einen Antrag zur Bildung einer Kommission des Kreistages für die Mitarbeit im Amt für Handel und Versorgung der Kreisverwaltung. Dies wurde dann am 27. Juni 1947 beschlossen.¹⁰⁷ Die „Demokratische Kreisordnung“ sah vor, „ständige Ausschüsse“ zu bilden. So war im Paragraph 18 (1) festgelegt: „Zur Unterstützung der Kreisverwaltung sowie zur Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistages wählt dieser nach Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Parteien ständige Ausschüsse für die einzelnen Sachgebiete...“¹⁰⁸ Das war eine völlig neue Arbeitsweise, zumal sie die Zusammenarbeit der Mitglieder der verschiedenen Fraktionen organisierte und die Fraktionsstarrheit überwand. Diese neue Arbeitsorganisation zwang den Kreistag in seiner Gesamtheit, sich mit allen Problemen des demokratischen Neuaufbaus zu beschäftigen.

In seiner konstituierenden Sitzung bildete der Kreistag seine folgenden Ausschüsse und wählte deren Vorsitzende:

- Haupt- und Verfassungsausschuß:
Vorsitz: Abg. Arno Hering, SED; Mitglieder: 5 SED, 2 LDPD, 2 CDU; Aufgabe u.a. Vorbereitung der Kreistagssitzungen, Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse durch die Kreisverwaltung.
- Verwaltungs- und Finanzausschuß:
Vorsitz: SED; Mitglieder: 5 SED, 2 LDPD, 2 CDU
Aufgaben: Aufstellung und Überwachung der Haushaltpläne und des Finanzgeschehens in der Kreisverwaltung und in den Gemeinden.
- Personalausschuß:
Vorsitz: SED; Mitglieder: 5 SED, 2 LDPD, 2 CDU.

¹⁰⁵ StAD Dresden, Landkreis Pirna., Nr. 182.

¹⁰⁶ Ebenda, Nr. 182.

¹⁰⁷ Ebenda, Nr. 184.

¹⁰⁸ Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch LRS, Nr. 3, 1947, S. 22-24.

- Aufgabe: Überwachung der Kaderarbeit in den staatlichen Organen.
- Gemeindeausschuß:
Vorsitz: LDPD; Mitglieder: 5 SED, 2 LDPD, 2 CDU
Aufgabe: Hilfe bei der Lösung kommunalpolitischer Probleme.
 - Fürsorge-, Wohnungs- und Heimausschuß:
Vorsitz: SED, analoge Zusammensetzung wie alle anderen Ausschüsse.
 - Handels- und Versorgungsausschuß: Vorsitz: LDPD
 - Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft: Vorsitz: VdgB
 - Bau- und Wegeausschuß: Vorsitz: LDPD
 - Gewerbe- und Industrieausschuß: Vorsitz: CDU
 - Kultur- und Erziehungsausschuß: Vorsitz: SED
 - Wohnungs- und Umsiedlerausschuß: Vorsitz: CDU.¹⁰⁹

Die Ausschüsse tagten in Beratungen, deren Termin sie selbst ansetzten. Sie entwickelten in den Jahren, die diese Abhandlung zum Gegenstand hat, eine aktive Arbeit in ihren Aufgabebereichen.

1949 erfolgten Änderungen.

So wurde am 28. Oktober 1949 der Wohnungs- und Umsiedlerausschuß in Wohnungsausschuß umgebildet.¹¹⁰ Die Bildung des Ausschusses für Veterinäraufsicht sowie eines Ausschusses für Kontrolle des Strafvollzugs der Straffälligen und der Straftentlassenen sowie der Strafgefangenenfürsorge erfolgte am 30. November 1949. Die Aufgabenstellung und bereits die Namen der Ausschüsse zeigen uns deutlich die Probleme dieser Zeit.

Die gemeinsame Arbeit der Parteien in den Ausschüssen festigte das Bewusstsein ihrer gemeinsamen Verantwortung. Natürlich sahen die Abgeordneten ihre Aufgabe nicht nur darin, Beschlüsse vorzubereiten und zu fassen. Eine wichtige und für die neue staatliche Arbeitsweise bestimmende Zielsetzung bestand darin, eine enge Verbindung zu den Wählern, also den Werktätigen in Stadt und Land, herzustellen. Deshalb arbeiteten die Ausschüsse und einzelne Abgeordnete regelmäßig „vor Ort“ in den Gemeinden. Es entwickelte sich eine gezielte und geplante Sprechstundentätigkeit. Dort wurden Beschwerden der Bürger entgegengenommen, allgemeine und besonders kommunale Probleme erfasst, besprochen und die gewonnenen Erkenntnisse der Kreistagsarbeit zugeleitet.“

3.6.3.2. Landtagswahlen¹¹¹

Landtagswahlergebnisse in der Stadt Pirna:

Wahlber. 25674
Abgeg. St. 22598 gültig,
1396 ungültig

SED	11016
LDP	7005
CDU	4118
VdgB	109
Frauenaussch.	194
Kulturbund	156

Landtagswahlergebnisse im Landkreis Pirna¹¹²

Wahlber. 134588
Abgeg. St. 117738 gültig,
9517 ungültig

¹⁰⁹ StAD, Landkreis Pirna, Nr. 182 u. 199

¹¹⁰ Ebenda, Nr. 171.

¹¹¹ SZ, 22.10.46, S. 1: Ergebnisse der Landtagswahlen vom 20.10. 46 in der SBZ.

¹¹² Landkreis Pirna im Spiegel des Neuaufbaues. Pirna 1948, S. 5.

SED	60148	51,1
LDP	29554	25,1
CDU	24274	20,6
VdgB	2481	2,1
Komm. Frauenausschuß	635	0,5
Kulturbund	646	0,6

Der **Landeswahlausschuß** veröffentlichte am 31. Oktober 1946 in öffentlicher Sitzung das endgültige Wahlergebnis für die Landtagswahlen im Lande Sachsen:

Zahl der Wahlberechtigten: 3.803.416

Zahl der abgegebenen Stimmen:

insgesamt	3.518.108
gültig	3.290.995
ungültig	227.113

Zahl der gültigen Stimmen für

SED	1.616.608	59 Sitze
LDPD	813.224	30 Sitze
CDU	766.859	28 Sitze
VdgB	57.356	2 Sitze
Kulturbund	19.148	1 Sitz
Frauenausschuß	18.340	0 Sitze
Insgesamt		120 Sitze

Die Gemeindewahlen im September und die Kreistags- und Landtagswahlen im Oktober 1946 waren die ersten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Zerschlagung des Faschismus. Ein gutes Jahr lang hatten neu gegründete Parteien Zeit, sich mit ihren programmatischen und personellen Angeboten den Wählern zu stellen. Das geschah unter mit heute unvergleichlichen Bedingungen. KPD und SPD, die sich im Frühjahr 1946 zur SED vereinigt hatten, stellten ihre Organisationen von vor 1933 wieder her. Sie hatten hinter sich die Vernichtung ihrer Parteiorganisationen durch die Naziherrschaft. Sie waren angehalten, über ihre Niederlage 1933 nachzudenken, daraus Schlüsse zu ziehen, sich ihrer Traditionen zu besinnen und Schlussfolgerungen aus politischen Irrtümern und Fehlern zu ziehen. Bis zum Herbst 1946 waren die Mitgliederzahlen von KPD, SPD und nun SED in starkem Maße angewachsen. Keinen Ort gab es im Kreis, in dem es keine lokalen Organisationen der SED gegeben hätte. Die Mehrzahl der Mitglieder waren junge Leute, zum erheblichen Teil aus der großen Zahl der Kriegsteilnehmer. Gemeinsam mit den Altmitgliedern hatten sie sich dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau des Landes verschrieben und seitdem den aktivsten Part dabei gespielt.

Schwerer hatten es da die bürgerlichen Kräfte. Ein direktes Anknüpfen an Vorgängerparteien war wohl nicht möglich. Die mit den Nazis verbündete Deutschnationale Partei konnte kaum auf eine Wiederherstellung rechnen, hatten sich doch viele ihrer Mitglieder und ihrer Wehrorganisation „Stahlhelm“ der NSDAP und ihren Gliederungen (der SA vor allem) angeschlossen. DVP und DDP/Staatspartei hatten sich 1933 selbst aufgelöst, ihre Parlamentarier dem Hitlerschen „Ermächtigungsgesetz“ zugestimmt und damit die Weimarer Republik mit zu Tode getragen. Die da mit Mühen seit Sommer 1945 LDP und CDU ins Leben gerufen hatten, waren, wenn man sich die im Kreis Pirna an die Spitze getretenen Personen besieht, Erwachsene, die sich der Nazibewegung fern gehalten, vielfach Jugendliche aus bürgerlichen Kreisen, kaum aber Menschen, die direkt unter dem Naziterror gelitten hatten. Mit Ausnahme von Pfarrer DR. Scholze kam keiner aus KZ, Zuchthaus oder Gefängnis. Unter den lokalen Persönlichkeiten, die auf den Listen beider Parteien zu den Wahlen kandidierten finden sich nur drei, die vor 1933 in der Pirnaer Stadtverordnetenversammlung eine Rolle gespielt hatten: Prof. Karl Heinrich, ehemals DDP/Staatspartei und zeitweise Stadtverordnetenvorsteher, jetzt LDP, Studienrat Oswald Müller, ehemals DVP, und Anton Diener, ehemals DDP/Staatspartei,

beide jetzt CDU. Oswald Müller finden wir nun im Kreistag, während Karl Heinrich und Anton Diener nicht unter den Gewählten auftreten.

Im Unterschied zur SED war es beiden bürgerlich-demokratischen Parteien nicht gelungen, in allen Orten Grundorganisationen mit hinreichender Mitgliederzahl zu bilden, so dass genügend Kandidaten zur Wahl hätten antreten können. So waren beide Parteien in Berggießhübel, Bad Gottleuba und Liebstadt nicht in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. In nur je 13 Dörfern waren Vertreter der CDU und der LDP in den Gemeindevertretungen präsent.

Bürgerliche Mehrheiten kamen in Hohnstein, Neustadt, Pirna, Bad Schandau, Sebnitz, Stolpen, Stadt Wehlen, Dürrröhrsdorf, Helmsdorf, Langburkersdorf, Naundorf, Rathen, Stürza, Wilschdorf und Wünschendorf zustande.

Die Ausfälle von Vertretungen dieser Parteien in vielen Orten sind sicher auch der Verfahrensweise der örtlichen Kommandanturen der sowjetischen Militäradministration geschuldet. In ihren Händen lag die Entscheidung, ob eine Partei ordentlich registriert und mit eigenen Listen bei den Wahlen auftreten durfte. Manche Kommandanten zögerten das Verfahren hinaus, bis Fristen abgelaufen waren.¹¹³

Ganz unterschiedliche Möglichkeiten bestanden zwischen der SED und den beiden anderen Parteien des Blocks.

Bei den Wahlen 1946 waren besonders aktive Funktionäre der NSDAP vom Wahlrecht ausgeschlossen. In der Stadt Pirna betraf das 96 Personen. Über Einsprüche entschied der Blockausschuß der drei Parteien.¹¹⁴

Natürlich unterschieden sich die Chancen der drei Parteien bei Umfang und Inhalt der Wahlwerbung. CDU und LDP hatten wesentlich weniger Mitglieder als die SED, infolge dessen auch geringere finanzielle Mittel durch Mitgliedsbeiträge für Plakate, Wahlprogrammsschriften, Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen usw.

Will man diese Wahlen im Ganzen zu werten versuchen, stößt man unweigerlich auf heute nicht mehr eindeutig zu beantwortende Fragen:

Wie hatten sich für die neuen Parteien Eintretende bis 1945 verhalten? Wie weit war ein Umdenken in Hinblick auf die zwölf Jahre Faschismus vorangeschritten und mit welchen sicher ganz unterschiedlichen Resultaten? Vergessen wir die noch nachwirkende faschistische Ideologie nicht! Bei den Landtagswahlen im Herbst 1946 gab es in Dresden 23.000 ungültige Stimmzettel, versehen mit Hakenkreuzen, SS-Runen, der Aufschrift Russenknechte.¹¹⁵

Welches Gewicht hatten antikapitalistische Positionen und Stimmungen? Welches antikomunistische und antisowjetische Einstellungen und Ressentiments? Wie weit reichten Übereinstimmungen im antifaschistisch-demokratischen Block, welche Differenzen gab es dort, wie wurden sie ausgetragen, mit welchen Ergebnissen? Je nach personellen Bedingungen wird es auch in den einzelnen Orten ganz unterschiedliche Haltungen und Vorgänge gegeben haben.

¹¹³ Willibald Rautschek, Als Christ im Zwiespalt. Erlebnisse und Erfahrungen im Schulwesen der DDR. Manuskript, eine Abschrift übergab mir mein Kollege Rautschek, verstorben 2012.

¹¹⁴ StAP, B IV, 3001, 70, Gemeindewahl 1946-47.

¹¹⁵ StAD, A/835, Bd.2, zitiert bei Walter Böhme, in: Kolloquium zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Sachsen. Dresden, 30. März 1996, S. 28.

Genutzte Literatur

- Agsten, Rudolf, Liberaldemokrat seit 1945. Erinnerungen ohne Nostalgie. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 93.
- Anger, Herbert/Rieger, Heinz, Hell aus dem dunklen Vergangenen..., Pirna 1961
- Anger, Herbert/Rieger, Heinz, Brüder in eins nun die Hände, Kreisleitung Pirna der SED, 1964;
- Anger, Herbert/Jensch, Hugo, Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Kreis und in der Stadt Pirna im Jahre 1946. Hrsg.: Kreisleitung Pirna der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Pirna 1986
- Autorenkollektiv (Herbert Bergmann, Eberhard Fleischhammer, Hartmut Gräfe, Manfred Schober), Der Umsturz. Das Jahr 1945 in Sebnitz. Sebnitz 1995
- Badstübner, Rolf, Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch. Berlin 1999.
- Badstübner, Rolf u.a., Deutsche Geschichte, Bd. 9, Berlin 1989.
- Badstübner, Rolf, Alliierte Politik und Besatzungsherrschaft zur Schaffung eines antinazistischen, antimilitaristischen, demokratischen und friedlichen neuen Deutschlands und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, S. 27-60.
- Bauerkämper, Arnd /Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“? (HMRG, Beiheft 20), Stuttgart 1996.
- Bauerkämper, Arnd, Die Sozialgeschichte der DDR. München 2005.
- Beiträge zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Kreis Pirna. Nr. 1 und 2, Die Entwicklung der Jugendarbeit im Kreis Pirna nach 1945 Nr. 9, Verf. Herbert Ranft und Kurt Fiegert, Nr. 10, Verf. Erich Grützner und Johannes Horx.
- Benser, Günter, Zusammenschluß von KPD und SPD 1946, Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 27.
- Benser, Günter, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht. Berlin 2000.
- Benser, Günter, Möglichkeiten und Grenzen einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. IV, S. 137-152. Bonn/Berlin 1994.
- Billig, Bernd, Friedrich Reyher, eine biografische Studie. Diplomarbeit, K.-M.-Universität Leipzig, 1988.
- Bogisch, Manfred, SED-Hegemonialpolitik contra Blockdemokratie. In: Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 126, Berlin 2012.
- Der Kreisrat zu Pirna (Kreisnachrichtenamt), Der Landkreis Pirna im Spiegel des Neuaufbaus, 1. Ausgabe 1948. Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten. Berlin 1976.
- Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. Von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997.
- Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland. Berlin 1959.
- Doernberg, Stefan, Zur Legitimation der beiden deutschen Wege nach 1945, In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. IV, S. 123-135.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Band 1, Mai 1945-April 1946, Berlin 1959.
- Eine Partei zwischen Lehren der Geschichte und Zwang. SED-Gründung vor 60 Jahren. (Beiträge von S. Bollinger, R. Badstübner, G. Benser, H. Niemann, H.-C. Rauh, S. Doernberg). Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 101
- Florath, Bernd, Opposition und Widerstand. Eine historische Betrachtung politischer Gegnerschaft in Deutschland seit 1945. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 100.
- Geißler, Gert, Zur Zeitgeschichte von Bildungs- und Schulpolitik in Deutschland. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 98.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5 und 6. Berlin 1966
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil III. Von 1945-1963. Berlin 1967
- Graf, Herbert, Interessen und Intrigen: Wer spaltete Deutschland? Ein Exkurs über internationale Beziehungen. Berlin 2011.
- IML beim ZK der SED (Hrsg.), Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten. Berlin 1976
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5. Berlin 1966
- Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen, So funktionierte die DDR. 3 Bände. Lexikon der Organisationen (1-2), Lexikon der Funktionäre (3). Reinbeck b. Hamburg 1994.
- Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 4. Erg. Aufl. Bonn, 1986.
- Klundt, Michael (Hg.), Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai 1945 und die Folgen. Köln 2005.
- Kreisleitung Pirna der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hrsg.). Die Entwicklung der Jugendarbeit im Kreis Pirna nach 1945. 2 Hefte mit Beiträgen von Herbert Ranft, Kurt Fiegert, Erich Grützner, Johannes Horx. Pirna 1984.
- Krusch, Hans-Joachim/Andreas Malycha, Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Berlin 1990

- Krusch, Hans-Joachim, Arbeiterbewegung, gesellschaftspolitische Forderungen und Einheit der Arbeiterparteien 1945/46. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, S. 61-79.
- Kuntsche, Siegfried, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, Berlin 1993
- Landesverband Sachsen der PDS, Hrsg.: Kolloquium zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Sachsen. Dresden, 30. März 1996.
- Landkreis Pirna im Spiegel des Neuaufbaues. Pirna 1948.
- Mayer, Herbert, Nur eine Partei nach Stalins Muster? Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 51.
- Modrow, Hans/Watzek, Hans (Hrsg.), Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen. Berlin 2005
- Niemann, Heinz / Siegfried Prokop, Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 28.
- Plener, Ulla, Vom Einheitsapostel zum kalten Krieger in der Arbeiterbewegung. Der Umgang der SED-Führung mit der SPD. Nach Tagungsprotokollen der SED-Spitzenorgane 1946-1953. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 86.
- Plener, Ulla, Kurt Schumacher und die Einheitspartei. 1945/46. In: BzG, 2/1994, S. 3ff.
- Prokop, Siegfried, Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit. Die soziale Schicht der Intelligenz der SBZ/DDR. Teil 1, 1945-1955. Berlin 2010.
- Retzler, Alexander, Studie: „Zur Entwicklung, zum Aufbau und zur Tätigkeit der staatlichen Organe im Landkreis Pirna in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis Ende 1952“.Manuskript. A.R. übergab mir eine Abschrift seiner Arbeit.
- Reuter, Elke / Hansel, Detlef, Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Berlin 1997. In: Herbst, DDR, Bd. 2, S. 1125ff.
- Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Bd. 1: 1945-1947. Bd. 2: 1948-1955. Frankfurt am Main 2002
- Triebel, Wolfgang, Otto Grotewohls Weg in die Einheitspartei. Hintergründe und Zusammenhänge. Eine Betrachtung seines politischen Denkens und Handelns zwischen Mai 1945 und April 1946. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 13
- Triebel, Wolfgang, Otto Grotewohl und die Verfassungsdiskussionen in Deutschland 1946-1949. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 39.
- Triebel, Wolfgang, Weichenstellung für die politische Spaltung Nachkriegsdeutschlands. SPD-Konferenz in Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945. Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 97.
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. 1914-1949. Frankfurt am Main 2003.
- Zwischen Krieg und Frieden. Eine Dokumentensammlung. Berlin o.J (1946)
- 40Jahre VdgB...im Bezirk Dresden. Dresden 1986.

Quellen:**Stadtarchiv Pirna**

- B 3, 3039, 339.
 B 3, 3039, 3150, Linné, Erwin
 B IV-IV, 10, 25, 49, 67,
 B 4, Altsign. 3001,
 108, Eingliederung der Stadt Pirna in den Landkreis Pirna
 318 Besatzungskosten.
 1377
 1378, Verordnungen der LV Sachsen Inneres und Volksbildung
 1379, Verordnungen der LV Sachsen
 1380, Verordnungen der LV Sachsen, 1 u. 2
 1381, Verordnungen der LV Sachsen
 1382, Verordnungen der LV Sachsen
 1383 bis 1390, Verordnungen der LV Sachsen
 1399, Verordnungen der LV Sachsen – Amt f. Umsiedler
 B 4, 3001, 69, Volksentscheid 1946
 B 4, 3001, 70, Gemeindewahl 1946-47
 B 4, 3001, 170, Erhebung für die Kreiskommandantur Pirna 1945-49
 B 4, 3001, 335 Maßnahmen infolge der Sowjetischen Militärischen Verwaltung in Deutschland – Befehle und sonstige Anordnungen – Plakate mit Befehlen u.a.
 B 4, 3001, 360, Neubauern-Angelegenheiten 1949
 B 4, 3001, 498, Land- und Kreistagswahlen 1946
 B 4, 3001, 499, Gemeindewahlen 1946
 B 4, 3001, 500, Gemeindewahl 1946
 B4, 3001, 505, Informationsberichte des Nachrichtenamtes 1946-48
 B 4, 3001, 978, Personeller Neuaufbau 1945
 B 4, 3001, 1231/1, Ratsbeschlüsse 1945-46
 B 4, 3001, 1231/2, Ratsbeschlüsse 1945-46
 B 4-3001, 1377/1, Schriftverkehr d. OB 1948-49
 B 4, 3001, 1284/2 Schriftwechsel des OB Juli45-März 46
 B 4, 3001, 1286/1, Schriftwechsel des OB (Nov. 1946-Mai 1947
 B 4, 3001, 1286/2, Schriftwechsel des OB (Nov. 1946-Mai 1947
 B4, 3001, 1287/1, Schriftwechsel des OB
 B4, 3001, 1287/2, Schriftwechsel des OB
 B4, 3001, 1290, Schriftwechsel des OB 1947-48
 B4, 3001, 1285/1, Schriftwechsel des OB April-Okt. 1946
 B4, 3001, 1286/2, Schriftwechsel des OB Nov. 1946-Mai 1947
 B 4, 3001, 1284/1, Schriftwechsel des OB Juli1945-März 1946
 B 4, 3001, 1284/2, Schriftwechsel des OB Juli1945-März 1946
 B 4, 3001, 1310, Ratsbeschlüsse 1946-47
 B 4, 3001, 1311, Ratsbeschlüsse 1947
 B 4, 3001, 1379/I, Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1945
 B 4, 3001, 1379/II, Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1945
 B 4, 3001, 1361/1, Verordnungen der LV Sachsen, Landwirtschaft, Handel, Versorgung und Verkehr 1945
 B 4, 3001, 1380/1, Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1946
 B 4, 3001, 1380/2 Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1946
 B 4, 3001, 1380/3 und /4, Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1946
 B 4, 3001, 1225/2 Ratsbeschlüsse 1948-1949
 B 4, 3001, 1226, Ratsbeschlüsse 1949-1950
 B 4, 3001, 1535, Bestattungsamt – Verzeichnis verstorbener Personen 1945-46
 B 4, 3001, 1586, Opfer des Faschismus 1945-47
 B 4, 3001, 1613, Befehl Nr. 201 (Entnazifizierung) 1947
 B4, 3001, 4222, Schriftwechsel betr. Abrechnungen der Lieferungen für die Kommandantur Pirna 1945-1948
 B 4, 3001, 1634, Personelle Veränderungen im Bereich der Ordnungspolizei 1945-1946
 B4, 3002, 1238/1, Sitzungsberichte der Stadtverordneten 1946-1947
 B4, 3002, 1238/2, Sitzungsberichte der Stadtverordneten 1946-1947
 B 4, 3003, 231, Zusammenarbeit mit Org. und Parteien 1949-50
 B 4, 3003, 1289, Schriftwechsel des Hauptamtes 1945-47
 B 4, 3004, 109, Umbenennung von Straßen, Plätzen und Heimen 1945-49
 B 4, 3004, 4082, Gewerbeanträge, Genehmigungen und Gewerbeentzug 1948-49
 B 4, 3005, 107, Hans Esslinger, 1. Bürgermeister
 B 4, 3005, 922, Bodenreform 1945
 B 4, 3005, 919, Kriegsschädenamt. 1945
 B 4, 3005, 315, Personalerfassung 1945
 B 4, 3007, 144.
 B 4, 3007, 2066, Sicherstellung der Konten der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände...
 B 4, 3008, 65, Sowjetischer Friedhof, Rottwerndorfer Str. 1946 -49
 B 4, 3009, 32, Gewerbeamt 1946-1949
 B 4, 3009, 98, Firma Siemens Glas AG Pirna-Copitz, 1947-1948
 B 4, 3009, 103, Dyckerhoff und Widmann KG, 1947-1950
 B 4, 3009, 1553, Gewerbeentzüge 1947-1949
 B 4, 3009, 2626, Amtliche Bekanntmachungen – Befehle und Verordnungen der SMA
 B 4, 3009, 2587, Gewerbeentzüge/Entnazifizierung
 B 4, 3014, 162/1, Beschlagnahme und Sicherstellung von Gegenständen 1945
 B 4, 3014, 380, Abwicklung des Lagers der Volksdeutschen Mittelstelle Pirna,

B 4, 3015, 21, Einteilung der Geschäftsbereiche, Personenverzeichnisse und Zeitungsberichte 1945-1949
 B 4, 3015, 117, Mahnmal „Opfer des Faschismus“ 1946
 B 4, 3015, 944/1 und 2, Kommandantur, Seminarstr. 2
 B 4, 3015, 949/1 und 2, Kommandantur Pirna, ehem. Oberschule Seminarstr. 1946-47
 B 4, 3015, 1019, Denkmäler 1943-46
 B 4, 3015, 428, Demobilisierung der Rüstungsbetriebe im Stadtgebiet Pirna, 1947
 B 4, 3016, 133/1 Bodenreform 1945-47
 B 4, 3016, 133/2 Bodenreform 1945-47
 B 4, 3016, 133/3 Bodenreform 1945-47
 B 4, 3016, 133/4 Bodenreform 1945-47
 B 4, 3016, 133/5 Bodenreform 1945-47
 B 4, 3016, 136/1 Landwirtschaft – Bodenreformenentgelte
 B 4, 3016, 6234, Landwirtschaftliche Arbeiten im Jahre 1946 gemäß Befehl Nr.45 der SMAD
 B 4, 3016, 2654/2, Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft im Kreis Pirna, 1947-50
 B 4, 3016, 2654/1, Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft im Kreis Pirna, 1947-50
 B 4, 3016, 136/2, Landwirtschaft, Bodenreformenentgelte 1945-60
 B 4, 3016, 136/3, Landwirtschaft, Bodenreformenentgelte 1945-60
 B 4, 3016, 135, Neubauer Walter Pohlert 1948-58
 B 4, 3017, 5024, Wohnraumerfassung, Wohnraumbeschaffung für Umsiedler 1946-1947
 B 4, 3018, 5084, Kriegsterbefälle – Todeserklärungen. Unerheblich.
 B 4, 3019, 4540, Umsiedlerunterstützung gemäß Bef. 304 SMAD
 B 4, 3020, 5077, Transportlisten für Umsiedler und Heimkehrer (Lager Pirna I, Lager
 B 4, 3022, 64, Öffentliche Anschläge und Aufrufe in der Stadt Pirna 1945
 B 4, 3022, 5009, Bodenreform Pfändungslisten Rittergüter Zehista und Zuschendorf
 B 4, 3024, 371, Konfiszierungen 1947-50
 B 4, 3025, 1398, KZ-Gräber 1945 (1961)
 B 4, 3025, 916, Ordnungspolizei, Verschiedene Vorgänge.
 B 4, 3025, 2434, Antifaschistischer Block, Korrespondenz über Sonntagseinsätze sowie Eingaben an den OB
 B 4, 3025, 916, Ordnungspolizei/ Verschiedene Vorgänge
 B 4, 3026, 127, Antifaschistisch-demokratisches Ortskomitee der Stadt Pirna 1945
 B 4, 3026, 1575, Berichte über Arbeitseinsätze der ehemaligen Mitglieder der NSDAP. 1945-46.
 B 4, 3026, 1588, Bestätigung des Sonderausschusses des antifaschistisch-demokratischen Blocks Sachsen über den erbrachten Nachweis der antifaschistischen Betätigung. 1946.
 B 4, 3026, 4389, Politische Unbedenklichkeitsbescheinigungen 1947.
 B 4, 3026, 4064, Rehabilitierungsanträge NSDAP-Mitgliedschaft. 1946.
 B 4, 3028, 1535, Verzeichnis verstorbener Personen. 1945-46
 K II - IV – I, Entmachtung des Nazismus, Befehle der Sowjetischen Militär Administration, amtliche Bekanntmachungen, K II-IV-I 50.
 K II - IV – XI, Volksentscheide 1946 und 1948
 L III - II - IV 11
 L III-II-VI, 1-50, Zeitungen für Pirna, „Das sozialistische Dorf“
 Pirnaer Rundschau 1961, 1962
 PDS-Bestand 0079: Schlegel, Emil.
 PDS-Bestand, 0004, Ida Dass.
 PDS-Bestand, 0015, Erinnerungen von Oskar Fietsch
 PDS-Bestand, 0032, Erinnerungen von Arthur Göhler
 PDS-Bestand S 011, Werner Hippe, Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945/46 in der Gemeinde Graupa.
 Z 38, Amtliches Mitteilungsblatt für Stadt und Bezirk Pirna. 27.6.45-24.1.46.
 Sächsische Zeitung

Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung, Ausgabe Dresden, Nr. 40, vom 6. Juli 1945.
 „Demokratische Kreisordnung“ in : Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Nr. 3, veröffentlicht durch LRS. 1947.

Staatsarchiv Dresden (STAD)
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 39.
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 46.
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 41 und 42.
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 114.
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 110.
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 182.
 StAD, Landkreis Pirna Nr. 402.
 StAD, Landkreis Pirna, Nr. 1245.
 StAD, Landkreis Pirna, Kaderakte Freidrich Reyher.
 StAD, II/A I/001, gefunden bei Walter Böhme, in: Kolloquium zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Sachsen. Dresden, 30. März 1996, S.32.
 Volksstimme, Landeszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen, Nr. 1 vom Dienstag, 18. September 1945, S.3.
 Volkszeitung, Landeszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen, vom 20.9.1945, S. 3.

Anhang

1. Zentralverwaltungen

Aus dem Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland

(Errichtung von Zentralverwaltungen für die sowjetische Besatzungszone)

Berlin, 27. Juli 1945

Zwecks Entwicklung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und Volkserziehung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befehle ich:

1. Folgende deutschen Zentralverwaltungen sind in der sowjetischen Besatzungszone zum 10. 8. 1945 zu bilden:

des Verkehrswesens - zur Leitung und Verwaltung der Eisenbahndirektionen und der Wasserwege;

des Nachrichtenwesens - zur Leitung des Post-, Telegraf- und Telefonverkehrs ;

der Brennstoffindustrie - zur Leitung sämtlicher Betriebe der Kohlenindustrie, der Kohlengruben, des Tagebaus, der Brikettfabriken, der Werke für flüssigen Brennstoff und Gas. Ferner hat diese Verwaltung den innerdeutschen Absatz der Produktion dieser Betriebe zur Aufgabe;

des Handels und der Versorgung - zur Leitung und Organisation der Handels- und Beschaffungsfirmen, Ämter und Betriebe, zur Sicherstellung und Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, zu deren Verarbeitung und Aufbewahrung, zur Bewirtschaftung der Lebensmittel und Industriewaren und Versorgung der Bevölkerung damit sowie zur Entwicklung des Handels ;

der Industrie - zur Leitung der Wiederherstellung und Inbetriebnahme sämtlicher Industriebetriebe;

der Landwirtschaft - zur Leitung und Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Betriebe der landwirtschaftlichen Industrie;

der Finanzen - zur Leitung sämtlicher Bank- und Kreditunternehmen;

der Arbeit und Sozialfürsorge - zur Regulierung der Löhne, Einsetzung der Arbeitskräfte, auch der Ingenieure und Techniker, zur Leitung der Gewerkschaften und der Ämter für Sozialfürsorge;

des Gesundheitswesens - zur Leitung der Ämter für Gesundheitsfürsorge, der medizinischen Institutionen und Lehranstalten sowie der Betriebe der medizinischen Industrie;

der Volksbildung - zur Leitung der Schulen, der Kinderheime und Kindergärten, der Lehranstalten sowie der anderen Bildungseinrichtungen;

der Justiz - zur Leitung sämtlicher Staatsanwaltschaften, Gerichte und Justizorgane. 2. Als Präsidenten der Zentralverwaltungen sind einzusetzen:

Nachrichtenwesen	Ernst Köhler,
Industrie	Skrzypczynski,
Landwirtschaft	Edwin Hoernle,
Finanzen	Jürgen Kuczynski,
Arbeit und Sozialfürsorge	Wilhelm Koenen,
Volksbildung	Paul Wandel,
Justiz	Eugen Schiffer,
Verkehrswesen	Dr. Fitzner,
Handel und Versorgung	Dr. Buschmann.

...

3. Die Präsidenten sind mit der Organisation der Zentralverwaltungen zu beauftragen. Der Leiter jeder Zentralverwaltung hat seinen Etat auszuarbeiten und ihn bis zum 1. 8. 45 dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung vorzulegen. . .

5. Die Präsidenten der Zentralverwaltungen für Verkehrswesen, Nachrichtenwesen, Brennstoff, Handel und Versorgung, Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit, Gesundheitswesen, Volksbildung und Justiz bei der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland haben die Bildung der Zentralverwaltungen zum festgesetzten Termin sowie die Organisation der Kontrolle über deren Arbeit zu sichern...

i. A. Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion **G. Shukow**

2. Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! (Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 19451)

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete, Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren: „Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt.

„Gesundstoßen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers - das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausrottung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt — so haben die Nazibanden gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbar-

barei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, dass das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenslos und widerstandslos zusammen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, dass Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, dass das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, dass breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittagssund Abendbrotisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, dass sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der **Spaltung** des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion!

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets rein gehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt: der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1953 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1953 haben wir gewarnt: „Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen: „Im Westen wie im Osten schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann — eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegssachse bedrohten und angegriffenen Völker.“

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an_ das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege: Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, dass der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg w^rar, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den **reaktionären altpreußischen** Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg **vorschreiben**, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazis. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten! des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied; der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi - Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.
4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.
7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens, sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, dass diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.
8. Übergabe aller jener Betriebe, die *lebenswichtigen* öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.
9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.
10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, dass die Reicherer auch eine größere Last tragen.

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, dass das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks, der anti-faschistischen, demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums- und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, dass ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volk neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues, würdiges Leben erstehen.

Berlin, den 11. Juni 1945

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutsche Volkszeitung (Berlin), Nr. 1 vom 15. Juni 1945.

3. Aufruf des Zentralaussschusses der SPD vom 15. Juni 1945 zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands

*Arbeiter, Bauern und Bürger!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!*

Der Nazifaschismus ist in einen grausigen Abgrund der Vernichtung versunken! Er hat das deutsche Volk in tiefster seelischer *Qual*, in einer unvorstellbaren Not zurückgelassen! Das Gefühl für Rechtlichkeit ist gelähmt! Die nackte Not grinst dem Volke aus den Ruinen vernichteter Wohnungen und geborstener Fabriken entgegen. Hitlers Cäsarenwahnsinn ist durch die siegreichen verbündeten Armeen ausgemerzt und damit die militaristische Raubgier des deutschen Imperialismus für alle Zeiten vernichtet.

Das deutsche Volk *muß die Kosten der faschistischen Hochstapelei* bezahlen! Ehrlose Hasardeure und wahnwitzige Machtpolitiker haben den Namen des deutschen Volkes in der ganzen Welt geschändet und entehrt.

Schweigend und voll Ergriffenheit senken wir unsere Fahnen vor unserem Johannes Stelling, Rudolf Breitscheid, Julius Leber, Wilhelm Leuschner und vor den tausendfachen Opfern aus allen Parteien, Konfessionen und Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes, die der blutgierige Faschismus verschlungen hat. Aber all diese Opfer an Gesundheit und Blut, Hab und Gut in der illegalen Arbeit haben es leider nicht vermocht, die satanische Organisation der Unterdrückung zu beseitigen.

Das deutsche Volk wird nicht verzweifeln! Sein Lebenswille wird stärker sein als sein Unglück! Mit seinen letzten Kräften wird es sich aufraffen, denn es will, wird und muß weiterleben!

Die Geschichte *erteilt* dem deutschen Volk die *eherne* Lehre, sich auf seinem dornenvollen Opfergang, trotz Hunger und Elend, durch unermüdliche Arbeit und eisernen Willen die Achtung aller friedlichen, freiheitliebenden Völker zu erwerben.

Niemals und von niemandem soll das deutsche Volk je wieder als vertrauensseliges Opfer gewissenloser politischer Abenteurer mißbraucht werden. Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ist damit klar vorgezeichnet:

Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft !

Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher auf das wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, dass der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.

In dieser entscheidenden Stunde ist es wiederum die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, Trägerin des Staatsgedankens zu sein: einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Republik!

Jedes eigensüchtige Parteiengezänk, wie es das politische Schlachtfeld der Weimarer Republik erfüllte, muß im Keime erstickt werden. In einer antifaschistisch-demokratischen Republik können demokratische Freiheiten nur jenen gewährt werden, die sie vorbehaltlos anerkennen. Demokratische Freiheiten sind aber denen zu versagen, die sie nur nutzen wollen, um die Demokratie zu schmähen und zu zerschlagen.

Das elementarste Lebensgesetz des neuen Staates verlangt die völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft. Ebenso muß der Militarismus aus den Köpfen und Herzen getilgt werden. Die durch den Faschismus geistig entwurzelte Jugend muß wieder zu freien und kritisch denkenden Menschen erzogen werden.

Der neue Staat muß wiedergutmachen, was an den Opfern des Faschismus gesündigt wurde, er muß wiedergutmachen, was faschistische Raubgier an den Völkern Europas verbrochen hat. Dieser Staat muß zuerst und vor allem dem deutschen Volk die wirtschaftliche und moralische Kraft geben, diese übermenschliche Aufgabe zu erfüllen. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, einen sauberen Staat der Rechtlichkeit und Gerechtigkeit, Haftpflicht der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für die durch das Naziregime verursachten Schäden.

2. Sicherung der Ernährung. Bereitstellung von Arbeitskräften und .genossenschaftlicher Zusammenschluß in der Landwirtschaft, Verbreiterung der Fettgrundlage durch Einfuhr von Rohstoffen, Futtermitteln und Vieh. Förderung der Verbrauchergenossenschaften und Neuregelung des Kleinhandels.

3. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Wohnung, Kleidung und Heizung mit Hilfe der kommunalen Selbstverwaltung.

4. Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften. Beschleunigte Wiederherstellung der Verkehrsmittel, Beschaffung von Rohstoffen, Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen. Beseitigung der nazistischen Überorganisation in der Wirtschaft. Klarer und einfacher Neuaufbau ehrenamtlich verwalteter Wirtschaftsverbände. Neuaufbau des Geldwesens, Sicherung der Währung. Kommunale Kredite für Industrie, Handwerk und Handel, Belebung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffste Zusammenfassung der Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Bemessung der Steuern.

5. Volkstümlicher Kulturaufbau. Erziehung der Jugend im demokratischen, sozialistischen Geiste. Förderung von Kunst und Wissenschaft.

6. Neuregelung des Sozialrechtes. Freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeitsrechtes. Einbau der Betriebsräte in die Wirtschaft. Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften bei den Organisationen der Wirtschaft. Ausbau der Sozialversicherung zur Sozialversorgung für Kranke, Wöchnerinnen und Mütter, Invaliden und Unfallverletzte, Witwen, Waisen, Kriegsversehrte und Arbeitslose. Einbeziehung aller arbeitenden Menschen in die Sozialversorgung.

7. Förderung der Wohnungsfürsorge und des Siedlungswesens. Kommunale Wohnungsaufsicht. Anpassung der Mieten und Hypotheken an die durch die Kriegsfolge geschaffene Wirtschaftslage. Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Großstädter. Verpflanzung von mittel- und kleinindustriellen Betrieben in wirtschaftlich günstig gelegene Landbezirke.

8. Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze. Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft. Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus. Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden und Mietshäusern. Scharfe Begrenzung der Verzinsung aus mobilem Kapital. Verpflichtung der Unternehmer zur treuhänderischen Leitung der ihnen von der deutschen Volkswirtschaft anvertrauten Betriebe, Beschränkung des Erbrechtes auf die unmittelbaren Verwandten.

9. Anpassung des Rechtes an die antifaschistisch-demokratische Staatsauffassung. Staatlicher Schutz der Person. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers. Gesinnungsfreiheit und Religionsfreiheit. Strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung.

Unser armes und gequältes Volk muß durch die Schuld Hitlers durch unsägliches Elend und ein tiefes Tal des Leides gehen! Wir wollen mithelfen, es wieder emporzuführen zu den Höhen einer menschenwürdigen Kultur, zu der Freundschaft mit allen Völkern der Welt. Wir

wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen! Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben. Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden! Wir bieten unsere Bruderhand allen, deren Losung ist: Kampf gegen den Faschismus, für die Freiheit des Volkes, für Demokratie, für Sozialismus!

Darum rufen wir alle unsere Freunde, Genossinnen und Genossen in Stadt und Land auf, mit der alten Hingabe und neuem Mut sofort mit dem Aufbau der Organisation zu beginnen.

Vorwärts an die Arbeit!

Berlin, den 15. Juni 1945

Zentralausschuß der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Flugblatt.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin,
Archiv, Nr. 45/04/02.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Band 1, Mai 1945-April 1946, Berlin 1959, S. 28-31.

4. Aus dem Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945

Das unermeßliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen.

Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, dass die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerlässlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt...

„Neue Zeit“ vom 22. Juli 1945.

5. Aus dem Gründungsaufwurf der LDPD vom 5. Juli 1945

Im Gründungsaufwurf werden folgende Ziele proklamiert:

1. Äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und Schande des Nationalsozialismus. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, sowie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen.

2. Achtung vor der Menschenwürde ohne Unterschied von Rasse und Klasse, von Alter und Geschlecht.

3. Sicherung der elementaren Lebensbedingungen des deutschen Volkes, der Ernährung und Kleidung, der Volksgesundheit und Volkserholung, der angemessenen Wohnmöglichkeit. Wiedereingangsetzung des allgemeinen Verkehrs als unerlässliche Voraussetzung zur Wiederherstellung menschlicher Gemeinschaft und Ordnung.

4. Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf wahrhaft demokratischer Grundlage mit dem Ziele politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit.

5. Wiedergewinnung der Freiheit nach innen und außen unter Ablehnung jeder nationalistischen Überheblichkeit. „Niemand ist lediglich ein Bürger des Gemeinwesens, dem er angehört. Das Menschliche erhebt sich aus dem Nationalen und über dasselbe.“

6. Aufrichtige Mitarbeit an der Festigung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Einreihung Deutschlands in die Familie der Nationen.

Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, den Krieg mit seinem Elend und Jammer aus dem Gemeinschaftsleben der Völker zu verbannen, damit das bestimmte ethische Gesetz für sich nicht das Recht der Macht, sondern die Macht des Rechts werde...

8. Schutz und Förderung jeder schaffenden Arbeit in Handwerk und Kunst, in Handel, Industrie und Landwirtschaft, in Büro und Werkstatt. Ungehinderter Zusammenschluß zu berufsständiger und gewerkschaftlicher Vertretung.

Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft, des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Die Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle ist nur gerechtfertigt, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet. Dies gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenordnung.

9. Kultureller Wiederaufstieg des deutschen Volkes, Freiheit in Wort und Schrift, in Presse und Rundfunk.

Geistige, wissenschaftliche und künstlerische Reinheit sind unerläßliches Kulturgebot.

10. Freiheit für jedes religiöse Bekenntnis. Achtung und Schutz für alle Stätten der Religionspflege sind uns selbstverständliches Gebot. Staat und Volk haben im Verhältnis zu Kirche und Religion eigene Lebensgesetze.

11. Erziehung der Jugend zu Menschen, die durch ihre Persönlichkeit, ihre sittliche Bildung, ihre Berufstüchtigkeit und durch eine für ihr Volk und für die Menschheit aufgeschlossene Gesinnung befähigt sind zum Dienst an Vaterland und Menschheit.

12. Erneuerung des Unterrichtswesens, insbesondere auch der Hochschulen mit dem Ziele des ungehinderten Aufstiegs der Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes...

14. Vereinfachung des Staatsapparates, Wiederherstellung eines unabhängigen, leistungsfähigen Berufsbeamtentums neben dem Ehrenamt.

15. Eine Ordnung des Gemeinschaftslebens ist ohne Rechtsordnung nicht denkbar. Daher Schaffung eines Rechtsstaates, in dem jeder gegen Gewalt und Unrecht geschützt ist. Ein unabhängiger Richterstand ist das berufene Organ der Rechtswahrung.

16. Das Gemeinschaftsleben unseres Volkes braucht Willensorgane und Vertretungskörper. Wir erstreben eine Volksvertretung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts.

Von diesem Grundgedanken aus wollen wir, die wir aus allen tätigen Schichten des deutschen Volkes kommen, ans Werk gehen, um ein neues deutsches Volk und einen neuen deutschen Staat zu schaffen...

Selbstverständlich ist für uns die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien.

„Der Morgen“ vom 3. August 1945. („Dokumentation der Zeit“. Heft 97/1955, S. 7441f.)

6. Aufruf der CDU Sachsen¹¹⁶

Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei

Christlich - Demokratische Union Deutschlands

aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.

Unsagbar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch. Unzerstörte Städte und Dörfer, Fabriken, Werkstätten, Felder und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufstieg des Volkes erhalten

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem

Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.

Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hitler ließ das Land in Schutt und Verödung zurück. Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getäuscht und den Idealismus unserer Jugend schändlich mißbraucht. So mußte diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte, das Opfer einer wahnwitzigen Führung werden. Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit den Schuldbeladenen leidet auch die große Zahl der Deutschen, die ihren Schild reinhielten. Sie vermochten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vermächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne

den Weg der Wiedergeburt

zu gehen.

Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stelle der Lüge: „Recht ist, was dem Volke nutzt“, muß die ewige Wahrheit treten: „Dem Volke nutzt nur, was Recht ist“. Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wieder herzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben. Das öffentliche Leben muß in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung, freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden. Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lüge, Massenwahn und Massenverhetzung und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

¹¹⁶ B4-3001, 1284/1, Schriftwechsel des OB Juli 1945-März 1946, 68, Parteizeitung „Die Union“, am 5.1.1946 erstmalig erschienen.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die Lehren echter Humanität, deren deutsche Kündler der ganzen Menschheit gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.

Die größten Schwierigkeiten in unserem Volke zwingen uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das

Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit

geht allem voran. Dabei ist es erforderlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, dass die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das Privateigentum, das die Erhaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbau für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerläßlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsoffer, die Opfer des Hitlerterrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Eine charitative Arbeit muß sich ungehindert entfalten können. Wir sagen den Männern und berufstätigen Frauen, dass alles geschehen wird, um das stille Heldentum ihres immer schwerer gewordenen Alltags schnell zu erleichtern. Für

die Beziehungen zu anderen Völkern

wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben.

Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung unserer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf das Verständnis der Besatzungsmächte für die grenzenlose Notlage des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erschüttert stehen wir an den frischen Gräbern unserer Toten. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszu-tilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses menschliche Elend verschuldet hat und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen!

Wir rufen euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem

Ruf zu einer großen Partei

die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will. Wir rufen die Jugend, die durch den Krieg und Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverpflichtet ist.

Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Dresden, den 25. August 1945.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Sachsen

Dr. Herbert Conert E.H.I. Fennig Dr. Otto Fiebiger Otto Freitag August Galland Dr. Dorothea Haenel- Dietrich Maria Hampel Wolfram von Hanstein Edmund Haupt Hans Herziger	D. Hugo Hickmann Karl Hoegg Adolf Hofmann Dr. Georg Jäckel Franz Jensch Dr. Heinrich König Friedrich Korsing Hans Lanka Gertrud Leske Walter Lindner Dr. Max Georg von Loeben	Hubert Moderegger Gustav Noack Martin Richter Fritz Riebold Gerhard Rohner Karl Rudolph Dr. Herbert Satter Dr. Hermann Vogel von Frommanshausen Hans Hermann Weiße
---	---	---

Landesverband der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“: Dresden N 6, Königsbrücker

7. Erklärung über die Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945

Am 14. Juli 1945 traten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer ersten gemeinsamen Besprechung zusammen. An der Beratung nahmen teil:

vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Otto Winzer;

vom Zentralaussschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann, Otto Meier;

vom Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands: Andreas Hermes, Walter Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer, Ernst (Lemmer);

vom Vorstand der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands: Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Artur Lieutenant.

In einer vom Willen aufrichtiger Zusammenarbeit getragenen Aussprache wurde festgestellt:

Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben. So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt.

Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.

Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsenden. Dieser Ausschuß wird unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich

tagen. Ein Verbindungsbüro wird die gemeinsamen Besprechungen organisieren und für den Austausch des Materials sorgen.

Der gemeinsame Ausschuß stellt sich folgende Hauptaufgaben:

1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitle-
rismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage, Kampf
gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedanken-
gänge.
2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um
Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.
3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaa-
tes.
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder reli-
giösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.
5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung
beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung.
Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Aner-
kennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.

Die Parteien vereinbaren, ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Den Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Landesteilen,
Bezirken, Kreisen und Orten wird empfohlen, sich in gleicher Weise, wie es zentral ge-
schehen ist, zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen.

Berlin, den 14. Juli 1945

„Deutsche Volkszeitung“ vom 15. Juli 1945.

Die Deutsche Demokratische Republik auf dem Wege zum Sozialismus. Teil I (1945-1949).
Berlin 1959, S. 56-57.

GRUNDSÄTZE UND ZIELE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Beschluß des Vereinigungsparteitages 21. April 1946

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt.

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern; die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einengen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus. Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, dass die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.

2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegs-Interessenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.
4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Beorderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.
6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und *Anfuhr* fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, *auch* mit Hilfe internationaler Warenkredite. *Neuaufbau* des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute. Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.
7. Demokratische Steuerreform. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.
8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.
9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.
10. *Achtstundentag* als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werktätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.
11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.
12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch- demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch- demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.
14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische *Gesellschaft* errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, *allen* Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.'

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur Partei des schaffenden Volkes wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassen-

bewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch *mit* den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist. Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!

In diesem Zeichen werden wir siegen!

9. Wahlprogramm der SED-Ortsgruppe Pirna zu den Gemeindewahlen im September 1945

Durch das Volk - Mit dem Volk - Für das Volk

Wahlprogramm

der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Ortsgruppe **Pirna (Elbe)**

Getragen von Verantwortungs- und Pflichtgefühl setzt sich die Ortsgruppe **Pirna** ein, folgendes Programm durchzuführen:

1. **Besserung der Ernährungslage** durch Ausnützung des letzten Stückes Brachland und Organisierung des Schutzes der Ernte.
Alle Anstrengungen zu unternehmen, um jeden Einwohner der Stadt mit mindestens 3 Zentnern Kartoffeln zur Einkellerung zu beliefern.
Errichtung von Volks- und Stadtküchen zur Abgabe eines billigen Mittagessens für Wechtätige, Altersrentner und Kranke.
2. **Belieferung jedes Haushalts mit 1 Zentner Naßpreßsteinen und ebensoviel Rohbraunkohle** als Mindestsatz pro Monat.
Fortsetzung der Belieferung der Bevölkerung mit Brennholz, wenn nötig unter Zusammenstellung von Holzfällerkommandos zur Bewältigung dieser Arbeit.
3. **Besserung der Versorgung der Bevölkerung** mit Kleidung, Schuhwerk, Wirtschaftsbedarfsartikeln, Nahrungsmitteln usw. Sofortige Einleitung mit den zuständigen Stellen.
4. **Einbau von 140 Wohnungen** in der ehemaligen Roten Kaserne.
Errichtung von 120 Wohnungen in der Torpedoversuchsanstalt.
Instandsetzung der Lesehalle mit 3 Wohnungen an der Klosterstraße, der Gebäude an der Kloster-, Lauterbach- und Schulstraße in Pirna-Copitz.
Das Transformatorgebäude der Schmiedewerk G. m. b. H. zu Wohnzwecken und einer Tischlerwerkstatt herzurichten.
5. **Errichtung einer Denkmalanlage für die Opfer des Faschismus.**
Anlage eines Friedhofes der Besatzungsmacht.
Errichtung einer Gartenstadtanlage in Pirna-Copitz.
Bebauung und Planierung der beiden Elbufer.
Bauliche Maßnahmen zur Verkehrsregelung im Stadtbereich.
Erstellung eines Erholungsheimes für Opfer des Faschismus in Langenhennersdorf.
Bebauungsplan und Siedlung an der Jehistaer Straße.
Bebauungsplan für die Haupt-, Fähr- und Schulstraße sowie für den Hauptplatz in Pirna-Copitz.
Wiederaufbau der Volksschule in Pirna-Copitz.
Wiederaufbau des zerstörten Westflügels der Knabenjuwe.
Ausbau des Stabsgebäudes der ehemaligen Roten Kaserne zu einer Schule mit 24 Klassen- und Nebenräumen.
Einbau einer Turnhalle in dem ehemaligen Pontonschuppen der Roten Kaserne.
Neubau der Schulturnhalle Pirna-Copitz.
Weiterbau der geplanten Behelfsschule in der Südvorstadt und Ausbau zu einer Kindertagesstätte.
6. **Regelung des Sorgerrechts des Jugendamtes.**
Steigerung der Kinderlandverschickung für das Jahr 1947 auf 200, für das Jahr 1948 auf 300.

7. **Gesundheitswesen.** Durchführung von Lichtbildervorträgen und anderen Vortragsabenden zur Aufklärung zum Zwecke der Eindämmung ansteckender Krankheiten.
Bereitstellung der nötigen Medikamente und Arzneien sowie Heranziehung der Ärzteschaft zur Steigerung des Kampfes gegen ansteckende Krankheiten.
8. **Stärkste Einschaltung der Frauen** auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.
Schaffung von weiteren Kindergärten und -krippen, vor allem in den Vororten Zuschendorf, Jehista und Jessen.
Erstellung von Wohnungen für berufstätige alleinstehende Frauen.
Errichtung von Waschanstalten.
Erhöhung des Mutterschutzes.
9. **Für die Jugend** Gewährung von 50 Prozent Fahrpreismäßigung auf den städtischen Verkehrsmitteln bei Gemeinschaftsfahrten.
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung.
Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
Kostenlose ärztliche Betreuung.
Gründung von produktiven Ausbildungsstätten durch Verwaltung und Industrie unter Kontrolle der Gewerkschaften und Jugend.
Der Jugend Theater, Konzert, Kino sowie kulturelle Veranstaltungen zu verbilligten Preisen zu bieten.
Fertigstellung des Jugendheimes (Schühenhaus) bis Ende des Jahres 1946.
Heranziehung bei Programmgestaltungen, welche die Jugend betreffen.
Jugendvertreter zu allen Körperschaften heranzuziehen, die sich mit Jugendfragen beschäftigen.
Anerkennung und Durchführung der „Grundrechte der jungen Generation“.
10. **Kultur- und Erziehungsaufgaben:**
Der elementarste Grundsatz soll lauten: Erziehung und Bildung im wahren demokratischen Sinne.
Schulgeldfreiheit für alle Minderbemittelten und Befähigten von der Grund- bis zur Hochschule.
Lehrmittelfreiheit für alle Schularten.
Schaffung der Voraussetzungen der Heranziehung künstlerischer Kräfte, wie der Dresdner Staatsoper und der Staatskapelle, zwecks Zugänglichmachung bester Kulturdarbietungen für die Gesamtbevölkerung Pinnas.
11. **Ausbau der Verwaltung zu einer gutfunktionierenden auf demokratischer Grundlage.**
Restlose Ausmerzung noch vorhandenen faschistischen, militaristischen und bürokratischen Einflusses.
Verstärkte Fortsetzung des Kampfes gegen Korruption.
Für eine sparsame, geordnete, gewissenhafte und saubere Verwaltung einzutreten.
Verwendung der öffentlichen Mittel und Einrichtungen und Verwaltung derselben im Sinne des Neuaufbaues.
Aufbringung und Kontrolle der Finanzen (Steuer- und Einnahmequellen) in dem Maße, wie sie für den Neuaufbau unbedingt erforderlich sind.
Schärfste Kontrolle des Einsatzes der Motorfahrzeuge auf ihre Notwendigkeit.
Verbesserung der Verkehrsverbindung (Personentransport) nach den Gemeinden des rechtsseitigen Elbufers.
12. **Für die Sorgen und Nöte der Heimkehrer und Umsiedler einzutreten** und sie zu praktischer Mitarbeit als gleichberechtigte Bürger heranzuziehen.
Versorgung mit Kleidungs- und Wirtschaftsbedarfsartikeln derselben.
Für baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen, Aufnahme von Gruppierungen der Kriegsgefangenen, Benachrichtigung der Angehörigen.

Die SED steht an der Spitze des Wiederaufbaues unserer Stadt!

Die SED ist die Partei aller Schaffenden!

Deine Stimme gehört daher am 1. September 1946 den Vertretern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Liste

1

10. Biographische Angaben

Friedrich Reyher

Geb. 19.5.07 in Hainichen als Sohn des Fleischermeisters Wilhelm Reyher. 1921 Volksschule beendet, Lehre als Maschinenbauer – bis 1924. 1926 Mitglied des Jungstahlhelms und Eintritt in die Reichswehr – Reiterregiment 12 in Dresden. 1929/30 Kavallerieschule Hannover. 1931-34 Oberwachtmeister in der I. Eskadron des Reiterregiments 12 – Grimma.

31.10.1938 aus Dienst ausgeschieden – zur Finanzverwaltung Sachsen in Dresden – Mitglied der NSDAP. Dez 38-Mai 39 Reichsfinanzschule in Ilmenau. Mai 39 Finanzinspektor Zoll in Schandau.

1.8.39 einberufen, am 1.9.39 zum Offizier ernannt, Pionieroffiziersschule Dessau-Roßlau, Leutnant. Frankreichfeldzug, Rumänien, Jugoslawien – Teilnahme am Überfall auf die SU: Am ersten Tag bei Stoßtruppunternehmen in sowjetische Gefangenschaft (Oberleutnant). Am

1.11.41 erklärten die Offiziere Charisius, Dr. Hadermann und Reyher ihre Bereitschaft zum bedingungslosen Kampf gegen den Faschismus (Lager Jelabuga)- erster Aufruf an die Wehrmacht. Mitbegründer der ersten antifaschistischen Offiziersgruppe in Jelabuga 1.5.42. 30.5.42

Konferenz von 97 KG, dabei erstes Referat von Oberleutnant Reyher: „Ein Jahr Raubzug gegen die Sowjetunion“. Aufruf an die Offiziere und Soldaten der deutschen Armee. Rundfunkkundgebung in Krasnogorsk Juni 1942. Einsatz im Kessel von Stalingrad. 12./13.7.1943

Gründungskonferenz des Nationalkomitees Freies Deutschland. R. im Arbeitsausschuß des NKFD in Lunowo - mit Ulbricht, Weinert, Geff. Zippel, Hauptm. Dr. Hadermann, Oberltn. Rücker – dann Major Hetz. Leutn. Graf von Einsiedel und Oberltn. Reyher. 20.7.43 erste Rund-

funksendung. Fronteinsatz. Familie nach 20.7.44 in Sippenhaft genommen. Mai 45 aus KG entlassen, durch W. Pieck nach Deutschland – 29.5.45 Landung in Dresden. Matern stellte ihn im Juni 1945 als ersten Landrat auf dem Sonnenstein vor.

Reyher wird in Pirna Mitglied der KPD. Tätigkeit als Landrat bis 1947. Versetzung in die Landesregierung Sachsen – Oberregierungsrat im Preisamt V5 (Steuerverwaltung, Zollverwaltung, Monopole, Finanzausgleich).

1.9.1950: Dienst in der Volkspolizei: Mit Heinz Hoffmann u.a. zur Offiziersausbildung in die SU, danach ab 1.11.1950 VP-Inspekteur und allgemeiner Stellvertreter des Stabschefs im Stab der Hauptverwaltung Ausbildung in Berlin. Gesundheitliche Beeinträchtigung durch Blutkreislaufstörung. 1.2.1952 Leiter der VP-Bereitschaft – A-Kommando Löbau.

15.4.1956: Chef des Bezirkskommandos der NVA Dresden. 1.3.1957: Beförderung zum Oberst. Ende 1958 Armeelazarett Leipzig: Armeedienstuntauglich infolge Blutkreislaufstörungen. 1.2.59-28.2.60 – Assistent beim Werkleiter im VEB Otto-Buchwitz-Werk Dresden mit Vorbereitung auf zivile Leitungstätigkeit. 28.2.60: als Oberst der Reserve aus Dienst der NVA entlassen.

1.4.60 Betriebsdirektor in den VEB Dresdner Zigarettenfabriken. 15.6.68 Leiter des Werks II der Dresdner Zigarettenfabriken – Entlastung bei gesundheitlichen Problemen. Febr. 69 Lungenoperation. 1964-66 im Stadtbezirk Dresden-Mitte Vorsitzender der Nationalen Front.

25.10.1970 aus gesundheitlichen Gründen aus Arbeitsprozeß ausgeschieden, Garten in Copitz.

3.7.1972 an Lungenkarzinom verstorben.

Nach: Stadtarchiv Pirna, PDS-Bestand, Sachakten Nr. 30: Friedrich Reyher, eine biografische Studie. Diplomarbeit, K.-M.-Universität Leipzig, 1988 von Major Bernd Billig.

Herbert Glaeser

Herbert Glaeser, geb. 6.7.04 in Dresden, 1920 SAJ, 1920-1924 SAJ- Ortsgruppen- und Unterbezirksleiter im Kreis Pirna, 1924 SPD, 1931 SAP, Politischer Leiter im Kreis Pirna und Mitglied der Bezirksleitung Ostsachsen, Illegaler Vertrieb der Zeitschrift „Banner“ der SAP-Gruppe Pirna; am 7.3.1935 mit 22 SAP-Genossen verhaftet und zu 2 Jahren, 5 Monaten Zuchthaus verurteilt. 1942 in die Strafeinheit 999, am 30.11.1944 Einberufung zur Front-OT. Gefangenschaft vom 7.3.45 bis 28.11.45. 1945 KPD, seit 27.1.1946 Bürgermeister in Heidenau. 27.6.1947 bis November 1948 Landrat im Kreis Pirna. Ab 1.12.1948 Deutsche Verwaltung des Innern, Stellvertretender Chef der Deutschen Volkspolizei für Wirtschaftsfragen, zuletzt im Range eines Generalmajors. H.G. verstarb am 17.7.1974. Quelle: StA Heidenau, Akte Bürgermeister.

Hering, Arno

Struppen, Hauptstr. 33, geb. 11.11.07 – verst. 13.5.86. Mitglied der KPD und des RFB, 1933 Emigration in die ČSR, 1936 zu den Internationalen Brigaden in Spanien, 1939 interniert in Frankreich, 1942 Auslieferung an die Gestapo, Prozeß vor dem Volksgerichtshof, am 30.11.1942 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. ZH Straubing. Volksgerichtsh.-10789, Pol-Präs. Dresden C.4.213 Bl. 1; VG 67 129-129/42g. StAP, PDS-Bestand, 0029

Erinnerungen von Arthur Göhler:

...“Schon am 8. Mai war das Rathaus von bewährten Antifaschisten wie Emil Schlegel, Robert Klett, Willy Jost, u. a. besetzt worden. Mit Zustimmung der Kommandantur bildete sich eine provisorische Stadtverwaltung. Aber die Verbindung zu den einzelnen Stadtteilen war zunächst noch nicht wieder hergestellt. Deshalb bildeten sich in den Stadtteilen sogenannte Antifakomitees. Solche Komitees entstanden in Pirna-Jessen, Pirna-Copitz, Pirna-Südvorstadt, Pirna-Neundorf und auch in anderen Städten und Dörfern im Kreis. Dem Komitee in Pirna-Jessen gehörten Artur Göhler, und Paul Franack von der KPD, Alfred Sickert und Alfred Hanke von der SPD und als Parteilose Otto Pfeifer und Fritz Flacher an. In Pirna-Copitz waren es Willy Haak, Kurt Schöne, Artur Peters, Max Gebhardt, Paul Seidenglanz u. a. die das Komitee bildeten. Sie hatten aus eigener Initiative die Verwaltung der Stadtteile übernommen. Die Lage damals war recht trostlos. Wie überall hatten wir keinen elektrischen Strom, kein Gas und verfügten auch nicht über nennenswerte Lebensmittelvorräte. Kurz, es mangelte an allem, was zum Leben notwendig ist. Diese Notzeit konnte nur durch Arbeit überwunden werden. Deshalb wurden alle arbeitsfähigen Männer und Frauen registriert und entsprechend ihren Fähigkeiten zur Arbeit eingesetzt. Die Männer waren in der Hauptsache mit der Beseitigung der Spuren des Krieges beschäftigt. Beräumung der Straßen von Hausrümmern, Entfernung von Straßensperren und Zuschüttung von Schützengräben war ihre Aufgabe. Die Frauen arbeiteten vorwiegend auf Feldern und Gärtnereien. Im Laufe der Zeit ergaben sich jedoch noch andere Aufgaben. Die nach Deutschland verschleppten polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter wurden von den Besatzungstruppen zusammengefaßt und militärisch in einem Lager im Graupaer Wald ausgebildet. Diese Lagerleitung war darauf bedacht, diese Zivilisten in Uniformen einzukleiden. Nach Aussprache mit den

verantwortlichen Offizieren des Lagers errichteten wir 2 Schneiderstuben. Etwa 30 Frauen waren in diesen Schneiderstuben mit der Anfertigung von Uniformen beschäftigt. Für ihre Arbeit bekamen die Frauen manches Brot, das damals sehr wertvoll war. Am wohlsten haben sich unsere Kinder in dieser Zeit gefühlt. Sie hatten sich sehr bald mit den Sowjetsoldaten angefreundet. Besonders unsere Jungen waren tägliche Gäste im Ausbildungslager. Mit ihren Sowjetfreunden brachten unsere Jungen jeden Tag Pferde zur Weide nach den Wiesen an der Wesenitz. Als Lohn bekamen sie dafür aus der Küche im Lager Mittagessen.

Nachdem im Juni von der sowjetischen Administration wieder Parteien zugelassen waren, bildete sich mit Unterstützung der sowjetischen Kommandantur eine antifaschistisch-demokratische Stadtverwaltung. Im Stadtparlament waren nach demokratischen Regeln alle Parteien, die damals bestanden, vertreten. Diese hatten nunmehr die Verantwortung über den Neuaufbau der Stadt übernommen. Damit lösten sich die im Stadtgebiet bestehenden Komitees auf. Ihre Mitglieder wurden von der Stadt übernommen und mit wichtigen Funktionen betraut. Als Aktivisten der ersten Stunde sollten sie nicht vergessen werden.

Otto Buchwitz, mit ein Initiator zur Vereinigung der Arbeiterparteien im Lande Sechsen, schrieb in seinen Erinnerungen: „Wäre in jenen Tagen nicht der Vortrupp des klassenbewußten Proletariats gewesen, niemals wäre in deutschen Landen neues Leben erwacht.“

In fast allen größeren Orten des Kreises hatten sich Antifa-Ausschüsse oder Ortskomitees aus ehemaligen Mitgliedern des kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien und parteilosen Bürgern gebildet. Sie traten vorerst an die Spitze der örtlichen deutschen Selbstverwaltungen. Auf sie stützten sich die Kommandanturen, sorgten für Anleitung und Kontrolle der örtlichen Behörden bei der Umsetzung der Gesetze, Befehle und Direktiven der SMAD.

Die Kommandanturen waren nach der Zulassung politischer Parteien im Juni auch zur Zusammenarbeit mit diesen politischen Kräften und ihrer Kontrolle verpflichtet. Dabei mischten sie sich nicht direkt in deren Tätigkeit ein, sondern halfen ihnen, die materiellen Bedingungen für ihre Tätigkeit zu schaffen und sorgten natürlich dafür, dass sie sich im Rahmen der im Befehl Nr. 2 gesetzten Richtlinien bewegten.

11. Ergebnisse der Kreistagswahlen,

wie sie sich in den Gemeinden widerspiegeln (Bürgermeister, Gemeinderäte, Gemeindeverordnete.

Quelle: Der Landkreis Pirna, 1948

Stadt/Gem.	Bürgermeister	Stellv.	GmdR				Gem.-Verordn.					
			SED	LDP	CDU	pl	SED	LDP	CDU	pl	VB	
Berggießhübel	Eichler, SED	Michaelis SED	3				16					
Dohna	Rössel, SED	Kuntzsch, SED	3	1	1		11	9				
Bad Gottleuba	Thiele, SED	Wolf, SED	2				16					
Heidenau	Ottmann, SED	Leupold, SED	2	1	1		18	6	6			
Hohnstein	Witschetzki, SED	Fritzsche, CDU	1		1		7		9			
Königstein	Lindemann, SED	Schuster, SED	3	1	1		11	4	5			
Liebstadt	Jensch, SED	Kielmorgen, SED	2	1			16					
Neustadt	Müller, SED	Kloß, LDP	3	3	2		8	7	5			
Pirna	Wetzig, SED,	Poneß, LDP	5	2	2		19	13	8			
Bad Schandau	Albrecht, SED	Mathes, LDP	2	2			9	9	2			
Sebnitz	Seewald, SED,	Pilz, LDP	3	2	2		13	9	8			
Stolpen	Seeliger, SED	Klinkigt, CDU		2	1		7	7	2			
Stadt Wehlen	Starke, LDP		1	1			6	8	2			
Altendorf	Voigtländer, SED	Richter, pl	2				5				4	
Altstadt	Opitz, SED	Sauer, pl	2				12					
Amtshainersdorf	Kretzschmar, SED	Richter, SED	2				9					
Bahra	Exner, SED	Goller, SED	2			2	9					
Berthelsdorf	Krause, SED	Hartmann, SED	1			2	16					
Bielatal	Nitzsche, SED	Dörner, SED	1				16					
Biensdorf	Ella Peter, SED	Ehrlich, SED	1				7					
Birkwitz	Marschner, SED	Schumann, SED	2				12					
Bonnwitz	Müller, SED	Gnauck, SED	2				9					
Borna	Hentsch, CDU						3		6			
Borthen	Niedermeyer, SED	Wonneberger, SED					9					
Bosewitz	Willkommen, SED	Reinhold, SED					9					
Bühlau	Lenner, SED	Olbrich, SED	3				12					
Burgstädtel	Lang, SED	Zimmer, pl					2					
Burkhardswalde	Daniel, SED	Weser, SED	2				12					
Cunnersdorf b.H.	Müller, SED	Oertel, SED					9					
Cunnersdorf b.K.	Hickmann, SED	Brodmann, SED					12					
Cunnersdorf b.P.	Donath, SED	Richter, SED					2				1	
Daube	Rost, SED	Rüthrich, SED	1				9					
Dittersbach	Mögel, CDU	Nitzsche, pl	7		9							
Doberzeit	Rost, SED	Rüthrich, SED					9					
Dobra	Rossig, LDP	Roch, VdgB		1			3				6	
Dohma	Aufgebauer, SED	Süsse, SED	2				16					
Dorf Wehlen	Hantzsch, SED	Lantzsch, SED	1			1	6	6				
Dürrröhrsdorf	Gröschel, SED	Eisold, CDU	1		1	1*	5		9		2	
Ebenheit	Elis. Fietsch, SED	Fritzsche, SED	2				9					
Ehrenberg	Müller, SED	Kurze, pl					12					
Elbersdorf	Zscheck, SED	Ufer	1			1	9					
Eschdorf	Hille, CDU	Rüssel, SED	2		1		5		7			
Falkenhain	Nitzsche, SED	Bauer, SED					9					
Fischbach	Dreßler, SED	Eisold, SED				1	12					
Friedrichswalde	Wochnik, SED	Böhme, SED	2				9					
Gersdorf	Schwab, SED	Kirsten, SED					12					
Göppersdorf m. Wingendorf	Venus, SED		1			1*	9					
Goes	Schlosser, SED	Mehnert, SED	2				9					
Kurort Gohrisch	Thomas, SED	Beyer, SED	1	1	1		8	6	2			
Gorknitz	Willkommen, SED	Drenkow, SED	1				9					
Goßdorf	Hartmann, SED	Bartholomey, SED					12					
Graupa	Schäfer, SED		2		1		9		7			
Großcotta	Dörner, SED	Biedermann, SED					12					
Großröhrsdorf m. Oberschlottwitz	Nake, SED	Hochmann, SED	6				6				6	
Heeslicht	Hermann, SED	Korn, SED	1			1	9					
Hellendorf	Kirschner, SED	Krause, SED	3				12					
Helmsdorf	Hempel, LDP	Henker, SED	2	3			7	9				
Herbergen	Glasner, SED	Wännack, pl	1	1			9					
Hertigswalde	Sturm, SED	Herrmann, SED	3				16					
Hinterhermsdorf	Glanz, SED	Röllig, CDU	1		1		8		8			
Hohburkersdorf	Hilbert, SED	Hohlfeld, pl				1	9					
Kleincotta	Paul, SED	Buruck, SED					12					
Kleingießhübel	Meining, SED	Müller, SED	1			1	9					
Kleinhenndorf	Kühn, SED	Schindler, SED	2				9					
Köttewitz	Daniel, SED	Witte, SED	1			2	9					

Stadt/Gem.	Bürgermeister	Stellv.	Gemeinderäte				Gem.-Verordn.				
			SED	LDP	CDU	pl	SED	LDP	CDU	pl	VB
Krebs	Donke, SED	Pätzold, pl	2				4				5
Krietzschwitz	Preißler, SED	Freudenberg, SED	3				9				
Krippen	Thomas, SED	Böhme, SED	3				16				
Krumhermsdorf	Wilcke, SED	Knobloch, SED					12				
Langburkersdorf	Prescher, LDP	Dreier, SED	1		1		6	7	3		
Langenhennersdorf	Ahle, SED	Darbitz, SED	1			2	6				
Langenwolmsdorf	Große, SED	Hempel, LDP	1				7	9			
Lauterbach	Thonig, SED	Boden, SED	2				12				
Leupoldishain	Johne, SED	Täubrich, pl	2			1	9				
Lichtenhain	Richter, SED	Müller, SED	2				12				
Liebenthal	Leuschke, SED	Tittel	3				7		5		
Lohmen	Rost, SED	Rüthrich, SED	1				16				
Lohsdorf	Katzschner, SED	Müller, SED	2				9				
Markersbach	Heilfort, SED	Franke, SED	2				12				
Maxen	Ziesche, SED	Hähnel, SED	1		1		6		6		
Meusegast	Finster, SED	Wolf, SED					9				
Mitteldorf	Sturm, SED		2				9				
Mockethal	Jerschke, SED	Böttcher, SED	2			2	12				
Mühlbach	Geißler, SED	Warnika, SED	2				12				
Mühlsdorf	Rost, SED	Rüthrich, SED					12				
Naundorf	Pintake, LDP	Hempel, SED	1	1			4	8			
Nentmannsdorf	Steinchen, SED	Nieße, SED	1			1	9				
Neudörfel	Ufer, SED	Haufe, SED	3			1**	9				
Niederrottendorf	Sturm, SED	Thieme, SED	3				12				
Niederseidewitz	Lohse, SED	Benedix, pl		2		1					
Oberottendorf	Dietze, SED	Beier, SED					12				
Obervogelgesang	Krischke, SED	Kießling, SED	2				9				
Oelsen	Gruhl, SED	Gutte, SED	1			2	9				
Ottendorf b.P.	Schütze, SED	Ebert, SED	2				12				
Ottendorf b.S.	Lehnung, SED	Kretschmar, SED	2				12				
Papstdorf	Richter, SED	Schindler, SED	4				12				
Pfaffendorf	Heschel, SED	Zschaler, SED	3			1*	9				
Polenz	Lehmann, SED	Schöne, SED	3				16				
Porschdorf	Scholz, SED	Neumeier, SED	2				12				
Porschendorf	Spinn, SED	Elis. Schmiedel, SED	2		1		6		6		
Pratzschwitz	Dittrich, SED	Hadam, SED	4				12				
Prossen	Kadner, SED	Krebs, SED	3				12				
Kurort Rathen	Heller, SED	Adam, CDU	1		2		4		8		
Rathewalde	Peikert, SED	Nacke, SED	2		2		12				
Rathmannsdorf	Cnoblach, SED	Hebold, SED	3				16				
Raum	Nitzsche, SED	Stephan, SED					9				
Reinhardsdorf	Viehrig, SED	Pelzer, SED	1	1			16				
Rennersdorf	Voigt, CDU	Vorwerg, SED	1		1		5		7		
Röhrsdorf	Lange, SED	Munthel, SED	1				9				
Rosenthal	Stange, SED	Hickmann, SED	2				11				5
Rückersdorf	Zieschang, SED	Petersw, SED				1	12				
Rugiswalde	Richter, SED	Mann, SED	1			1*	12				
Saupsdorf	Richter, SED	Dittrich, SED	3				16				
Schmiedefeld	Fünfstück, SED	Müller, SED					12				
Schmilka	Richter, SED	Nestmann, SED					9				
Schmorsdorf-Crotta	Rentsch, pl	Schwabe, pl									
Schöna	Kunze, SED	Butter, SED	2				16				
Seeligstadt	Burkhardt, SED	Hoffmann, SED	1			1	12				
Seitenhain	Erika Borsch, pl										
Struppen	Görtler, SED	Hering, SED					16				
Stürza	Eisold, CDU	Göbel, LDP			1	1	3	4	5		
Sürßen	Bretschneider, pl	Stephan, SED					9				
Thürmsdorf	Reichert, SED	Gerber, SED	5				12				
Tronitz	Willkomm, SED	Schelle, pl	1								
Ulbersdorf	Henke, SED	Philipp, SED	1	1			7	5			
Uttewalde	Daniel, SED	Marggraf, SED					9				
Waitzdorf	Haferkorn, SED	Reichel, SED									
Waltersdorf	A. Willkomm, SED	G. Willkomm, SED	3				9				
Weesenstein	Schmidt, SED	Weser, SED					12				
Weißig m. Strand	Heiland, SED	Siegemund, pl	1			1		3			6
Wilschdorf	Steglich, LDP	Müller, LDP	1	1			5	7			
Wölkau	Hentschel, SED	Lange, SED	3				9				
Wünschendorf	Schulz, LDP	Gommlich, SED	1			1	3	6			
Zatzschke	Lehmann, SED										
Zeschnig	Riemer, SED	Friebel, SED	2				9				

Zschachwitz	Teichmann, SED	Krüger, SED	1	1			12	8			
Zschiere	Opitz, SED		1	1			8	8			

*-VdgB, **-Frauenausschuß